

Jahresbericht 2024

Berliner Register

zur Erfassung extrem rechter und diskriminierender Vorfälle in Berlin



Inhalt

Einleitung	03
Berlin im Jahr 2024	04
Ergebnisse 2024 auf einen Blick	09
Das Wiedererstarken einer extrem rechten Jugendkultur in Berlin	10
Charlottenburg-Wilmersdorf	12
DOSTA/MIA Berlin Bericht 2024	15
Friedrichshain-Kreuzberg	16
Lichtenberg	19
EACH ONE Monitoring	22
Marzahn-Hellersdorf	23
Mitte	26
Neukölln	29
Die Zahlen im Detail	32
RIAS Monitoring	37
Pankow	39
Reinickendorf	42
Spandau	45
Meldestelle anti-asiatischer Rassismus	47
Interview mit L-SUPPORT: LGBTIQ*-Feindlichkeit in Berlin	48
Steglitz-Zehlendorf	49
Tempelhof-Schöneberg	52
Treptow-Köpenick	55
Beratungs- & Dokumentationsstellen in Berlin	58

Impressum

Koordination der Berliner Register

Post: pad gGmbH, Kastanienallee 55, 12627 Berlin
Mail: info@berliner-register.de
Tel.: 01590 - 13 07 803
Instagram: [@berliner_register](https://www.instagram.com/berliner_register)

Die jeweiligen Artikel wurden von den bezirklichen Registerstellen oder der Koordinierungsstelle verfasst.

Redaktion: Jana Adam
Layout: Michael Mallé
Auflage: 1.000 Stück
Stand: September 2025
Fotos: Berliner Register, Titelbild, S. 1: Pressefuchs Brandenburg / Moritz Bauch

Alle gedruckten Bilder dienen der staatsbürgerlichen Aufklärung und der Berichterstattung übers Zeitgeschehen.

V.i.S.d.P.: Andreas Wächter, Kastanienallee 55, 12627 Berlin



Gefördert durch das Landesprogramm „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung.



Einleitung

Die Berliner Register erfassen seit vielen Jahren menschenfeindliche, diskriminierende und extrem rechte Vorfälle. Für das Jahr 2024 liegt mit über 7.700 Meldungen die bisher höchste Zahl vor. Doch Daten allein erzählen noch keine Geschichte: Jede Meldung ist Ausdruck einer Erfahrung, einer Beobachtung oder eines Moments, in dem Menschen mit Hass, Ausgrenzung oder Gewalt konfrontiert wurden. Deshalb müssen Zahlen immer gelesen, eingeordnet und in den Kontext gestellt werden. Sie sind dort besonders hoch, wo tatsächlich viel passiert – und dort, wo Menschen hinschauen und sich an die Registerstellen und ihre Netzwerkpartner*innen wenden. Mitunter machen sie auch Leerstellen sichtbar, wenn in Gesprächen deutlich wird, wie viele Vorfälle ungemeldet bleiben. Damit spiegeln die Zahlen nicht nur Vorfälle, sondern auch die Stärke und Reichweite der Netzwerke, die Stimmen der Melder*innen und die gesellschaftlichen Entwicklungen, die diese Realität prägen wider.

Auch im Jahr 2024 zeigte sich Berlin als Schnittstelle zwischen lokalen und bundesweiten Dynamiken, geprägt von rassistischen Trends, einer vernetzten extrem rechten Jugendkultur und Bedrohungen für queere, linke und migrantisierte Menschen. Hinzu kamen gesellschaftliche Spannungen durch den Krieg in Gaza, transfeindliche Kampagnen und den Aufstieg der AfD in Ostdeutschland. Dagegen engagierte sich die Zivilgesellschaft mit Protestbewegungen, Schutz von Pride-Veranstaltungen und Gegenprotesten gegen neonazistische Aufmärsche.

Dies ist der siebte gemeinsam publizierte Jahresbericht der Berliner Registerstellen. Sie finden hier eine Analyse der Entwicklungen extrem rechter Aktivitäten, Akteur*innen und diskriminierender Vorfälle in Berlin im Jahr 2024 sowie Einblicke in die einzelnen Berliner Bezirke. Auch einige unserer engen Kooperationspartner*innen stellen ihre Expertise in den Themenbereichen Antisemitismus, Antiziganismus, Anti-Schwarzer Rassismus und Queerfeindlichkeit dar.

Danke an alle, die mutig ihre Erlebnisse gemeldet haben, die uns unterstützen oder sich auf die unterschiedlichsten Weisen couragiert für ein diskriminierungsfreies Berlin einsetzen.

Die Berliner Register
September 2025

Inhaltliche Kategorien:

- Rassismus mit den drei Unterkategorien
 - Antiziganismus (z.B. Feindschaft gegen Rom*nja und Sinti*zze)
 - Antimuslimischer Rassismus
 - Rassismus gegen Schwarze Menschen/ Anti-Schwarzer Rassismus
- Antisemitismus (z.B. Feindschaft gegen Jüdinnen*Juden)
- LGBTIQ*feindlichkeit (richtet sich gegen Lesben, Schwule, bi-, trans-, intersexuelle und queere Menschen)
- Antifeminismus (als politische Strategie der extremen Rechten)
- Sozialchauvinismus (z.B. Feindschaft gegen Obdachlose)
- Feindschaft gegenüber Menschen mit Behinderung/ Ableismus
- Verharmlosung bzw. Verherrlichung des Nationalsozialismus
- Rechte Selbstdarstellung (z.B. Propaganda, die für extrem rechte Gruppen wirbt)
- Politische Gegner*innen (der extremen Rechten)

Berlin im Jahr 2024

Noch nie wurden so viele Vorfälle erfasst wie im Jahr 2024: Die Berliner Register dokumentierten insgesamt 7.720 Meldungen – Erlebnisse und Beobachtungen aus dem Berliner Alltag. Dieser starke Anstieg ist vor allem auf die Zunahme extrem rechter Propaganda in den Berliner Ostbezirken zurückzuführen sowie auf den Anstieg antisemitischer Bedrohungen, besonders im Internet. Die hohen Vorfalldaten sind Ausdruck der Strategien extrem rechter Akteur*innen, die gezielt auf Provokation und Raumnahme setzen sowie dem Wiedererstarken einer extrem rechten Jugendbewegung. Das geht mit einer Verschärfung des Bedrohungsgefühls für Minderheiten und politische Gegner*innen der extremen Rechten einher.

„Sylt-Song“ und Remigration: Rassistische Mediendiskurse und –memes befördern Ausgrenzung und Gewalt

Im vergangenen Jahr wurden 1.761 rassistische Vorfälle dokumentiert, darunter eine Zunahme rassistischer Propaganda im Ostberliner Raum. Die Gesamtzahl der gewaltsamen Angriffe blieb konstant, jedoch nahm die Anzahl an antimuslimischen Angriffen leicht zu. Wie zum Beispiel ein Vorfall in Spandau, bei dem ein Mann einer Frau gewaltsam das Kopftuch herunterriss und sie verletzte. Rassismus ist in Deutschland kein Randphänomen, sondern ein tief verwurzeltes Problem, das sich in vielen gesellschaftlichen Bereichen zeigt – von institutionellen Strukturen bis hin zu alltäglicher Diskriminierung. Besonders in Krisenzeiten nimmt rassistische Stimmungsmache zu, befeuert durch

politische Debatten, Medien und gezielte Desinformation. Auch die Sprache verändert sich: Begriffe wie „Remigration“ sind inzwischen nicht mehr nur in extrem rechten Kreisen verbreitet, sondern sind auch in öffentliche Diskurse eingezogen. Dies zeigte sich auch an dem starken Wiederaufleben altbekannter rassistischer Parolen wie „Ausländer raus“, die nach Fußballspielen, Sommerfesten oder auf dem Weihnachtsmarkt gesungen wurden.

Die Verknüpfung von Migration mit sozialen Problemen und Kriminalität verstärkt Vorurteile und führt zu vermehrten Anfeindungen gegen Migrant*innen. Dies trat besonders in der Feindseligkeit gegenüber Gemeinschaftsunterkünften wie zuletzt in Lichtenberg auf, wo extrem rechte Akteur*innen gegen die ge-

Art der Vorfälle 2023-2024



Erstellt mit Datawrapper

Vorfallsarten:

- Propaganda (z.B. Aufkleber und Schmierereien)
- Veranstaltungen
- Angriffe (z.B. Körperverletzung, massive Bedrohungen)
- Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien
- Sachbeschädigungen (z.B. an Gedenktafeln oder Stolpersteinen)
- Strukturelle Benachteiligung (z.B. behördliche Diskriminierung)
- Sonstiges

plante Eröffnung einer Gemeinschaftsunterkunft mobilisierten. Auffällig waren zudem Vorfälle, bei denen durch Bezugnahme auf die parlamentarische Ebene eine Drohkulisse aufgebaut wurde. Ein Beispiel ist hierfür eine rassistische Drohung gegen einen Mitarbeiter der BSR in Spandau: „Das hat ab März ein Ende mit Euch! Dann seid Ihr alle dran!“.

LGBTIQ*-Feindlichkeit: Queer-Pride im Fokus der extremen Rechten

Die Mobilisierung gegen die Gleichstellung queerer Menschen war zuletzt ein zentrales Kampagnenthema der extremen Rechten. Sie ordnet sich in antifeministische Bestrebungen ein und knüpft an die weit verbreitete Feindschaft gegen LGBTIQ*-Personen in der Gesellschaft an. Die Ressentiments gegen LGBTIQ* werden von der neuen Rechten, Neonazis, christlichen Fundamentalist*innen sowie einer wiedererstarkten rechten Jugendkultur getragen. Insgesamt wurden in Berlin 520 queerfeindliche Vorfälle verzeichnet. Vor allem nahm Propaganda in den Ostberliner Bezirken zu, die sich sowohl gegen die Emanzipation homosexueller als auch die Selbstbestimmungsrechte trans- und intergeschlechtlicher Menschen richtete. Während des Pride-Monats wurde erneut die AfD-nahe Kampagne „#Stolzmonat“ durchgeführt, die als Gegenmobilisierung zur Sichtbarkeit der LGBTIQ*-Community dient. Sie umfasste gezielte Onlinepropaganda sowie eine umfangreiche Aufkleber-Aktion, die bereits im Vorjahr initiiert wurde.

Neu sind nun Kundgebungen gegen Prides, die bundesweit von Neonazis organisiert und besucht wurden. Angriffe und Beleidigungen überwogen in der Innenstadt und richteten sich am häufigsten gegen trans Menschen. Besonders verletzbar ist die Community zu Ausgehzeiten am Wochenende sowie um den CSD, wenn ihre Sichtbarkeit erhöht ist.

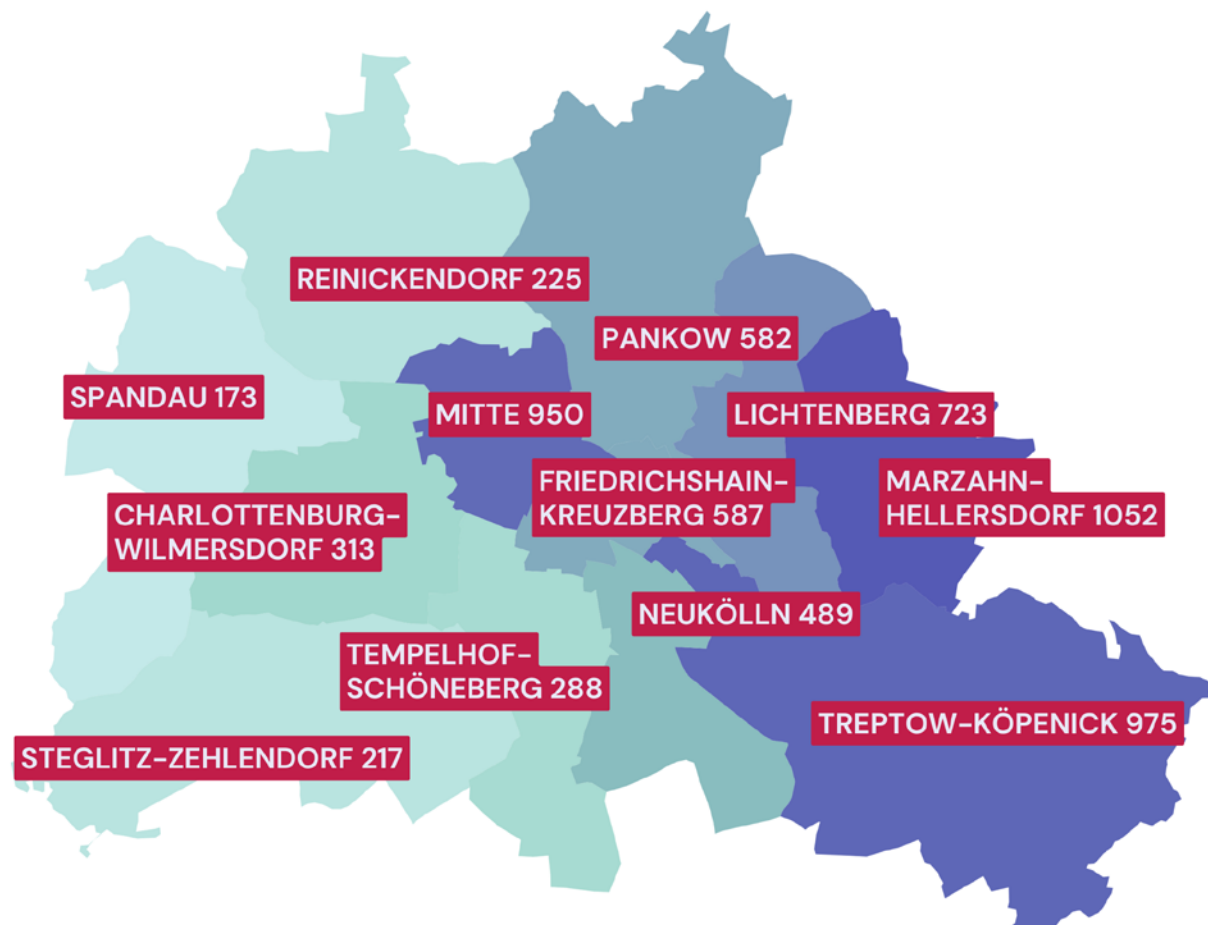
Anhaltend hohe Präsenz von Antisemitismus im Stadtbild belastet Betroffene

Nach der Zäsur des 7. Oktober 2023 schnellten die Zahlen antisemitischer Vorfälle auch in Berlin in die Höhe. Dieses hohe Niveau hat sich im Folgejahr als neues Normalmaß etabliert – erstmals war Antisemitismus 2024 mit 2.200 Vorfällen das häufigste der durch die Berliner Register erfassten Motive. Besonders in den Innenstadtbezirken war Antisemitismus im Stadtbild allgegenwärtig, so haben sich in Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg die Vorfälle verdoppelt.

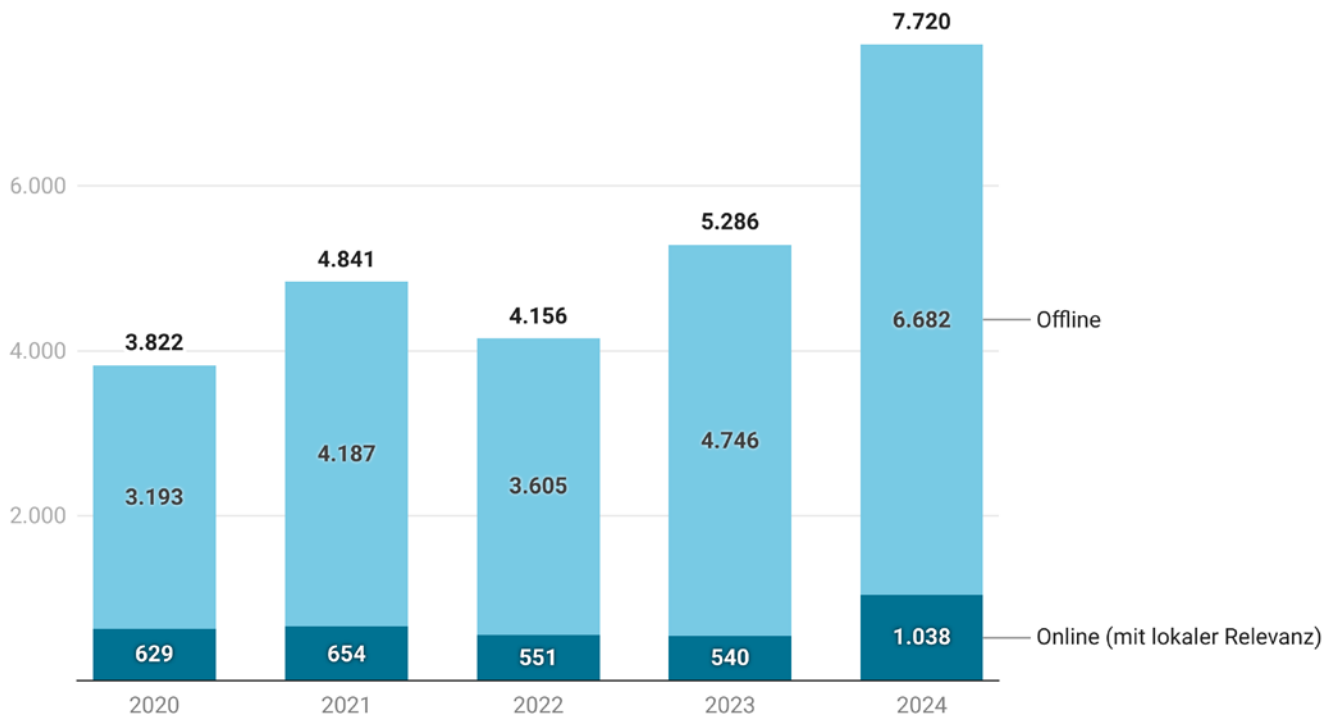
Ein Viertel aller berlinweiten Propagandavorfälle hatte ein antisemitisches Motiv – doppelt so viele wie 2023. Schmierereien, Aufkleber und Plakate verbreiteten Terrorverherrlichung bis hin zu Mordaufrufen gegen Jüdinnen*Juden. Diese omnipräsente Dimension der Hetze stellte für Betroffene eine permanente Belastung dar. Öffentlich angebrachte Feindmarkierungen verstärkten die Bedrohungslage. Der Hass ist auch im digitalen Raum massiv gestiegen: Zwei Drittel der antisemitischen Bedrohungen und

Extrem rechte und diskriminierende Vorfälle 2024

Bezirkliche Verteilung



Verhältnis der Online-Vorfälle zu Offline-Vorfällen 2020-2024

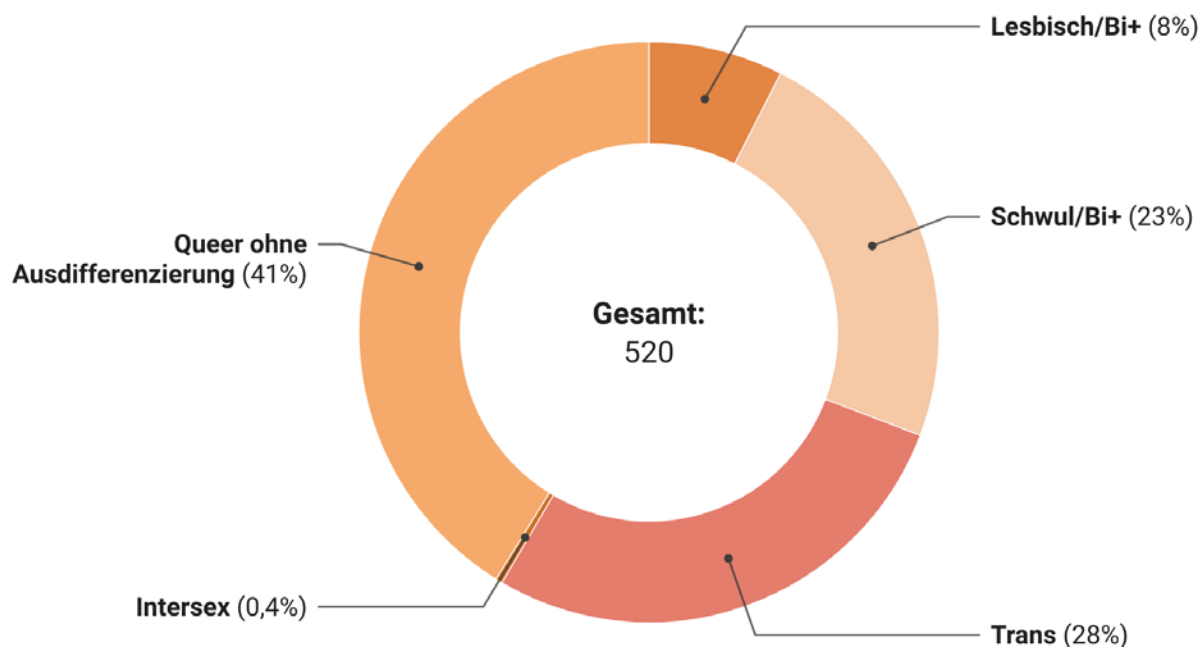


Quelle: Berliner Register • Erstellt mit Datawrapper

Beleidigungen fanden online statt, bspw. in Form von beleidigenden, zielgerichteten E-Mails an Einrichtungen und Personen. Jeden Monat wurden berlinweit mehr als zehn Versammlungen dokumentiert, bei denen antisemitische Inhalte verbreitet wurden und in deren Umfeld es zu vermehrten Bedrohungen und Gewaltvorfällen kam.

Im öffentlichen Leben wie in Geschäften, der Universität oder Verkehrsmitteln waren als Jüdinnen*Juden erkennbare Personen vermehrt von Anfeindungen und Gewalt betroffen – oft nur, weil sie z.B. Hebräisch sprachen oder religiöse Symbole trugen. Nicht alle erfassten Vorfälle weisen einen Bezug auf den Krieg in Israel und Gaza auf, vielmehr zeigt sich, dass die zunehmende Norma-

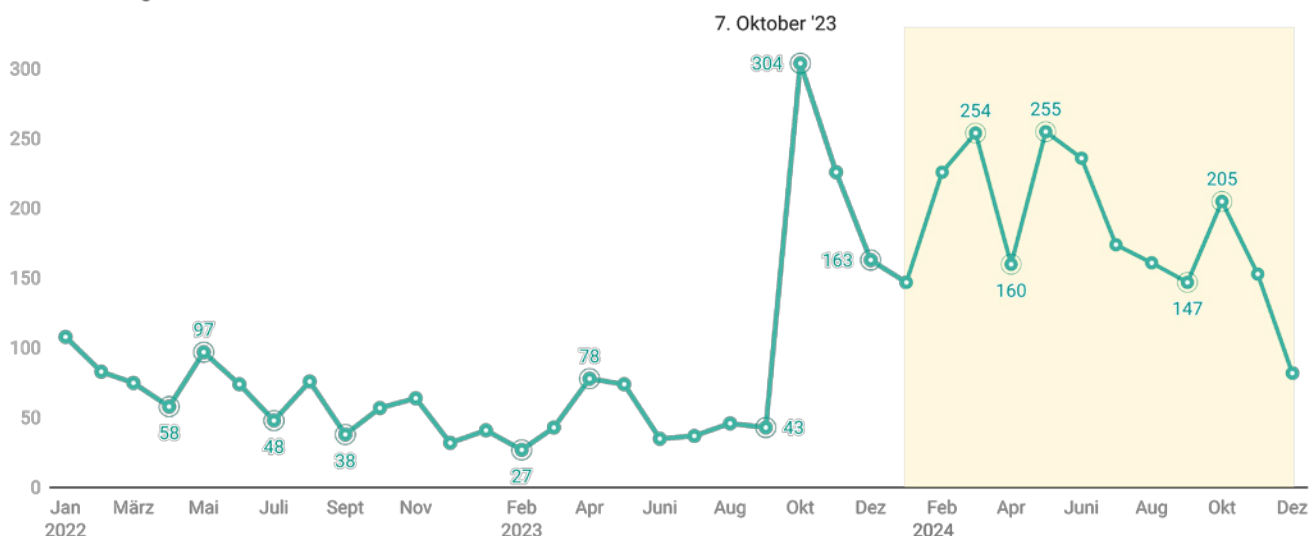
Betroffenengruppen LGBTIQ*-Feindlichkeit



Quelle: Berliner Register • Erstellt mit Datawrapper

Antisemitische Vorfälle

im Monatsvergleich 2022-2024



Gesamt 2022: 810. Gesamt 2023: 1113. Gesamt 2024: 2200.

Quelle: Berliner Register • Erstellt mit Datawrapper

lisierung antisemitischer Einstellungen in Teilen der Gesellschaft die Grenzen des Sagbaren verschiebt und Hemmschwellen senkt. Das zeigte sich auch in Angriffen auf das Gedenken an den Nationalsozialismus und die Shoa. Diese Gedenkort wurden vermehrt beschädigt oder beschmiert.

Wenig Sichtbarkeit: Abwertung und Gewalt gegen sozial „Schwächere“

Sozialchauvinismus, also das Überlegenheitsdenken basierend auf ökonomischen Merkmalen, ist ein Kernbestandteil extrem rechter Ideologien. Ein Ausdruck davon ist die Feindseligkeit gegenüber Obdachlosen. Zwei dokumentierte Vorfälle konnten eindeutig der extremen Rechten zugeordnet werden, darunter die Beschädigung der Gedenktafel für Kurt Schneider, der 1999 von Neonazis ermordet wurde. Sozialchauvinistische Vorfälle machten mit 27 Fällen nur einen kleinen Teil der Gesamtzahl aus, doch sie bilden lediglich die sichtbare Spitze des Eisbergs.

Besonders in diesem Bereich ist das Dunkelfeld groß, da Betroffene oft keine sozialen Netzwerke oder Verbündete haben, die auf die Gewalt aufmerksam machen. Häufig kam es zu Angriffen mit Waffen, schwerer Körperverletzung oder Brandstiftung an Schlafsäcken. Auch Feindseligkeit gegenüber Menschen mit Behinderungen beruht auf sozialdarwinistischen Denkmustern und führt zu Ausgrenzung. In zwei Fällen wurden Betroffene mit Bezügen auf den Nationalsozialismus beleidigt, darunter eine behinderte trans Person in Neukölln, der gedroht wurde, es solle wieder eine „T4-Aktion“ geben. Dies ist ein Verweis auf das NS-Mordprogramm an fast 200.000 Menschen.

Angriffe auf Engagierte gegen Rechts steigen in Häufigkeit und Intensität

Im vergangenen Jahr sind die Vorfälle, die sich gegen politische Gegner*innen der extremen Rechten richteten, besonders stark

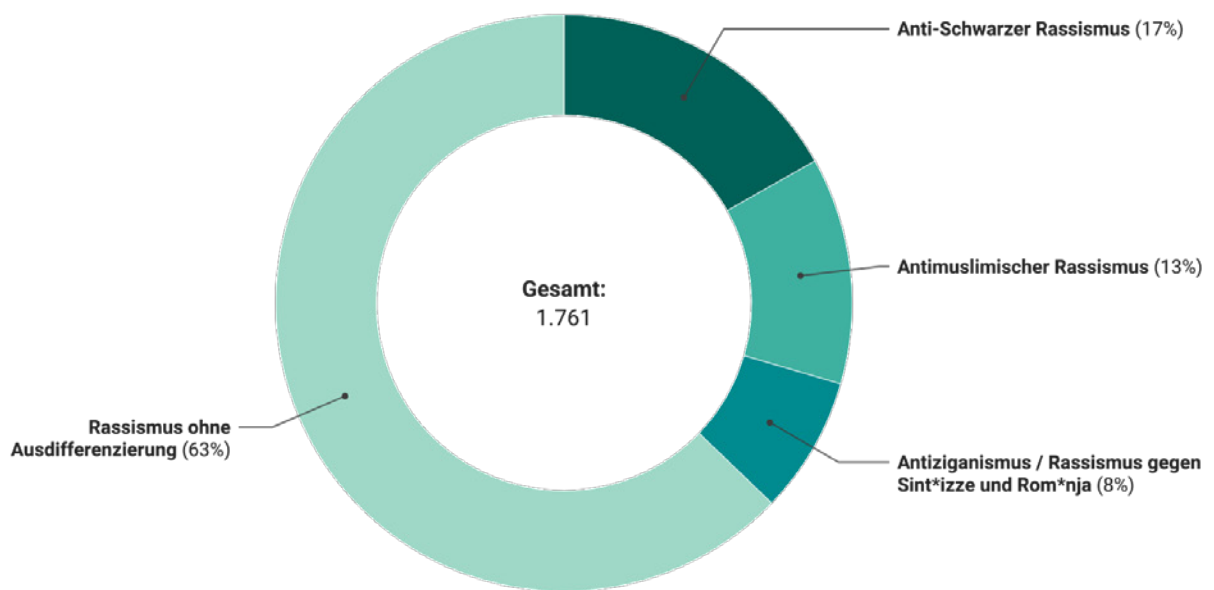
gestiegen. Insgesamt dokumentierten die Berliner Register 1.296 Vorfälle. Die extreme Rechte ging mit unterschiedlichen Strategien gegen Menschen vor, die sich für eine offene Gesellschaft engagieren oder nicht in ihr Weltbild passen. Die Neue Rechte setzte auf politische und mediale Einflussnahme, um demokratische Initiativen zu diffamieren. Enge Kontakte zu rechten Medien verstärkten diese Diskreditierungsversuche.

Ziel ist es, Menschen einzuschüchtern und sie dazu zu bringen, ihr zivilgesellschaftliches Engagement zu beenden. Neonazis und rechte Jugendgruppen hingegen setzten auf direkte Gewalt. Sie griffen gezielt Aktivist*innen, Medienvertreter*innen und Politiker*innen an und verübten Überfälle in öffentlichen Verkehrsmitteln oder an abgelegenen Orten und attackierten alternative Treffpunkte. Zudem verbreiteten sie rechte Propaganda und Einschüchterungen im öffentlichen Raum. Beide Akteure verstärken sich gegenseitig: Die Neue Rechte bereitet ideologisch den Boden für Gewalt, indem sie Menschen, die sich engagieren, als Kriminelle bezeichnet und öffentlich als Feinde markiert. Neonazis und rechte Jugendgruppen setzen diese Narrative in direkte Gewalt um, fühlen sich durch gesellschaftliche Diskurse bestärkt und erleben soziale Netzwerke, die ihre Aktionen legitimieren.

Gleichberechtigte Teilhabe? Strukturelle Benachteiligung schwächt Demokratie

Einen wichtigen Teil des Alltagserlebens von Betroffenen machen neben verbalen Anfeindungen und Gewalt auch ihre diskriminierenden Erlebnisse in Ämtern, Behörden und öffentlichen Einrichtungen oder Unternehmen aus. Die Register erhalten diese Vorfälle von themenspezifischen Beratungsstellen, die sich der Arbeit gegen Diskriminierung verschrieben haben. Die Zahl der Vorfälle in dieser Kategorie ist abhängig vom Beratungsaufkommen in den Einrichtungen der Kooperationspartner*innen. Aus Interviews mit diskriminierungsbetroffenen Menschen ist

Betroffenengruppe Rassismus



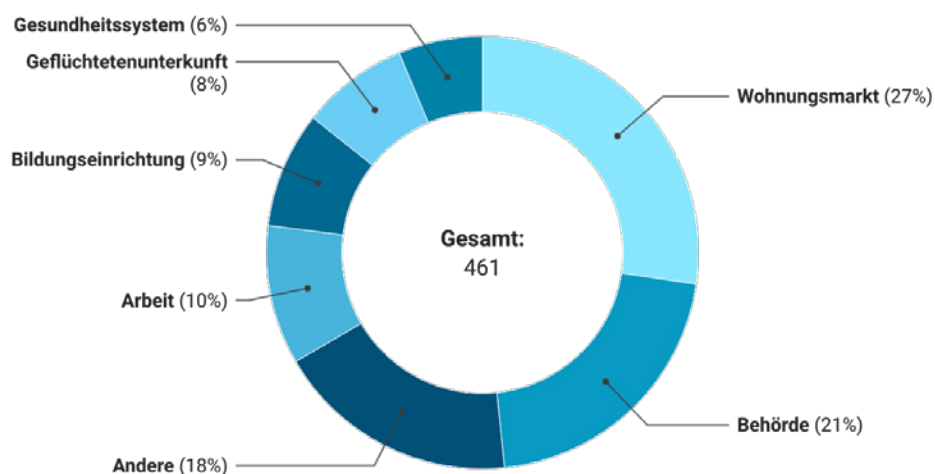
Quelle: Berliner Register • Erstellt mit Datawrapper

bekannt, dass die Dunkelziffer bei den strukturellen Benachteiligungen hoch ist. Oft befinden sich Menschen hier in einem Abhängigkeitsverhältnis, weil es um ihre Erwerbsarbeit, ihre Wohnung oder um Hilfeanträge geht. Dies erschwert die Benennung von Diskriminierung deutlich. Trotz eines leichten Rückgangs in dieser Kategorie bleibt das Bild der vergangenen Jahre erhalten. Der überwiegende Anteil der Vorfälle in dieser Kategorie stammt aus Jobcentern, Jugendämtern, Schulen oder dem Wohnungsmarkt.

Über 80 % der ca. 460 Vorfälle richteten sich gegen Menschen, die aus rassistischen Gründen diskriminiert wurden. Menschen

mit Behinderungen sind mit 13 % die zweitgrößte Betroffenengruppe. Wenn bei der Arbeitssuche, der Wohnungssuche, im Bildungssystem, dem Zugang zu Gebäuden oder bei den sozialen Leistungsbehörden diskriminiert wird, sehen die Betroffenen diese Strukturen als feindlich an, nicht als unterstützend. Das Vertrauen in Rechtsstaatlichkeit und Demokratie wird dadurch entweder gar nicht erst aufgebaut oder geht verloren. Insofern stellt die Verweigerung gesellschaftlicher Teilhabe eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und grundlegende demokratische Prinzipien dar.

Sozialräume von Struktureller Diskriminierung



Quelle: Berliner Register • Erstellt mit Datawrapper

Ergebnisse 2024 auf einen Blick

1. Queerfeindlichkeit als ein Ausdruck von antifeministischen Bewegungen

Die Feindschaft gegen LGBTIQ* Menschen bleibt seit zwei Jahren auf einem konstant hohen Niveau. Hass gegen queeres Leben ist nach wie vor tief in der Gesellschaft verankert und zeigt sich in Angriffen auf Menschen, Symbole und Einrichtungen. Zudem werden aus strategischen Gründen gezielt queerfeindliche und antifeministische Erzählungen verbreitet, wie die Mobilisierung gegen das Selbstbestimmungsgesetz im Sommer 2024 zeigte. Die Ablehnung queerer Lebensweisen ist ein Bindeglied rechts-konservativer bis extrem rechter Akteure, vernetzt sie und trägt dazu bei, diese Ideologie der Ungleichheit weiter zu verfestigen.

2. Wiedererstarken einer extrem rechten Jugendkultur

Eine neue extrem rechte Jugendkultur mit ästhetischem Bezug zu den 1990er Jahren nutzt soziale Medien und Eventformate zur massiven Verbreitung von Propaganda und Selbstinszenierungen. Die scheinbar organisationslose Struktur führt zu affektiven gruppenspezifischen Handlungen wie der gewalttätigen Bedrohung von Menschen, die nicht in das extrem rechte Weltbild passen. Besonders betroffen sind queere und linke Jugendliche.

3. Raumnahme durch die gewaltbereite extreme Rechte

Neonazis gewinnen durch Kampfsporttrainings und organisierte gewaltvolle Angriffe an Selbstbewusstsein und beanspruchen verstärkt öffentliche Räume für sich. Teil dieser Raumnahme ist die Verteilung von extrem rechter Propaganda im Osten der Stadt.

4. „Remigrationsdebatte“ und rassistische Diskursverschiebung

Zehn Jahre nach 2015 nimmt die Stimmungsmache gegen Geflüchtete weiter zu, begleitet von einer Normalisierung rassistischer Vorurteile. Begriffe wie „Remigration“, die einst dem Sprachgebrauch extrem rechter Parteien vorbehalten waren, finden zunehmend Eingang in öffentliche Debatten und führen zu rassistischen Anfeindungen im Alltag betroffener Menschen in Berlin.

5. Nahostkonflikt als Brennpunkt in der Berliner Stadtgesellschaft

Der 7. Oktober 2023 markiert eine tiefe Zäsur im Leben jüdischer und palästinensischer Menschen. Er führte zu einem starken Anstieg antisemitischer Vorfälle, der sich 2024 auf einem hohen Niveau verfestigte. Auch im digitalen Raum nahmen die antisemitischen Bedrohungen gegen Einrichtungen deutlich zu. Berliner Jüdinnen*Juden werden für die Politik Israels verantwortlich gemacht und fühlen sich in ihrem Alltag nicht mehr sicher.

6. Die Neue Rechte als Wegbereiter des Rechtsrucks

Die Neue Rechte tarnt ihre extrem rechten Ideologien mit einer Fassade vermeintlicher Intellektualität. Die Verwendung vermeintlich harmloser Begriffe wie „Remigration“ soll ihre antidemokratische Ausrichtung verschleiern. Durch enge Vernetzung mit politischen Akteuren und Medien versucht sie, demokratische Kräfte gezielt einzuschüchtern. Seit Jahren wird in ideologischen Thinktanks geplant und mit kalkulierten Provokationen eine schleichende Verschiebung des öffentlichen Diskurses vorangetrieben.

7. Strukturelle Diskriminierung als Gefahr für die Demokratie

Daten aus Dokumentations- und Beratungsstellen verdeutlichen, dass insbesondere von Rassismus betroffene Menschen keine gleichen Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe haben. Diese anhaltende Diskriminierung gefährdet grundlegende demokratische Prinzipien und schwächt den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

8. Berlin hält zusammen

Trotz Einschüchterungsversuchen und Angriffen durch extreme Rechte beweist die engagierte Zivilgesellschaft durch Vernetzung und Gegenproteste immer wieder, dass sie für eine offene und inklusive Stadt einsteht, in der es keinen Platz für extrem rechte Ideologien gibt.

Das Wiedererstarken einer extrem rechten Jugendkultur in Berlin

In den vergangenen zwei Jahren haben extrem rechte Jugendgruppen in Berlin deutlich an Präsenz und Gewaltbereitschaft gewonnen. Sie treten offen im öffentlichen Raum auf, bedrohen und attackieren politische Gegner*innen, queere Menschen und People of Color. Besonders stark sichtbar ist dieses Phänomen in den Ostberliner Bezirken Marzahn-Hellersdorf, Treptow-Köpenick, Lichtenberg und Pankow.

Zunehmende Angriffe und Bedrohungen

Seit Anfang 2024 wurden bereits 19 Angriffe durch jugendliche Neonazis dokumentiert. Diese richteten sich vorrangig gegen Menschen, die sie als politische Gegner*innen ausmachten (Antifaschist*innen, queere Menschen, Politiker*innen oder Journalist*innen), vier Angriffe waren rassistisch motiviert. Viele Vorfälle ereigneten sich bei Demonstrationen oder auf den An- und Abreisewegen, fast immer im öffentlichen Raum, überwiegend von männlichen Gruppen am Nachmittag oder Abend verübt. Schon Mitte 2025 ist das Vorjahresniveau erreicht. Auch die Zahl der Bedrohungen stieg deutlich an. Die Berliner Register dokumentierten seit Anfang 2024 mehr als 99 Vorfälle aus diesem Täter*innenspektrum, über die Hälfte zielten auf politische Gegner*innen, ein Viertel waren rassistische Bedrohungen und Pöbeleien, bei einem weiteren Viertel der dokumentierten Fälle wurde der Nationalsozialismus verherrlicht.

Im Schulterschluss mit der organisierten Rechten? „NRJ“ und „DJV“

Die Szene extrem rechter junger Personen in Berlin ist stark differenziert: Das Spektrum reicht von unorganisierten Jugend-

lichen mit extrem rechten Einstellungsmustern, die an subkulturellen Ausdrucksformen und Aktionen teilnehmen, über lose organisierte Gruppierungen und Zusammenschlüsse bis hin zu fest etablierten, strukturierten Organisationen der extremen Rechten.

Die „Nationalrevolutionäre Jugend“, kurz „NRJ“, tritt als Jugendorganisation der neonazistischen Kleinstpartei „Der III. Weg“ auf. Aktuell fällt die „NRJ“ mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen, Einschüchterungsversuchen, körperlicher Gewalt und offenen Kampfsporttrainings auf. Seit 2021 ist vor allem in Ostberlin, insbesondere in Marzahn-Hellersdorf, ein deutlicher Anstieg an Vorfällen mit Bezug zu „Der III. Weg“ und der „NRJ“ zu beobachten. Im Sommer 2024 kam es am Bahnhof Ostkreuz zu einem organisierten Überfall auf eine Gruppe von Menschen. Rund zwei Dutzend Neonazis traten mit Schlagwerkzeugen und Pfefferspray auf und verletzten die Wartenden. Dass Gewalt für diese Gruppierung nicht nur zum Repertoire gehört, sondern gezielt eingeübt wird, zeigen die regelmäßigen Kampfsporttrainings in Pankow, Lichtenberg und Treptow-Köpenick. Dort werden junge Mitglieder unter Anleitung erfahrener Kader systematisch für ge-



Neonazi-Demonstration in Berlin-Mitte. Foto: PM Cheung

waltsames Vorgehen geschult. Im März 2025 wurde entlang der Demonstration von „Der III. Weg“ ein Pressevertreter rassistisch beleidigt und angegriffen.

Im Sommer 2024 trat die „DJV“, ähnlich wie die zeitgleich entstandene Gruppe „Jung&Stark“ (JS), mit offenen Vernetzungstreffen u.a. im Humboldthain in Erscheinung. Während im Jahr 2024 zunächst von lockeren, überregional vernetzten Zusammenhängen gesprochen werden konnte, deuten aktuelle Entwicklungen zunehmend auf die Etablierung gefestigter, kameradschaftsähnlicher Strukturen sowie eine Anbindung an organisierte extrem rechte Strukturen, insbesondere an die Partei „Die Heimat“, hin. Mehrfach beteiligten sich die Personen an Angriffen auf CSDs und linke Veranstaltungen, unter anderem im Berliner Bezirk Marzahn-Hellersdorf.

Zielscheiben rechter Gewalt: Queers, Antifaschist*innen, People of Color

Die Vorfallszahlen der Berliner Register zeigen: Zur Zielscheibe der Gewalt extrem rechter Jugendgruppen werden Personen, die als links, queer oder migrantisch wahrgenommen werden. Dabei lässt sich einerseits beobachten, dass die Betroffenen scheinbar zufällig ausgewählt werden, etwa bei Begegnungen im öffentlichen Nahverkehr und insbesondere im Umfeld von Veranstaltungen wie CSDs oder extrem rechten Demonstrationen. Gleichzeitig berichten Betroffene aber auch von anhaltenden Bedrohungslagen über einen längeren Zeitraum. Dabei geht es nicht nur um spontane Ausbrüche, sondern um bewusste Einschüchterungen

mit dem Ziel, Personen in ihrem Alltagsleben einzuschränken. Ein Beispiel hierfür ist der Fall eines Schülers aus Hohenschönhausen, der über Monate hinweg bedroht wurde.

Fazit

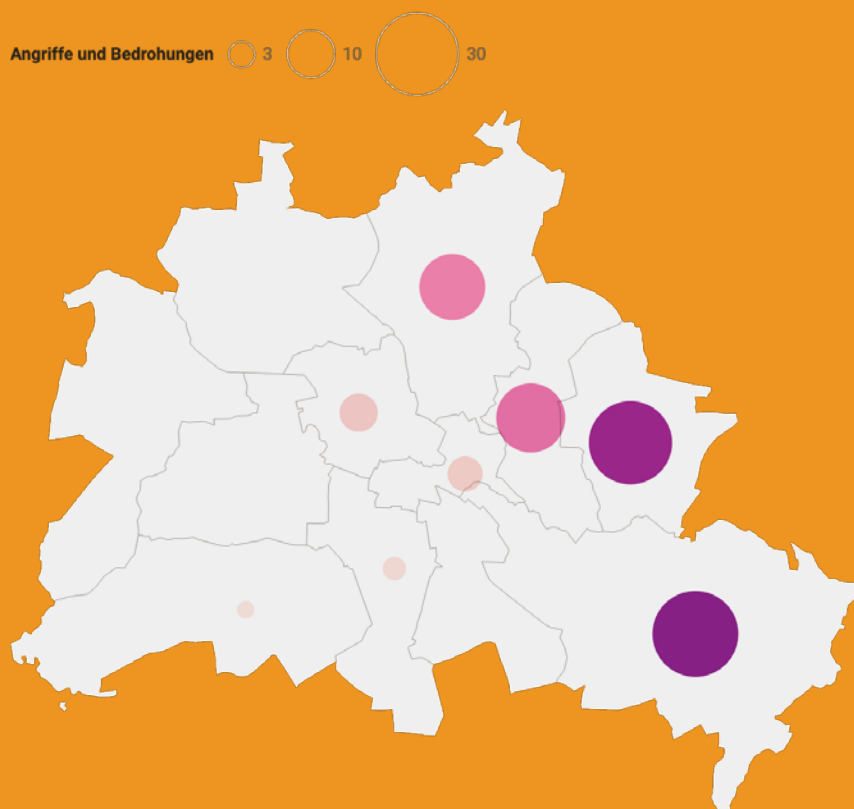
Die rechte Gewalt ist Ausdruck eines neuen Selbstbewusstseins. Gruppen junger Neonazis bewegen sich zunehmend im Ostberliner Raum, kleben oder sprühen Propaganda, stellen ihre Gewaltbereitschaft zur Schau, bedrohen alternative Orte oder greifen Menschen aktiv an.

Diese Strukturen entwickeln sich zunehmend organisiert, professionalisiert und strategisch gewaltorientiert. Gruppen wie die „NRJ“ und die „DJV“ knüpfen an etablierte Strukturen an, nutzen jugendkulturelle Ausdrucksformen und gewinnen dadurch Anschlussfähigkeit. Gleichzeitig nimmt die Sichtbarkeit neonazistischer Symbolik im öffentlichen Raum zu, was die Bedrohungslage für viele Menschen verschärft.

Die steigende Zahl von Vorfällen zeigt, dass es sich um ein wachsendes gesellschaftliches Problem handelt. Ein wirksamer Umgang erfordert langfristige Strategien, die Dokumentation und Analyse der Vorfälle ebenso wie Unterstützung der Betroffenen und die Stärkung lokaler Initiativen. Nur durch gemeinsames Handeln lässt sich der wiedererstarkten rechten Jugendkultur begegnen.

Aktivitäten extrem rechter Jugendkultur

(Jan. 2024 - Aug. 2025)



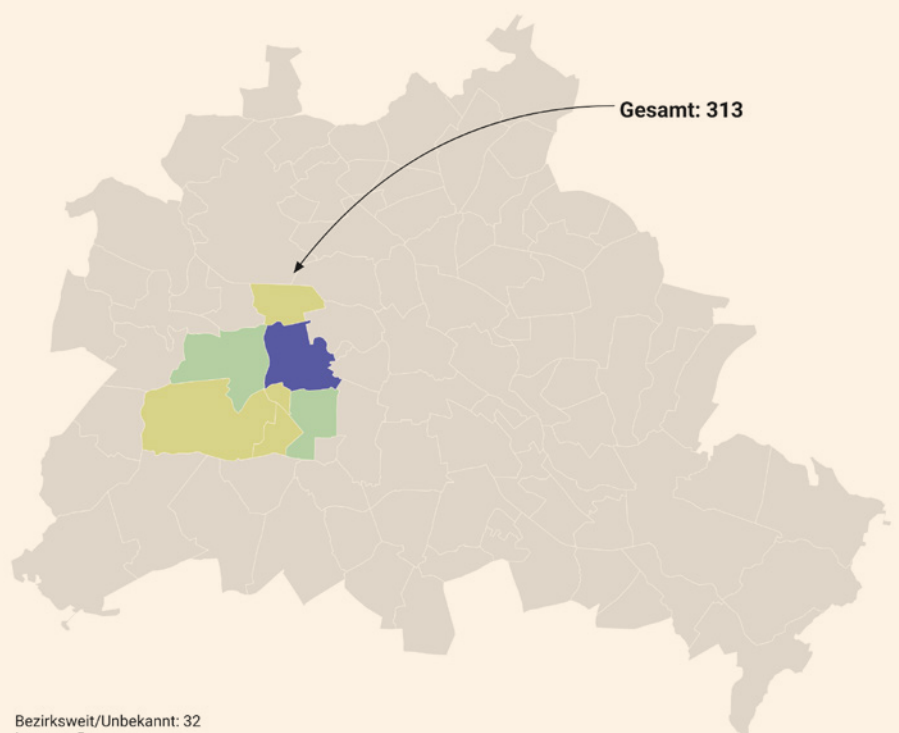
Quelle: Berliner Register • Erstellt mit Datawrapper

Charlottenburg-Wilmersdorf

Charlottenburg-Wilmersdorf ist ein Bezirk mit über 320.000 Bewohner*innen. Hier befinden sich die City West, die neben der historischen Mitte eine Zentrumsfunktion in Berlin einnimmt, zentrale Verkehrsknotenpunkte und touristische Attraktionen. In den lokalen Zentren des Bezirks, den Ortsteilen Charlottenburg und Wilmersdorf, werden jährlich die meisten Vorfälle dokumentiert. Vor allem im Berliner Westen haben verschiedene Institutionen der Neuen Rechten ihren Sitz, die wichtige Kommunikations- und Vernetzungspunkte für das rechte Spektrum darstellen.

Verteilung der Vorfälle im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf

Vorfälle je Ortsteil/Bezirksregion im Jahr 2024



Bezirksweit/Unbekannt: 32
Internet: 5

Charlottenburg: 192; Charlottenburg-Nord: 9; Grunewald: 7; Halensee: 5; Schmargendorf: 5; Westend: 25; Wilmersdorf: 33.
Source: Berliner Register • Created with Datawrapper

Antisemitische Parole an der Augsburger Straße

Rassistischer Aufkleber im Rathaus Charlottenburg



Kontakt:
Register Charlottenburg-Wilmersdorf
Schloßstr. 19, 14059 Berlin

Tel.: 0163 - 0812128
Mail: cw@berliner-register.de
Instagram: @RegisterCW
Mastodon: @mastodon.social
@RegisterCW
Bluesky: @RegisterCW.bsky.social

Charlottenburg-Wilmersdorf im Jahr 2024

Im Jahr 2024 wurden 313 Vorfälle in Charlottenburg-Wilmersdorf dokumentiert, die zweithöchste Zahl seit Beginn der Erfassung im Jahr 2013. Zwar ist im Vergleich zu 2023 die Gesamtzahl leicht gesunken, sie bleibt allerdings, verglichen mit den Jahren zuvor, auf hohem Niveau. Wie in den Vorjahren fanden die meisten der gemeldeten Vorfälle im belebten und infrastrukturstarken Ortsteil Charlottenburg statt (2024: 192; 2023: 220). Es folgen Wilmersdorf (33) und Westend (25). Besonders viele Vorfälle wurden rund um stark besuchte Veranstaltungsorte wie dem Olympiastadion in Westend während der Fußball-EM erfasst. Dabei zeigten Fans einzelner teilnehmender Länder vermehrt extrem rechte Banner, Fahnen oder entsprechende Sticker verklebten. Zudem kam es vermehrt zu Hitlergrüßen sowie Wolfsgrüßen, einem Handzeichen türkischer Faschist*innen.

Drastische Zunahme rassistischer Anfeindungen

Rassismus war 2024 das am häufigsten dokumentierte Vorfallesmotiv und stieg im Vergleich zu 2023 um 52% an (2024: 114; 2023: 75). Über ein Drittel aller Vorfälle waren rassistisch motiviert. Rassistische Vorfälle fanden auf der Straße, im Netz und in politischen Debatten beispielsweise in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) statt. Besonders alarmierend ist der Anstieg rassistischer Angriffe und Bedrohungen um 34 %. Dieser Anstieg spiegelt ein zunehmend polarisiertes und rassistisches gesellschaftliches Klima wider. Sichtbar wurde dies etwa in der Debatte um zwei Geflüchtetenunterkünfte im Bezirk.

Verbreitung von Antisemitismus auf Versammlungen

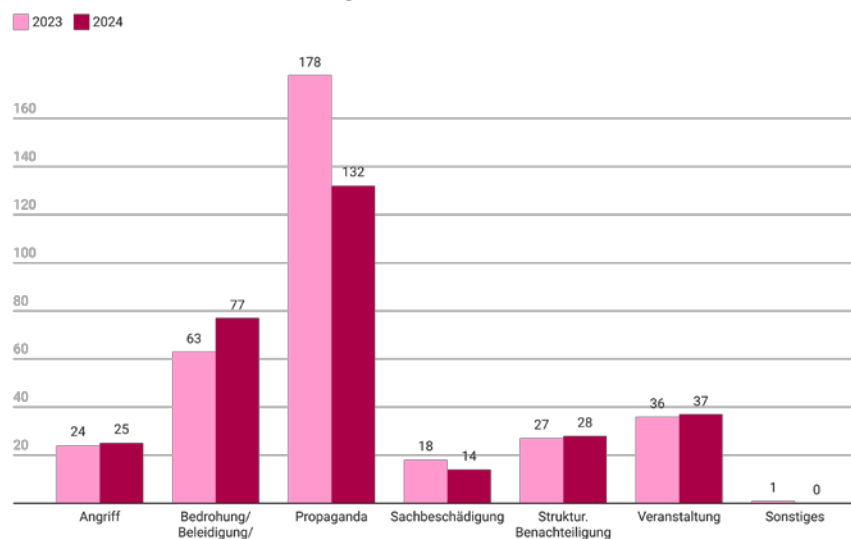
Antisemitismus bleibt mit konstant hohen Zahlen trotz Rückgang das zweithäufigste Vorfallesmotiv im Bezirk (2024: 70; 2023: 83). Besonders auffällig war 2024 die Zunahme antisemitischer Veranstaltungen (2024: 14; 2023: 8). Auf mehreren Versammlungen mit Bezug zum Nahostkonflikt wurde israelbezogener Antisemitismus in Redebeiträgen, Sprechchören oder auf Schildern offen gezeigt. Drei der fünf antisemitischen Angriffe erfolgten aus solchen Veranstaltungen heraus. Diese Entwicklungen wirken sich spürbar auf das Leben und das Sicherheitsgefühl von Jüdinnen*Juden im Bezirk aus.

Charlottenburg-Wilmersdorf als Hotspot der „Neuen Rechten“

Mit 37 dokumentierten Veranstaltungen blieb Charlottenburg-Wilmersdorf 2024 nach den Bezirken Mitte und Tempelhof-

Schöneberg einer der zentralen Versammlungs- und Veranstaltungsorte in Berlin, bei denen diskriminierende und extrem rechte Inhalte verbreitet werden. Besonders aktiv waren erneut Akteur*innen der sogenannten Neuen Rechten, für welche Charlottenburg-Wilmersdorf schon länger ein bundesweiter Hotspot ist. Die Neue Rechte ist eine ideologisch anschlussfähige Strömung der extremen Rechten, die sich durch strategische Neuausrichtung und intellektuelle Verpackung vom klassischen Neonazismus abgrenzt. In der „Bibliothek des Konservatismus“ in Charlottenburg fanden regelmäßig Vorträge und Lesungen statt, die das Register als diskriminierend eingeordnet hat. Sowohl die AfD im Bezirk als auch die inzwischen aufgelöste „Junge Alternative“ waren 2024 eng verbunden mit den neurechten Netzwerken und traten mit entsprechenden Positionen in Erscheinung, etwa durch rassistische oder LGBTIQ*-feindliche Anträge in der BVV.

Art der Vorfälle Charlottenburg-Wilmersdorf



Erstellt mit Datawrapper

Beispielvorfälle

26. Juni 2024

Im Rathaus in der Otto-Suhr-Allee wurde an der Tür der AfD-Fraktion ein rassistischer und LGBTIQ*-feindlicher Aufkleber entdeckt. Darauf war der Slogan „Döp dödö döp“ abgebildet – eine Anspielung auf den Gigi-d’Agostino-Song „L’amour toujours“ (Sylt-Song), der im Sommer 2024 mit einer verfremdeten Version, die rassistische Parolen enthielt, neue Bekanntheit erlangte. Im Hintergrund ist die sogenannte „Stolzflagge“ abgebildet. Diese ist das

Symbol der extrem rechten, nationalistischen „Stolzmonat“-Kampagne, die die Pride, sowie die Forderungen und Rechte von LGBTIQ*, lächerlich machen und delegitimieren soll.

Quelle: Register CW

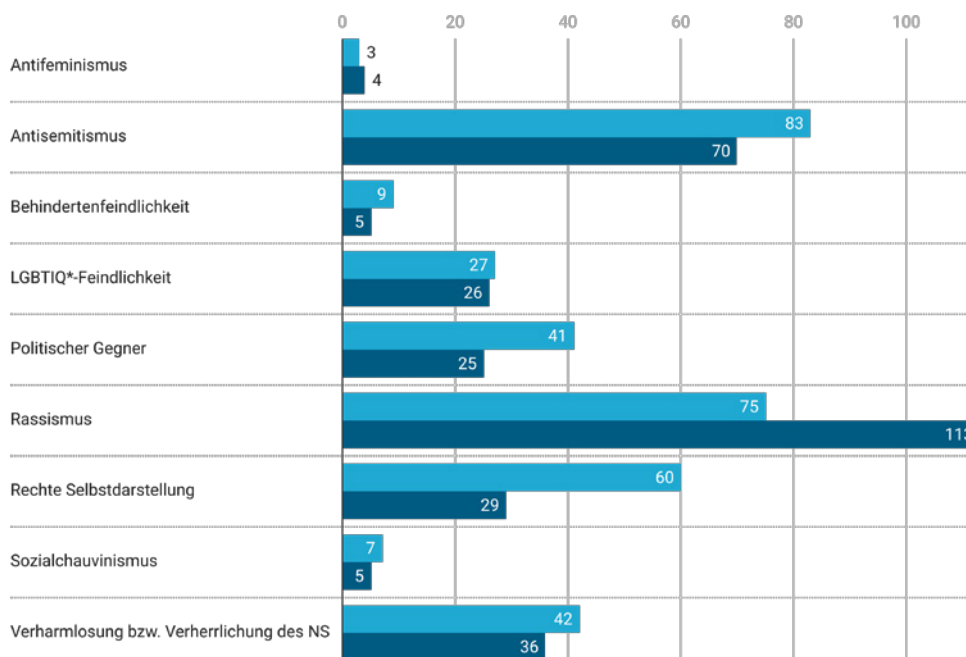
24. Juli 2024

Im Stadtbad Charlottenburg in der Krummen Straße wurden mehrere Mädchen und deren Aufsichtspersonen rassistisch durch einen Mitarbeiter der Bäderbetriebe beleidigt und benach-

teiligt. Zwei Mädchen, die lange Badebekleidung trugen, wurden von dem Mitarbeiter auf sexistische und rassistische Weise eingeschüchtert. Als eine der Aufsichtspersonen sich einschaltete, wurde ihr durch den Mitarbeiter sehr unfreundlich der Mund verboten. Die Mädchen waren daraufhin so verunsichert, dass sie sich nicht mehr ins Becken trauten. Als die zweite Aufsichtsperson den Mitarbeiter zur Rede stellen wollte, äußerte sich dieser abwertend über sie und sexualisierend in

Motiv der Vorfälle

2023 2024



Erstellt mit Datawrapper

Weniger Propaganda insgesamt, aber mehr rassistische Inhalte

Während die Zahl dokumentierter Propaganda-Vorfälle im Vergleich zum Höchststand 2023 deutlich zurückging (2024: 132; 2023: 178), stieg der Anteil rassistischer Inhalte sogar um 80% an. Auch die Zahl der antisemitischen Propaganda blieb beunruhigend hoch. Die Eigenwerbung von extrem rechten Gruppen und die dokumentierten Fälle von Propaganda gegen politische Gegner*innen der extremen Rechten gingen hingegen zurück. Der Rückgang kann sowohl auf verändertes Meldeverhalten als auch auf eine geringere Präsenz einzelner extrem rechter Gruppen im Bezirk zurückgeführt werden.

Den ausführlichen Jahresbericht für Charlottenburg-Wilmersdorf können Sie auf der Website der Berliner Register downloaden oder in gedruckter Form kostenlos bestellen.



Bezug auf die minderjährigen Mädchen. Daraufhin verließen die Betroffenen das Stadtbad. Andere Gäste wiesen die Betroffenen darauf hin, dass sich in der Vergangenheit bereits ähnliche Situationen ereignet hätten.

Quelle: Register CW

21. September 2024

Ausgehend von der Wilmersdorfer Straße zog eine Demonstration mit etwa 330 Teilnehmenden über die Kantstraße zum Breitscheidplatz. Bei der De-

monstration sowie bei der Abreise der Demonstrant*innen am U-Bahnhof Kurfürstendamm wurden mehrfach die israelbezogenen, antisemitischen Parolen „Hamas! Hamas!“, „From the river to the sea, palestine will be free“, „Yallah Yallah Intifada“ und „There is only one solution, Intifada revolution“ gerufen. Zudem wurden Journalist*innen durch Teilnehmende der Demonstration eingeschüchtert und angegriffen. Auch Gegendemonstrant*innen wurden bedroht.

Quelle: Register CW via Twitter

DOSTA/MIA Berlin Bericht 2024 für die Berliner Register

Seit elf Jahren dokumentiert die Dokumentationsstelle Antiziganismus DOSTA/MIA Berlin antiziganistisch motivierte Vorfälle in Berlin in allen Lebensbereichen. Im Herbst 2024 hat DOSTA/MIA Berlin einen 10-Jahresbericht mit Handlungsempfehlungen dazu herausgegeben, als auch einen UN-Schattenbericht zum 7. Staatenbericht der Bundesrepublik. In elf Jahren Dokumentation wurden insgesamt 1749 antiziganistische Vorfälle dokumentiert.

Im Jahr 2024 wurden insgesamt 247 Vorfälle mit antiziganistischem Bezug in Berlin gemeldet. Damit halten sich die Fallzahlen auf ähnlich hohem Niveau wie in den vorherigen Jahren. Dabei muss immer eine viel höhere Dunkelziffer mitgedacht werden, da die Hemmschwelle, rassistische beziehungsweise antiziganistische Diskriminierung zu melden, immer noch sehr hoch ist. Gerade in politisch unsicheren Zeiten ist es für Menschen mit Rassismuserfahrungen noch schwieriger, sich gegen Diskriminierung zu wehren. Umso wichtiger ist die Arbeit von Antidiskriminierungsprojekten und Monitoringstellen, wie auch die der Dokumentationsstelle Antiziganismus. Wir erleben zurzeit eine politische Lage, in der rechtsradikale Einstellungen der gesellschaftlichen Mitte offen kommuniziert und gelebt werden, was sich in den Fallmeldungen widerspiegelt. Die meisten Vorfälle ereigneten sich in den drei Lebensbereichen: Zugang zu existenzsichernden Leistungen, in der Öffentlichkeit und im Bildungsbereich.

Beim Kontakt zu Behörden werden Menschen, die Rom*nja sind oder für solche gehalten werden, oft existenzielle Leistungen verweigert. Vor allem im Kontakt mit der Bundesagentur für Arbeit (BA), aber auch mit der Familienkasse und anderen Behörden erfahren sie immer wieder antiziganistische Diskriminierung. Diese äußert sich in konkreten behördlichen Praktiken, die wir seit Projektbeginn beobachten und skandalisieren, wie der Anforderung irrelevanter Unterlagen oder die pauschale Ablehnung von Anträgen. Auch Diskriminierungserfahrungen in anderen Behörden wie dem Bürgeramt, Standesamt oder Finanzamt wurden 2024 vermehrt gemeldet. Das rassistische Mobbing gegenüber Schüler*innen, die Rom*nja oder Sinti*zze sind, beobachten wir weiterhin mit großer Sorge. Hier fehlen immer noch sowohl mehr Aufklärung über Antiziganismus, als auch unabhängige Beschwerdemöglichkeiten an Schulen. Dass die Nutzung der rassistischen Fremdbezeichnung in Schulen kaum skandalisiert wird, wundert nicht, so ist sie auch fester Bestandteil der Alltagssprache und kommt in der Öffentlichkeit immer wieder in Form von antiziganistischer Beleidigung bzw. Beschimpfung vor. Auch im Jahr 2024 standen die Themen Abschiebung und Sozialleistungsmissbrauch im Zuge rechtspopulistischer Debatten immer wieder im Fokus. Die rechtspopulistischen Debatten in Medien, im Bundestag und auf Landesebene, beispielsweise im AGH, spiegeln sich in Meldungen bei DOSTA wieder. Deshalb hat DOSTA/MIA Berlin den neuen Lebensbereich Politik in die Dokumentation aufgenommen.

Rom*nja oder so gelesene Menschen, insbesondere aus der Republik Moldau, waren weiterhin besonders vulnerabel und erlebten in Berlin immer wieder Antiziganismus durch Institutionen wie verschiedene Behörden und Bildungseinrichtungen, aber auch antiziganistische Anfeindungen im öffentlichen Raum. Hier ist anzumerken, dass diese Ausschlussmechanismen auch EU-Bürger*innen beispielsweise aus Rumänien und Bulgarien und auch Menschen aus den Westbalkanländern betreffen. Die nicht aufhörenden De-

batten um Migration und Asyl sind der Motor in konservativen als auch rechten Debatten und stellen auf existentieller Ebene für Menschen, die von Rassismus und Antiziganismus betroffen sind, eine reale Gefahr dar.

Im letzten Jahr stand die Gefährdung des Denkmals für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas besonders im Fokus. Die anstehenden baulichen Vorhaben der Deutschen Bahn sorgen in der Roma und Sinti Community weiterhin für Unmut. Die Deutsche Bahn AG und der Berliner Senat für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen haben 2020 die Öffentlichkeit über die geplanten Baumaßnahmen in Kenntnis gesetzt. Diese Entscheidung erweckte in der Öffentlichkeit und bei der Zivilgesellschaft den Eindruck, dass der Bau einer Bahntrasse wichtiger als der Erhalt des Mahnmals erscheint. An diesen Baumaßnahmen hält die Deutsche Bahn immer noch fest. Darüber hinaus mussten wir im Projekt immer wieder über den despektierlichen Umgang mit dem Mahnmal berichten. In den letzten Jahren erreichten uns immer wieder Fallmeldungen, bei denen es zum Vandalismus und zur Sachbeschädigung durch Passant*innen kam. Auf die Sicherheit des Gedenkorts wird demnach nur wenig Wert gelegt.

Handlungsempfehlungen:

Durch die jahrelange Erfassung konnte das Projekt dazu beitragen, dass die Problematik des Antiziganismus sichtbarer und auch ein wichtiger Bestandteil der Antidiskriminierungsarbeit geworden ist. Auch in der Politik und Verwaltung wird die Bekämpfung von Antiziganismus immer mehr mitgedacht, so dass auch entsprechende Maßnahmen getroffen werden konnten. Das Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) war ein wichtiger Schritt in Richtung Sichtbarkeit verschiedener Diskriminierungsformen. Dennoch ist das Ausmaß an Ausschlussmechanismen, strukturellem und institutionellem Rassismus groß und es braucht vor allem eine starke, gut finanzierte Antidiskriminierungslandschaft, für alle gut zugängliche, rechtliche Unterstützung und niedrigschwellige Beschwerdestellen, die die Anliegen der Betroffenen ernst nehmen. Der stetige Anstieg der Fallzahlen, aber auch die aktuellen politischen Entwicklungen, zeigen, dass es einen hohen Handlungsbedarf gibt. So muss beispielsweise auch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) dringend reformiert werden, um auch gegen behördliche Schikanen vorgehen zu können, denn gerade bei Behörden machen Rom*nja und Sinti*zze die meisten Diskriminierungserfahrungen, wie unsere jahrelange Erfassung zeigt. Und gerade in Zeiten, wo der Rechtsruck immer lauter und sichtbarer wird, ist es umso wichtiger, Betroffene von Antiziganismus und anderen Rassismusformen zu stärken und zu unterstützen. DOSTA/MIA Berlin hat im 10-Jahresbericht nochmal einen ausführlichen Katalog an Handlungsempfehlungen verfasst, der dort nachzulesen ist.

Weitere Informationen finden sich auf: amaroforo.de/projekte/dosta

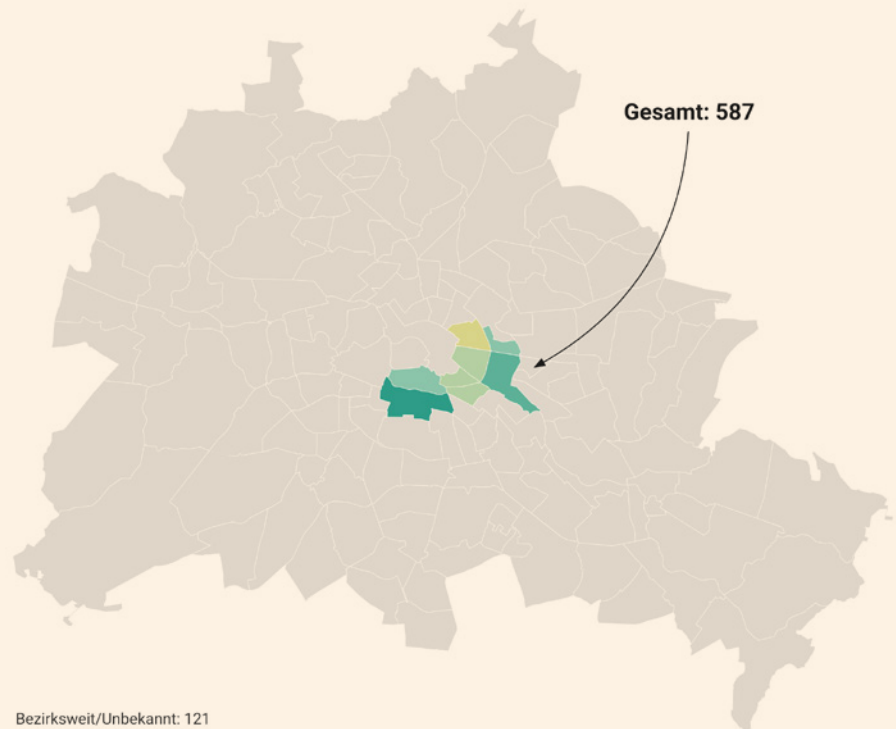


Friedrichshain-Kreuzberg

Friedrichshain-Kreuzberg ist der flächenkleinste, am dichtesten besiedelte und von den Einwohnern her der „jüngste“ Berliner Bezirk. Er entstand durch die Zusammenlegung des Westberliner Bezirks Kreuzberg und des Ostberliner Bezirks Friedrichshain im Jahr 2001. Die Bevölkerungszusammensetzung hinsichtlich der Lebensweisen und der Herkunft ist bis heute sehr unterschiedlich.

Verteilung der Vorfälle im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg

Vorfälle je Ortsteil/Bezirksregion im Jahr 2024



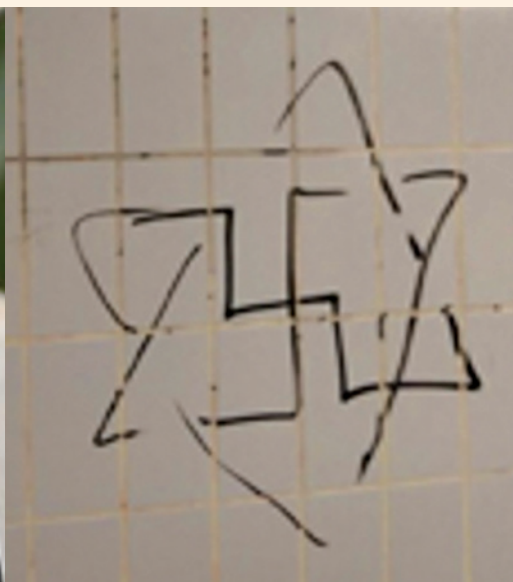
Bezirksweit/Unbekannt: 121
Internet: 2

Kreuzberg Südliche Friedrichstadt: 70; Kreuzberg Tempelhofer Vorstadt: 108; Kreuzberg Nördliche Luisenstadt: 49; Kreuzberg Südliche Luisenstadt: 30; Friedrichshain Karl-Marx-Allee-Nord: 17; Friedrichshain Samariterkiez: 56; Friedrichshain Karl-Marx-Allee-Süd: 35; Friedrichshain Boxhagener Kiez Stralau: 99.

Source: Berliner Register • Map data: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg • Created with Datawrapper

Rassistischer Aufkleber am Boxhagener Platz

Antisemitische Schmiererei in der Schönleinstraße



Kontakt:

Register Friedrichshain-Kreuzberg
UBI KLiZ e. V.
Kreutzigerstr. 23, 10247 Berlin

Tel.: 030 - 740 788 31
Mobil: 0157 - 77 36 99 42
Mail: fk@berliner-register.de
Web: www.register-friedrichshain.de
Facebook: @RegFhainKberg
Mastodon: @dju.social@RegisterXhain
Bluesky: @registerkreuzhain.bsky.social

Im Jahr 2024 dokumentierte das Register Friedrichshain-Kreuzberg mit 588 Vorfällen deutlich mehr diskriminierende, menschenfeindliche und extrem rechte Ereignisse als im Vorjahr (2023: 405). Besonders stark stieg die Zahl der Propagandavorfälle, darunter viele antisemitische Meldungen. Die direkte Gewalt richtete sich oftmals gegen Personen die von Rassismus betroffen sind, oder gegen LGBTQ*.

Auch wenn insgesamt vier gewalttätige Angriffe weniger registriert wurden, verzeichnete das Register Zunahmen bei antisemitischen Angriffen sowie Angriffen auf politische Gegner*innen. Das Dunkelfeld bleibt jedoch groß, da viele Betroffene, insbesondere von Rassismus, Diskriminierung aus Erschöpfung oder Angst nicht melden. Erstmals wurden mehr Vorfälle in Kreuzberg als in Friedrichshain registriert.

Antisemitismus wurde 2024 erstmals das häufigste Motiv der Meldungen. Dies ist insbesondere seit dem 7. Oktober 2023 zu beobachten und spiegelt sich berlinweit wider. In Kreuzberg kam es bei mehreren Demonstrationen zu antisemitischen Vorfällen. So wurde am 18. Mai ein Schild mit der Aufschrift „Whitewashing genocide is a Nazi tactic“ gezeigt, das den Nationalsozialismus verharmloste.

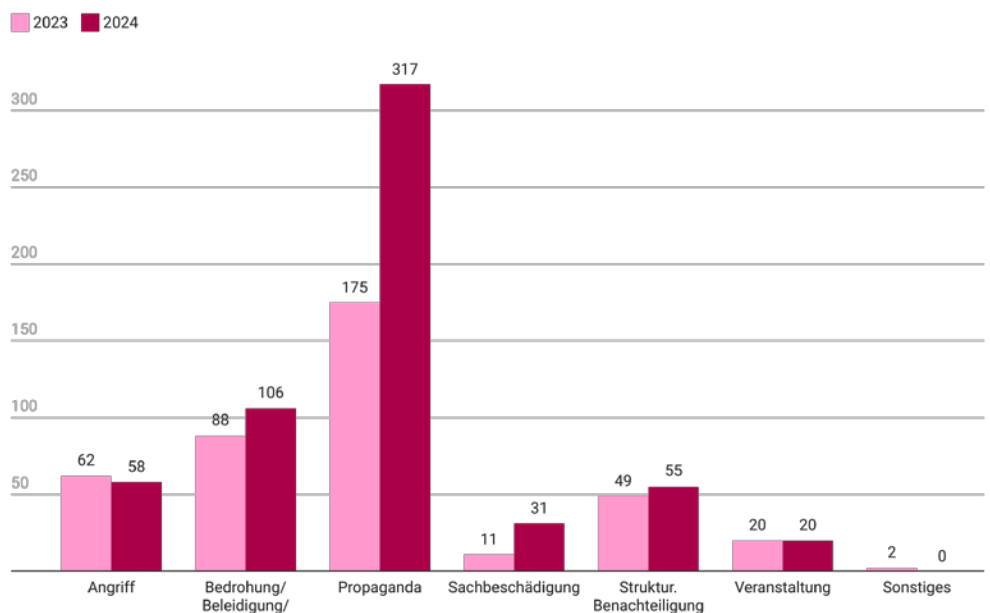
Die Zahl der Sachbeschädigungen verdreifachte sich sogar im Vergleich zum Vorjahr. Zwei Drittel davon waren antisemitisch motiviert. Beispiele sind das Herauskratzen eines Davidsterns an einer Gedenktafel im Urban-Krankenhaus sowie Angriffe auf Gedenkort für die Geiseln der Hamas vom 7. Oktober. Auch die Kunstinstallation „Grenzen auf!“ in der Adalbertstraße wurde mehrfach beschädigt.

Ein besorgniserregender Trend ist die Zunahme extrem rechter Jugendgruppen, die sich im Bezirk zunehmend gewaltbereit zeigen. Am 6. Juli 2024 kam es am S-Bahnhof Ostkreuz zu einem besonders brutalen Angriff: Etwa 20 verummte Neonazis, darunter Mitglieder der „Nationalrevolutionären Jugend“ (Jugendorganisation der Partei „Der III. Weg“), attackierten gewaltsam rund 35 Personen, die auf dem Weg zu einer Gegendemonstration waren. Die Täter schlugen gezielt auf Köpfe und bereits am Boden liegende Menschen ein – mehrere Opfer wurden schwer verletzt.

Nach Jahren fand zudem erstmals wieder eine extrem rechte Demonstration im Bezirk Friedrichshain statt (14. Dezember 2024). Rund 60 gewaltbereite Neonazis aus Gruppen wie „Deutsche Jugend Voran“ und „Jung und Stark“ zogen durch

den Stadtteil, skandierten rassistische Parolen und bedrohten Anwohner*innen. Die Demonstration wurde durch massiven Gegenprotest von über 3000 Menschen frühzeitig gestoppt. Zuvor hatte der Initiator versucht, den Aufmarsch als „bürgerlich-konservativ“ darzustellen. Der Versuch rechter Raumnahme setzte sich auch 2025 fort. Eine erneute Demo am 22. März wurde durch Gegenproteste bereits am Startpunkt blockiert. Weitere geplante Aktionen wurden im Vorfeld verhindert. Stattdessen agieren nun vermehrt kleine, gewaltbereite Gruppen extrem rechter Jugendlicher, insbesondere im Bereich rund um das Ostkreuz. Es kam zu einem Störversuch bei einer Stolperstein-Verlegung im Rudi-Kiez, zu Angriffen auf ein linkes Hausprojekt in der Rigaer Straße sowie auf einen Ladenbetreiber in der Boxhagener Straße.

Art der Vorfälle Friedrichshain-Kreuzberg



Erstellt mit Datawrapper

18. Januar 2024

An der Wand im U-Bhf Schönleinstraße wurde großflächig ein Davidstern mit einem Hakenkreuz in der Mitte angebracht. Gleich mehrere Personen haben die Schmiererei gesehen und an das Register gemeldet.

Quelle: Bürger*innenmeldung

15. September 2024

Gegen 14:35 Uhr brüllte ein Mann in der U8 ab Moritzplatz in Richtung Wittenau, nachdem er eine Person mit einem Beutel gegen Rassismus bemerkt hatte, „Alle Ausländer müssen vergast werden“ und „Sieg Heil“. Um eine weitere Eskalation zu vermeiden, verließ die betroffene Person an der nächsten Station die Bahn.

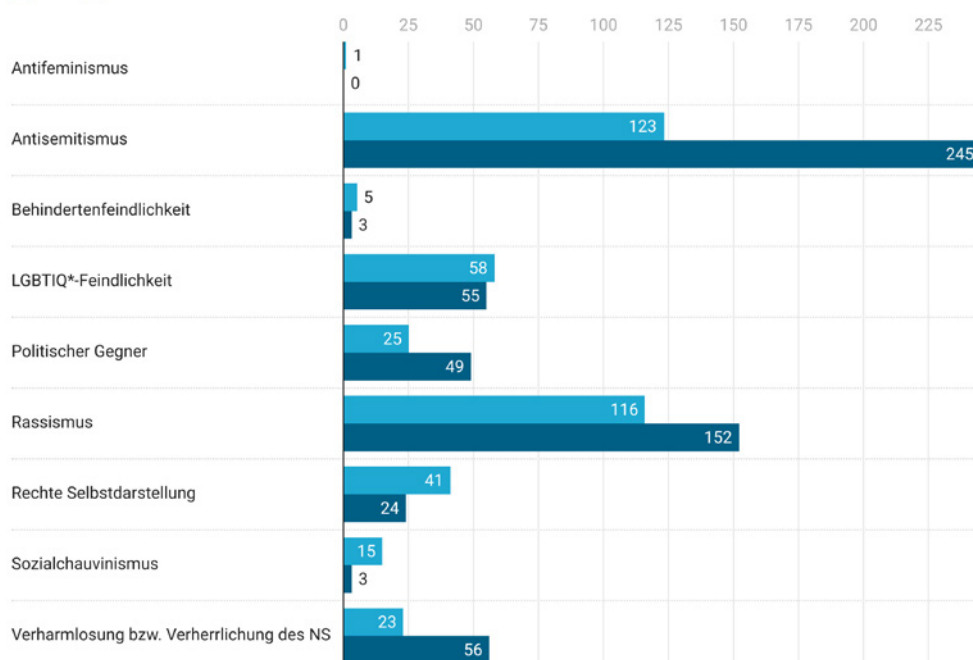
Quelle: AnDi-App.

26. November 2024

In einer Kinderfreizeiteinrichtung in Friedrichshain wurden LGBTQ*-feindliche Schmierereien entdeckt. „Fuck LGBTQ“ wurde an mehreren Orten auf dem Gelände angebracht. Am Schaukasten wurde Aufkleber von dem Projekt Queerspace übermalt. An der Eingangstür der Einrichtung wurde zudem das rassistische N-Wort hinterlassen. Quelle: Bürger*innenmeldung

Motiv der Vorfälle

■ 2023 ■ 2024



Erstellt mit Datawrapper

Trotz dieser bedrohlichen Entwicklungen zeigt sich auch starker zivilgesellschaftlicher Widerstand. Ein breites Bündnis aus Initiativen, Gruppen und Einzelpersonen engagiert sich weiterhin mutig gegen rechte Gewalt, Antisemitismus, Rassismus und Queerfeindlichkeit in Friedrichshain-Kreuzberg.

Den ausführlichen Jahresbericht für Friedrichshain-Kreuzberg können Sie auf der Website der Berliner Register downloaden oder in gedruckter Form kostenlos bestellen.



Beispielvorfälle

5. April 2024

An der Warschauer Brücke wurde ein Sticker eines extrem rechten Onlinehandels entfernt, auf dem neben einer entsprechenden Abbildung in Frakturschrift stand „Von roten Ketten macht uns frei - Fuck Antifa“. Der Sticker ist einer Abbildung aus der Weimarer Republik stark nachempfunden „Von roten Ketten macht uns frei - Allein die deutsche Volkspartei“.

Quelle: Bürger*innenmeldung

31. Juli 2024

Auf einem Werbeplakat an der Litfaßsäule Reichenberger Straße / Glogauer Straße wurde eine rassistische Comiczeichnung entdeckt und entfernt. Diese stellte auf stereotype Weise den Kopf eines arabisch wahrgenommenen Mannes als Terroristen dar und wird in Onlinekanälen genutzt.

Quelle: Bürger*innenmeldung

1. August 2024

An eine Hauswand in Kreuzberg wurde ein Sticker mit der Aufschrift „Search and destroy Zionists“ in Kombination mit dem roten Dreieck geklebt. Das rote Dreieck verwendet die Hamas um israelische Ziele zu markieren und zu eliminieren.

Quelle: Amadeu-Antonio-Stiftung, Civil Watch Against Antisemitism



Lichtenberg

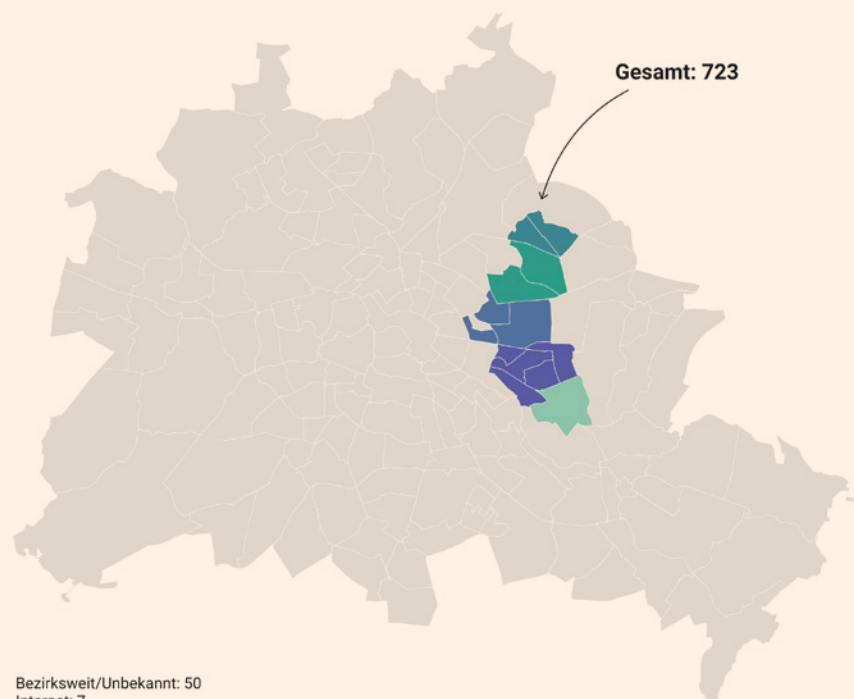
In Lichtenberg wohnen über 300.000 Einwohner*innen. Der Bezirk umfasst 12 Ortsteile und erstreckt sich über 52,1 km². Mit einer Bevölkerungsdichte von 5.987 Einwohner*innen pro km² liegt Lichtenberg deutlich über dem Berliner Durchschnitt. Besonders dicht besiedelt sind die Ortsteile Fennpfuhl, Neu-Hohenschönhausen und Friedrichsfelde. Der Anteil der Bewohner*innen mit Migrationshintergrund liegt im Vergleich leicht unter dem Berliner Durchschnitt. Über 12.000 Lichtenberger Einwohner*innen haben vietnamesische Wurzeln, die größte Anzahl aller Berliner Bezirke.

Die organisierte extreme Rechte wurde in Lichtenberg in den vergangenen Jahren deutlich zurückgedrängt. Lichtenberg zeichnet sich durch eine aktive Zivilgesellschaft aus, die Hass und Hetze etwas entgegensetzt.

Verteilung der Vorfälle im Bezirk Lichtenberg

Vorfälle je Ortsteil/Bezirksregion im Jahr 2024

5	25	50	75	100	125	150	175	200
---	----	----	----	-----	-----	-----	-----	-----



Bezirksweit/Unbekannt: 50
Internet: 7

Hohenschönhausen-Nord: 140; Hohenschönhausen-Süd: 112; Lichtenberg-Mitte: 194; Lichtenberg-Nord: 156; Lichtenberg-Süd: 64
Quelle: Berliner Register • Kartenmaterial: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg • Erstellt mit Datawrapper

Neonazi-Kampfsport in der Parkaue



Extrem rechter Aufkleber im Weitlingkiez



Kontakt:

Lichtenberger Register

pad gGmbH

Einbecker Str. 85, 10315 Berlin

Tel.: 030 - 50566518

Mobil: 0176 - 16371635

Mail: register@licht-blicke.org

Facebook: [@lichtenbergerregister](https://www.facebook.com/lichtenbergerregister)

Bluesky: [@liregister.bsky.social](https://bsky.app/profile/liregister.bsky.social)

Instagram: [@register_lichtenberg](https://www.instagram.com/register_lichtenberg)

Erstarkende neonazistische Jugendkultur, Einschüchterungsversuche gegen Jugendfreizeiteinrichtungen und steigende rassistische Übergriffe

Im Jahr 2024 wurden dem Lichtenberger Register 723 diskriminierende und extrem rechte Vorfälle gemeldet – ein Anstieg um ein Drittel im Vergleich zum Vorjahr und damit ein neuer Höchststand. Hauptsächlich lässt sich dieser Anstieg auf die verstärkte Verbreitung extrem rechter Propaganda zurückführen, was auf eine zunehmende Aktivität entsprechender Gruppen und Akteur*innen in Lichtenberg hindeutet. Besonders auffällig waren dabei die Aktivitäten neonazistischer Jugendgruppen, die immer selbstbewusster in der Öffentlichkeit auftreten – sei es durch Kampfsporttrainings oder Propaganda-Aktionen vor Schulen.

Die meisten dokumentierten Vorfälle richteten sich gegen Personen und Orte, die von Akteur*innen der extremen Rechten als politische Gegner*innen wahrgenommen wurden, darunter auch mehrere Jugendfreizeiteinrichtungen in Neu-Hohenschönhausen.

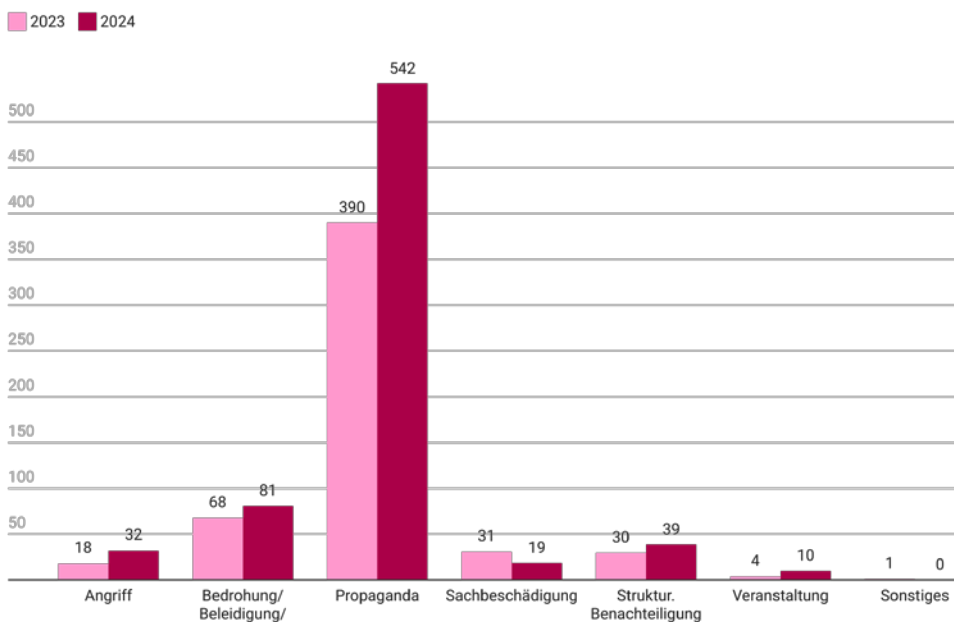
Gleichzeitig kam es zu einem starken Anstieg rassistischer Gewalttaten, bei denen in mehreren Fällen auch Kinder und Jugendliche betroffen waren. Diese Entwicklung ist als Folge eines breit geführten rassistischen gesellschaftlichen Diskurses zu sehen, der in Lichtenberg insbesondere in der Debatte um eine neue Geflüchtetenunterkunft sichtbar wurde.

Zudem nahm der Anteil von Frauen und nicht-binären Personen als Betroffene von Gewalt zu. In zwei Dritteln der dokumentierten Angriffe, Bedrohungen und Beleidigungen, bei denen das Geschlecht

der Betroffenen bekannt war, handelte es sich um diese Betroffenengruppen. Dies weist darauf hin, dass extrem rechte und diskriminierende Vorfälle auch eine vergeschlechtlichte Komponente aufweisen, wenn beispielsweise muslimischen Frauen das Kopftuch heruntergerissen wird oder Antifaschistinnen durch Neonazis als „F****“ beleidigt werden.

Die zunehmenden Aktivitäten der extremen Rechten konnten dank der zahlreichen Meldungen aus der Lichtenberger Zivilgesellschaft umfangreich dokumentiert werden. Rund 80 % der Vorfälle wurden von engagierten Einzelpersonen gemeldet, weitere 15 % von anderen Dokumentations- und Beratungsprojekten an uns weitergegeben. 5 % speisen sich aus der medialen Berichterstattung und aus Polizeimeldungen.

Art der Vorfälle Lichtenberg



Erstellt mit Datavrapper

Die dokumentierten Vorfälle zeigen jedoch nur einen Teil der Realität – viele Vorfälle bleiben unbemerkt oder werden nicht gemeldet. In manchen Feldern ist deswegen von einer hohen Dunkelziffer auszugehen.

Durch diese Meldungen wurden die Erfahrungen von Menschen, die von Diskriminierung und extrem rechter Gewalt betroffen sind, sichtbar gemacht. Sie dienen zugleich als Grundlage für Politiker*innen, Verwaltungsmitarbeiter*innen und politisch engagierte Initiativen, um gezielte Maßnahmen gegen Diskriminierung zu entwickeln.

Wir danken allen, die extrem rechte Propaganda entfernen und melden, bei Diskriminierung eingreifen und bei Angriffen Zivilcourage zeigen. Unser besonderer Dank gilt auch unseren Kooperationspartner*innen für die konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Beispielvorfälle

1. Mai 2024

Auf eine Gemeinschaftsunterkunft für Geflüchtete in der Wollenberger Straße wurden Steine geworfen. Die Steine landeten auf dem Gelände und den von Familien bewohnten Containern.

Quelle: Lichtenberger Register

13. Juli 2024

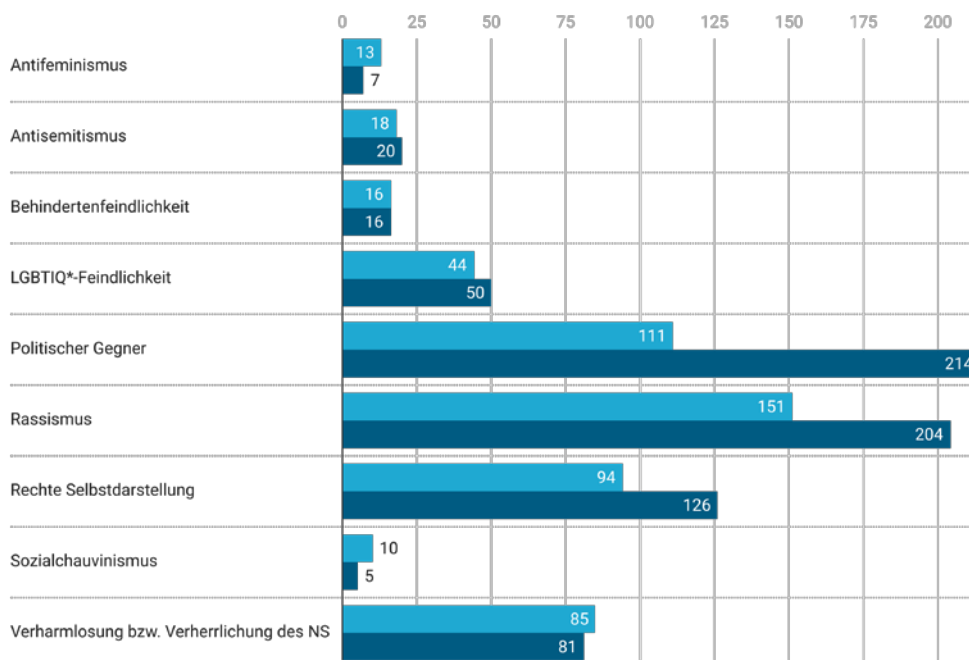
Eine Gruppe von bis zu 30 Neonazis, die aufgrund ihrer Kleidung der Neonazi-Kleinstpartei „Der III. Weg“ zugeordnet werden kann, führte am Samstagmittag ein Kampfsport-Training im Stadtpark Lichtenberg durch. Die Teilnehmenden wurden von der Polizei durchsucht, es wurden Waffen, Quarzsandhandschuhe, Pfefferspray und Aufkleber mit verfassungsfeindlichen Symbolen sichergestellt. Augenzeug*innen berichteten, dass

der „III. Weg“ auch Plakate aufgehängt habe und in der Nähe des Kampfsporttrainings Wachen positioniert hatte, die vorbeifahrende Leute teilweise angesprochen und verfolgt haben. Die Stimmung sei provokativ, aggressiv und eskalierend gewesen. Die Polizei ermittelt wegen Verstößen gegen das Waffengesetz und der Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole.

Quelle: Tagesspiegel 15.07.2024, Lichtenberger Register

Motiv der Vorfälle

■ 2023 ■ 2024



Erstellt mit Datawrapper

Für das Jahr 2025 deutet sich ein weiterer, massiver Zuwachs der gemeldeten Vorfallszahlen im Bezirk Lichtenberg an. Bereits im ersten Halbjahr 2025 wurden über 500 Vorfälle gemeldet und dokumentiert. Insbesondere die Propagandafälle gegen politische Gegner*innen und auch die direkten Übergriffe auf Akteur*innen der Zivilgesellschaft nehmen stark zu, bzw. münden verstärkt in Gewalttaten: Ein rechter Mob jagte im Mai einen antifaschistisch engagierten Schüler durch die Straßen von Hohenschönhausen, ebenfalls im Mai wurde ein Linken-Politiker geschlagen und musste verletzt ins Krankenhaus. Kurze Zeit nach seiner Entlassung wurde er sogar ein zweites Mal attackiert. Diese beiden Beispiele aus Lichtenberg zeigen exemplarisch den anhaltenden

Aufwärtstrend einer wieder zunehmend gewaltbereiten und selbstbewussten sowie stark verjüngten Neonaziszene im Bezirk auf.

Den ausführlichen Jahresbericht für Lichtenberg können Sie auf der Website der Berliner Register downloaden oder in gedruckter Form kostenlos bestellen.



19. Oktober 2024

In der S7, zwischen den Stationen Friedrichsfelde Ost und Lichtenberg, wurde eine Person am späten Abend aus einer Gruppe von etwa 20 Neonazis heraus angegriffen. Als sie eine Person mit Antifa-Aufnäher in der Bahn entdeckten, verummten sie sich und überklebten die Überwachungskameras mit Aufklebern. Anschließend attackierten mehrere Neonazis die Person mit Faustschlägen, zerrten an der Jacke und forder-

ten, diese herauszugeben. Der Gruppe gelang es nicht, die Kleidung in ihren Besitz zu bekommen, weil die angegriffene Person sich vehement weigerte und mehrere Fahrgäste intervenierten. Sie wurden dabei ebenfalls von den Neonazis beleidigt und bedroht.
Quelle: Meldeformular Berliner Register

EACH ONE Monitoring

Der öffentliche Raum als Ort rassifizierter Gewalt und Diskriminierung in Berlin

Im Jahr 2024 dokumentierte Each One, die Beratungs- und Monitoringstelle zu Anti-Schwarzem Rassismus bei Each One Teach One e.V., 206 Fälle von Anti-Schwarzem Rassismus (ASR). 108 davon wurden dem Projekt von den Berliner Registern zugetragen. Die meisten dieser Fälle wurden dem Lebensbereich „öffentlicher Raum“ zugeordnet. Die Einteilung in Lebensbereiche dient in erster Linie der Orientierung, da viele Fälle intersektional sind und mehrere Bereiche betreffen. So finden etwa Fälle von Polizeigewalt und Racial Profiling häufig im öffentlichen Raum statt, werden jedoch aufgrund ihres institutionellen Charakters separat erfasst.

Insgesamt betrafen 48 Fälle den öffentlichen Raum. Davon beinhalteten 45 Fälle Beleidigungen und Beschimpfungen – häufig unter Verwendung des N-Worts –, darunter 8 Fälle mit Kindern. In 14 Fällen kam es zu Bedrohungen und in 10 Fällen zu körperlicher Gewalt, wobei 5 der Gewaltvorfälle Kinder betrafen.

Beispiele verdeutlichen die Alltäglichkeit und Schwere dieser Erfahrungen: Binta wird mit ihrem Sohn in der S-Bahn rassistisch beleidigt; der zehnjährige David wird auf dem Weg vom Spielplatz von Jugendlichen bedroht und verfolgt; ein Paar mit kleinen Kindern wird auf der Straße verbal angegriffen und ihre Babys bespuckt; der elfjährige Jordan wird im Bus attackiert und erleidet später schwere Verletzungen, als er vor seinen Angreifern flieht. Der 13-jährige Joshua rempelt auf der Straße aus Versehen einen Mann an und entschuldigt sich. Daraufhin folgt ihm der Mann, fragt, ob er „Afrikaner“ sei, und schlägt Joshua mit der Faust ins Gesicht. Joshua wird ambulant mit einer Kopfverletzung im Krankenhaus behandelt.

Der öffentliche Raum ist kein neutraler Ort, sondern durch koloniale Kontinuitäten und rassistische Ausschlussmechanismen geprägt. Weißsein fungiert hier als unsichtbare, institutionalisierte Machtstruktur, die Gewalt durch Normalisierung ausübt. Während Weißsein im öffentlichen Raum mit Privilegien wie Sicherheit und Bewegungsfreiheit verbunden ist, erleben Schwarze Menschen diesen oft als Ort der Dehumanisierung und Gewalt – eine alltägliche Bedrohung.

bell hooks beschreibt Weißsein in diesem Zusammenhang als Terror, da Schwarze Menschen sich ständig in Gefahr wissen müssen – durch Polizei, Passant*innen, Blicke oder Repräsentation. Dabei ist Gewalt nicht immer sichtbar oder laut, sondern oft strukturell, atmosphärisch – ein grundsätzliches Erfahrung von Unsicherheit und Exponiertheit. Christina Sharpe führt in diesem Zusammenhang das Konzept des Wetters an: „(...) the weather is the total climate; and that climate is antiblack.“ Rassismus ist kein punktuellere Ereignis, sondern ein dauerhaftes gesellschaftliches Klima. Terror meint also nicht nur offene Gewalt; vielmehr geht es um eine Bedrohungslage, die permanent und gesellschaftlich verankert ist. Dabei bricht sie immer wieder eruptiv in Form von unmittelbarer physischer Gewalt hervor, die auch

nicht vor Kindern und Babys Halt macht – wie die obigen Meldungen verdeutlichen.

Diese Übergriffe sind allerdings nicht zufällig oder vereinzelt, sondern müssen vor dem Hintergrund rassistisch strukturierter gesellschaftlicher Verhältnisse verstanden werden. Wenn Schwarze Menschen im öffentlichen Raum attackiert werden, ist das Teil dieser Strukturen. Gleichzeitig sind solche Angriffe häufig untererfasst und werden verharmlost.

Im Afrozensus, der ersten umfassenden Studie zu den Lebensrealitäten Schwarzer, afrikanischer und afrodiasporischer Menschen in Deutschland, berichten 79 % der Befragten, körperliche oder verbale rassistische Gewalt erlebt zu haben. Über 90 % gaben an, Diskriminierung im Bereich Öffentlichkeit und Freizeit erfahren zu haben – also dort, wo sich der öffentliche Raum besonders deutlich zeigt.

Diese Zahlen verdeutlichen die Dringlichkeit, Anti-Schwarzen Rassismus im öffentlichen Raum als systematisches Problem anzuerkennen und entschieden dagegen vorzugehen.

Each One bietet Antidiskriminierungsberatung und Sozialberatung für Schwarze, afrikanische und afrodiasporische Menschen an. Offene Sprechstunden: Kameruner Straße 16, 13351 Berlin, dienstags und donnerstags von 16:00–18:00 Uhr oder mit Terminvereinbarung unter: beratung@eoto-archiv.de Melde jetzt Anti-Schwarzen Rassismus bei Each One unter: www.each-one.de Dort findet ihr auch den vollständigen Each One Monitoringbericht zu Anti-Schwarzem Rassismus 2024 zum Download.

Weitere Informationen finden sich auf: each-one.de





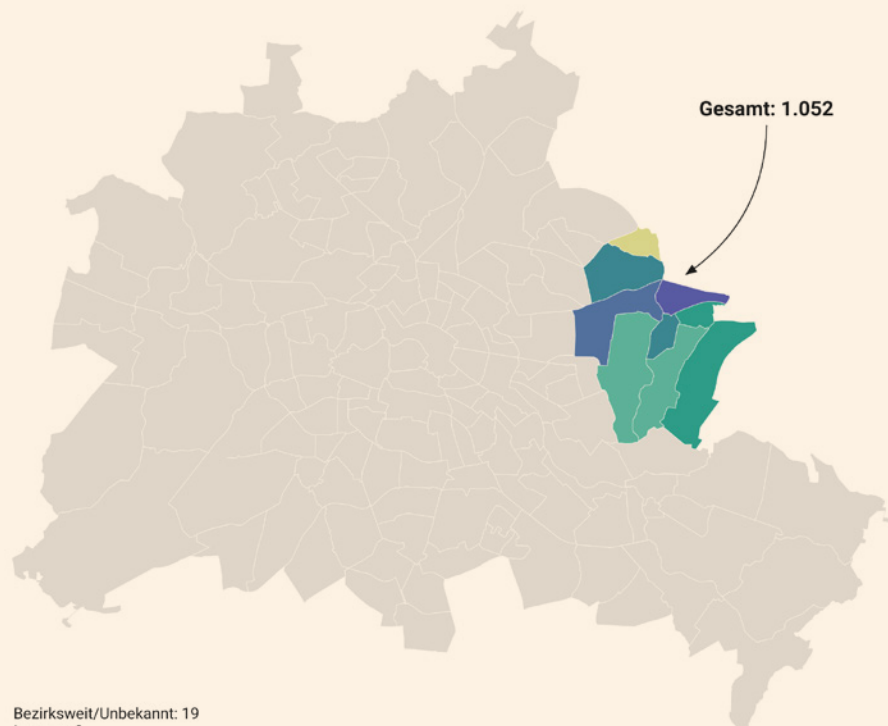
Marzahn-Hellersdorf

Der Bezirk Marzahn-Hellersdorf hat mehr als nur grauen Beton zu bieten. Die „Gärten der Welt“ in Marzahn, der Kienberg in Hellersdorf oder die Seen in Kaulsdorf locken Menschen aus ganz Berlin und teilweise sogar aus der ganzen Welt hierher. Zwischen Plattenbauten und Einfamilienhäusern passiert einiges.

In den letzten Jahren ist das Leben in Marzahn-Hellersdorf nochmals vielfältiger geworden: So feierte beispielsweise 2024 die „Marzahn Pride“ ihr sechstes Jubiläum. Generell steigt die Anzahl regelmäßiger Angebote für queere Jugendliche und Erwachsene kontinuierlich. Trotz der großartigen Potentiale ist das Zusammenleben von so vielen verschiedenen Menschen im Großbezirk nicht immer problemfrei.

Verteilung der Vorfälle im Bezirk Marzahn-Hellersdorf

Vorfälle je Ortsteil/Bezirksregion im Jahr 2024



Bezirksweit/Unbekannt: 19
Internet: 2

Biesdorf: 93; Hellersdorf-Nord: 193; Hellersdorf-Ost: 104; Hellersdorf-Süd: 136; Kaulsdorf: 76; Mahlsdorf: 107; Marzahn-Mitte: 139; Marzahn-Nord: 21; Marzahn-Süd: 162.

Source: Berliner Register • Map data: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg • Created with Datawrapper

Hakenkreuze auf einem Spielplatz



Entfernte Neonazi-Propaganda



Kontakt:

Register Marzahn-Hellersdorf

Stiftung SPI

Frankfurter Allee 35 – 37, Aufgang C,
10247 Berlin

Mobil: 0172 - 8695497

Mail: register-mh@lvs.stiftung-spi.de

Instagram: @RegisterMaHe

Im Jahr 2024 wurden in Marzahn-Hellersdorf insgesamt 1.052 Vorfälle erfasst. Das sind fast doppelt so viele wie im Vorjahr und der höchste Wert seit Beginn der Erfassung 2008. Damit liegt der Bezirk berlinweit an der Spitze. Durchschnittlich wurden 2,9 Vorfälle pro Tag registriert.

Massive Propaganda und alltägliche Bedrohungen

Der Anstieg schlägt sich insbesondere im Bereich der Propaganda (2024: 951; 2023: 440) nieder. Etwa alle fünf Tage tauchten großflächige Hakenkreuze auf, an Bahnhöfen im Schnitt jeden zweiten Tag neonazistische Aufkleber mit Aufschriften wie „I <3 Hitler“. Durchschnittlich wurde jede Woche mindestens eine extrem rechte Bedrohung registriert – diese sind längst keine Einzelfälle mehr.

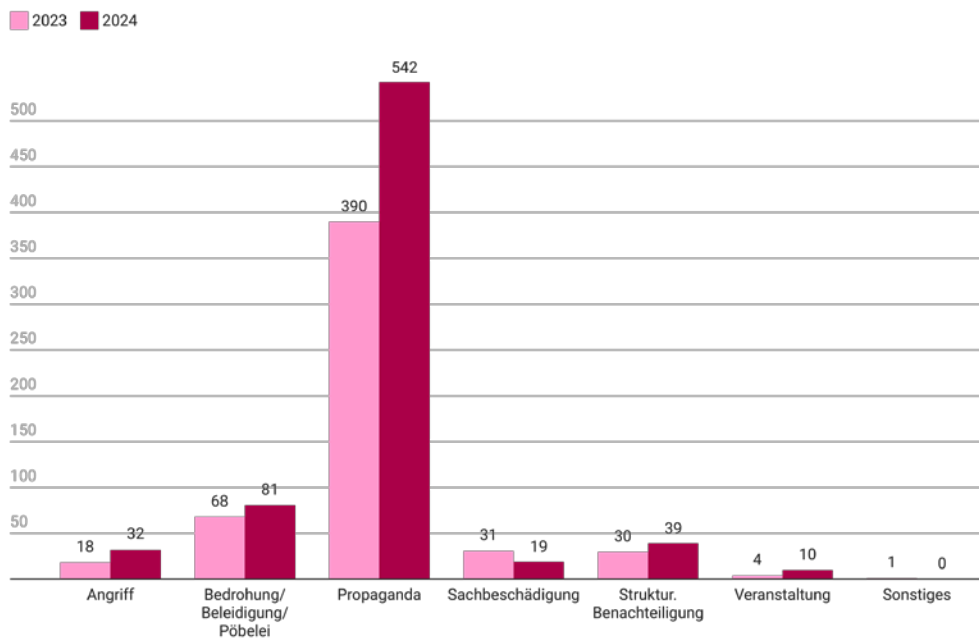
Die massive Propaganda ist ein Hinweis auf (Sozial-)Räume, die Neonazis für sich beanspruchen wollen. Es gibt eine klare Tendenz, dass dort, wo die Propaganda rasant ansteigt, auch die Gewalt zunimmt. Mehrfach erreichten die Registerstelle auch Meldungen über Bedrohungen beim Entfernen rechter Aufkleber.

(Neue) Neonazi-Strukturen

Der Anstieg ist unter anderem auf neue jugendliche Neonazi-Netzwerke wie „Deutsche Jugend voran“ (DJV) und „Jung&Stark“ (JS) zurückzuführen. Diese haben sich u. a. im Bezirk etabliert und wurden überregional bekannt, indem sie CSD-Veranstaltungen störten. Sie organisierten Aufmärsche, bedrohten engagierte Bürger*innen und attackierten Gegner*innen der extremen Rechten. Der berlinweite Hotspot von „DJV“ und „JS“ ist klar in Marzahn zu erkennen, insbesondere zwischen der Mehrower Allee und dem S-Bahnhof Marzahn.

Ein zentraler Akteur im Bezirk bleibt die Neonazipartei „Der III. Weg“ mit 400 ge-

Art der Vorfälle Marzahn-Hellersdorf



Erstellt mit Datawrapper

meldeten Vorfällen (2023: 180) – die höchste Anzahl in ganz Berlin. Überwiegend handelte es sich um Propaganda-Aktionen an S- und U-Bahnhöfen wie Hellersdorf, Kienberg und Kaulsdorf-Nord. Neben Stickern und Graffiti organisierten Mitglieder öffentliche Kampfsporttrainings, vor allem für jüngere Anhänger, die durch solche Gemeinschaftserlebnisse eingebunden und auf künftige Auseinandersetzungen mit politischen Gegner*innen vorbereitet werden sollen. Zudem hat die Zurschaustellung der Gewaltbereitschaft einen Einschüchterungs-Effekt auf die Nachbarschaft.

Gewalt gegen politische Gegner*innen

Im Vergleich zu 2023 haben sich Angriffe auf politische Gegner*innen der extremen Rechten fast verdreifacht. Die meisten der insgesamt 24 dokumentierten Bedrohungen, Angriffe und Raubüberfälle im Bezirk

wurden von jugendlichen Neonazis verübt. Betroffen waren Menschen mit Symbolen gegen rechts, Teilnehmende von Demonstrationen, Journalist*innen und ein alternatives Hausprojekt. Auch der Neonazi-Zahlencode „1161“ (Anti-Antifaschistische Aktion) war als Graffiti deutlich häufiger zu sehen.

Im Vergleich zum Vorjahr sind die Bedrohungen gestiegen, die Angriffe hingegen leicht gesunken. Mit dem Erstarken neonazistischer Gruppierungen und Cliques geht dennoch ein erhöhtes Gewaltpotential einher. Grund für den Rückgang der dokumentierten Angriffe ist unter anderem die Veröffentlichungspraxis von polizeilichen Meldungen, die rassistische Taten oftmals nicht abbildeten, wie im Abgleich mit schriftlichen Anfragen im Abgeordnetenhaus auffiel. Betroffene rassistischer Gewalt berichteten dem Register jedoch, dass Anfeindungen alltäglich sind, sie

6. Januar 2024

Neonazis der Kleinstpartei „III. Weg“ haben am frühen Nachmittag eine Versammlung am Cecilienplatz bedroht, die sich gegen rassistische Gewalt aussprach. Quelle: Augenzeug*in

21. Januar 2024

Kurz nach 13:00 Uhr kam es zu einer Bedrohung durch junge Neonazis in der U-Bahnlinie 5. Fünf bis sieben Neonazis, die u.a. Kleidung der neonazistischen Kleinstpartei „III. Weg“ trugen, bedroh-

ten nach dem Einstieg in die Bahn am U-Hellersdorf eine Personengruppe. Sie beschimpften die Betroffenen aufgrund ihrer Kleidung u.a. als „scheiß Zecken“ und forderten sie zur Herausgabe eines Kleidungsstückes auf. Dabei drohten sie ihnen körperliche Gewalt an. Quelle: Augenzeug*in

6. Juli 2024

Am Abend ist es in Hellersdorf zu einem Angriff durch maskierte Täter*innen gegen eine Person gekommen. Die bei-

den neonazistischen Angreifer*innen, die verumumt auftraten und Pfefferspray mit sich führten, sprangen aus einem Auto und attackierten unvermittelt die betroffene Person. Dabei entwendeten sie eine Tasche. Quelle: Augenzeug*in

1. Mai 2025

Am S-Bahnhof Mahlsdorf kam es zu einem neonazistischen Angriff durch einen unbekannten Mann, der in Begleitung einer ebenfalls unbekannten Frau war.

diese aus Angst und einem Ohnmachtsgefühl heraus aber häufig nicht als Meldung einreichen wollen. Auch LGBTIQ*-feindliche Vorfälle verdoppelten sich, vor allem durch Sticker und beschädigte Regenbogenfahnen.

Ein Bezirk im Spannungsfeld

Marzahn-Hellersdorf ist nicht nur ein Hotspot neonazistischer Propaganda, sondern auch ein Ort zunehmender Gewalt und Einschüchterung. Sticker, Plakate und Schmierereien sind mehr als Sachbeschädigungen – sie markieren Reviere, schaffen ein Klima der Angst und können den Boden für weitere Gewalt bereiten. Dies ist ein Trend, der sich im Bezirk bereits zeigt.

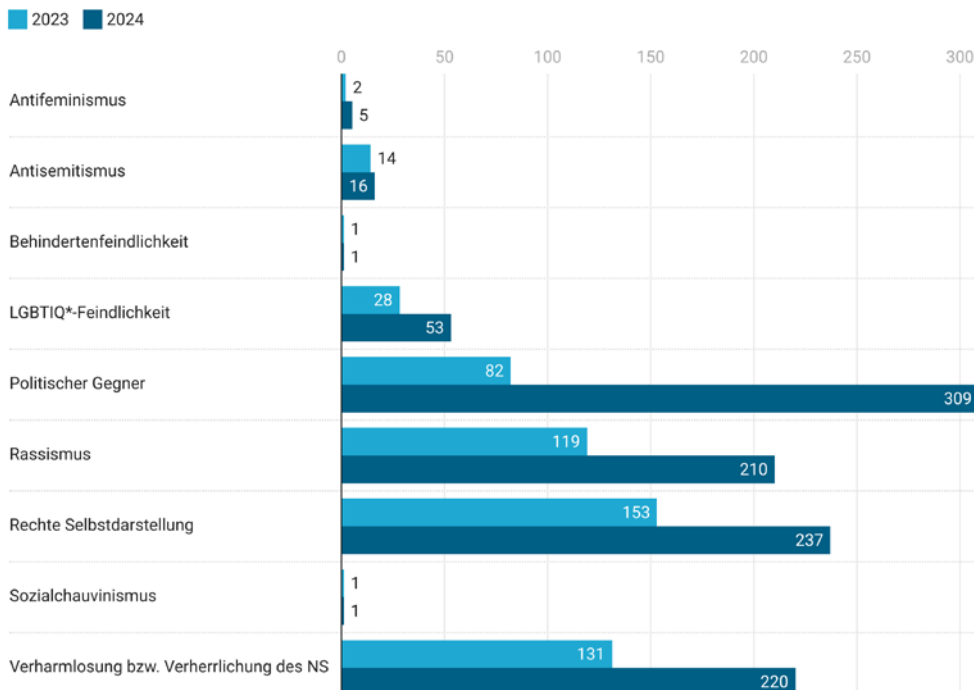
Trotz der Probleme ist Marzahn-Hellersdorf kein „Neonazi-Bezirk“, sondern geprägt von zahlreichen Gegenbewegungen:

Zivilgesellschaftliche Initiativen und Veranstaltungen setzen ein klares Zeichen für eine demokratische und offene Gesellschaft. Angesichts der Präsenz rechter Jugendcliquen wurde die Registerstelle Marzahn-Hellersdorf wiederholt über die Dringlichkeit informiert, lokale Präventions- und Unterstützungsangebote für jugendliche Gewaltbetroffene auszubauen.

Den ausführlichen Jahresbericht für Marzahn-Hellersdorf können Sie auf der Website der Berliner Register downloaden oder in gedruckter Form kostenlos bestellen.



Motiv der Vorfälle



Erstellt mit Datawrapper

Beispielvorfälle

Nachdem eine Person einen Aufkleber mit der Aufschrift „I<3 Hitler“ an der Anzeigetafel der Bushaltestelle unkenntlich gemacht hat, wurde die Person unvermittelt von dem unbekannten Mann angegriffen, beschimpft und getreten.

Quelle: Augenzeug*in

18. Juni 2024

In Marzahn wurde am Abend eine Personengruppe durch vier Neonazis gezielt eingeschüchtert, bedroht und

bestohlen. Die jugendliche Neonazigruppe war verumumt sowie mit Pfefferspray und Protektorenhandschuhen bewaffnet. Sie drängten die Betroffenen in eine Ecke und forderten sie auf, ihre Taschen auszuhändigen, um diese durchsuchen zu können.

Quelle: Augenzeug*in

13. September 2024

Am Abend kam es zu einem neonazistisch motiviertem Angriff und Raub in Marzahn. Die sieben neonazistischen

Angreifer, die schätzungsweise zwischen 18 und 40 Jahre alt sind, bewegten sich im Bereich der Mehrower Allee, als sie auf die betroffene Person trafen. Aufgrund der Kleidung der betroffenen Person nahmen die Täter diese als Gegner der extremen Rechten wahr. Gemeinsam beschimpften, bedrohten und schlugen sie die betroffene Person unvermittelt.

Quelle: Registerstelle MaHe

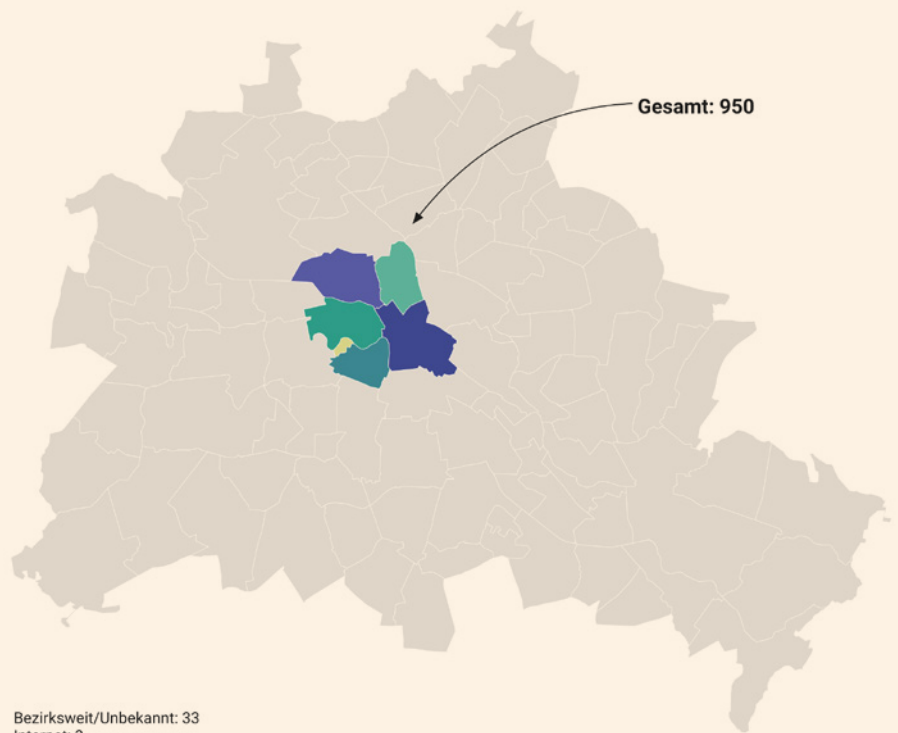
Mitte

Der Bezirk Berlin-Mitte umfasst die Ortsteile Mitte, Moabit, Tiergarten, Wedding, Gesundbrunnen und das Hansaviertel. Mitte ist einer der jüngsten Bezirke der Hauptstadt und mit über 360.000 Menschen auch einer der dicht besiedeltsten. Zum Bezirk gehören Regierungsviertel, in denen besonders viele Kundgebungen und Demonstrationen stattfinden, sowie viele Verkehrsknotenpunkte, belebte öffentliche Plätze und Einkaufsgegenden.

Verteilung der Vorfälle im Bezirk Mitte

Vorfälle je Ortsteil/Bezirksregion im Jahr 2024

Ortsteil/Bezirksregion	Vorfälle
Bezirksweit/Unbekannt	33
Internet	3
Gesundbrunnen	78
Hansaviertel	7
Mitte	405
Moabit	108
Tiergarten	126
Wedding	190
Gesamt	950



Bezirksweit/Unbekannt: 33
Internet: 3

Gesundbrunnen: 78; Hansaviertel: 7; Mitte: 405; Moabit: 108; Tiergarten: 126; Wedding: 190.
Source: Berliner Register • Created with Datawrapper

„Reichsbürger“-Kundgebung am Brandenburger Tor



„Identitären“-Aufkleber über zivilgesellschaftlichem Plakat



Kontakt:

Registerstelle Berlin-Mitte

NARUD e.V.

Brüsseler Str. 36

13353 Berlin

Tel.: 030 - 40757551

0177 - 1842023

Mail: register@narud.org

Aufgrund der zentralen Lage des Bezirks und der hier angesiedelten Institutionen sind viele Menschen aus der ganzen Stadt täglich im Bezirk Mitte unterwegs. An den Umsteige- und Fernbahnhöfen, an den Hochschulen, im Nachtleben und in den Einkaufszentren im Bezirk treffen Menschen aus verschiedenen Milieus aufeinander. Gleichzeitig befinden sich mit dem Brandenburger Tor und den Institutionen im Regierungsviertel Orte im Bezirk, die Wahrzeichen sind, aber auch Demonstrationen mit bundesweiter Bedeutung anziehen. Dies führt dazu, dass im Bezirk Mitte vergleichsweise viele Vorfälle erfasst werden. 2024 wurden 950 Vorfälle registriert, so viele wie nie zuvor.

In den letzten Jahren standen viele der im Bezirk Mitte erfassten Vorfälle im Zusammenhang mit extrem rechten und verschwörungsideologischen Demonstrationen. Ab Mitte 2023 nahm die Bedeutung dieses Themenbereichs deutlich ab, da die verschwörungsideologische Szene deutlich an Mobilisierungspotenzial verloren hat. Diese Entwicklung setzte sich 2024 fort. Gleichzeitig verstetigte sich 2024 die ab dem 07. Oktober 2023 einsetzende Mobilisierung zum Israel-Palästina-Konflikt. Auf vielen Kundgebungen in Zusammenhang mit dem Nahost-Konflikt wurden antisemitische Parolen und Schilder erfasst und oft ereigneten sich am Rande Angriffe, Beleidigungen und Bedrohungen. Dies trug erheblich zu einem starken Anstieg antisemitischer Vorfälle bei, die sich gegenüber dem Vorjahr auf insgesamt 360 verdoppelten. Insbesondere antisemitische Veranstaltungen und Propaganda wurden vermehrt dokumentiert. 2024 war das erste Jahr, in dem Antisemitismus das am häufigsten erfasste Motiv war und nicht mehr Rassismus wie in den Vorjahren. Mit insgesamt 287 rassistischen Vorfällen allein im Bezirk Mitte, davon 21 do-

kumentierten Angriffen, 108 Bedrohungen und Beleidigungen und 86 strukturellen Benachteiligungen blieben jedoch auch in dieser Motivkategorien die Zahlen hoch und rassistische Bedrohungslagen sind weiterhin ein ernsthaftes Problem im Bezirk Mitte und die Anzahl der erfassten Propagandavorfälle nahm nicht nur beim Antisemitismus, sondern bei den meisten Motivkategorien zu.

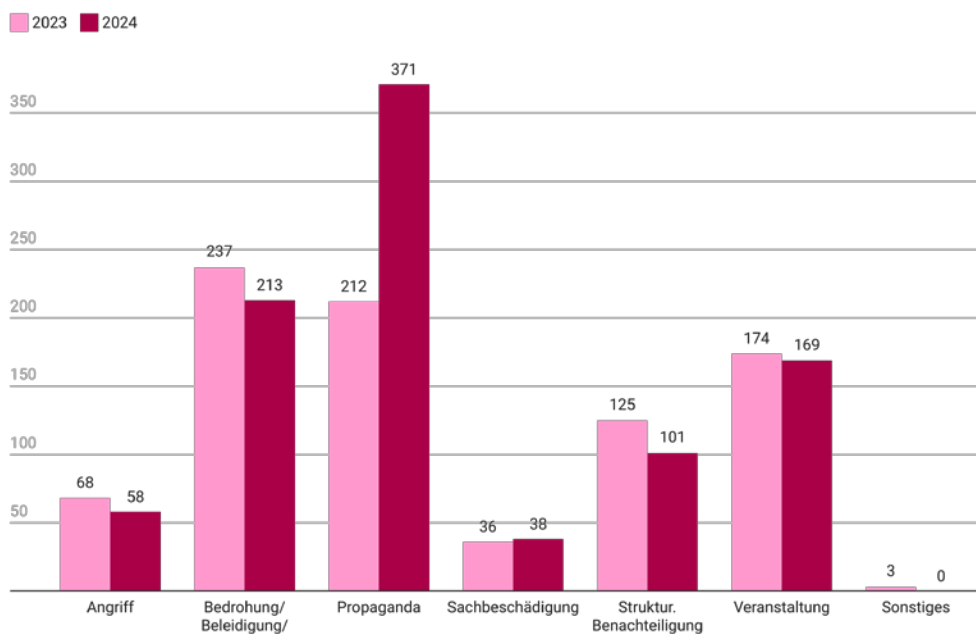
2024 wurden mit 58 Angriffen etwas weniger als in den Vorjahren erfasst. Jedoch war in diesem Jahr ein Angriff ein Tötungsdelikt - motiviert von anti-Schwarzem Rassismus. Der Rückgang verteilte sich nahezu gleichmäßig über die Motive, nur bei NS-verharmlosenden und sozialchauvinistischen Angriffen gab es einen Anstieg. Zwölf Angriffe fanden im ÖPNV statt. Davon waren fünf rassistisch und fünf LGBTIQ*-feindlich motiviert. Mit 21

Angriffen fanden die meisten im Ortsteil Mitte statt. Im Ortsteil Gesundbrunnen wurden 11 Angriffe erfasst.

Auch bei Beleidigungen/Bedrohungen/Pöbeleien war ein leichter Rückgang auf 212 Vorfälle zu verzeichnen. Steigerungen gab es vor allem bei antisemitisch motivierten Beleidigungen/Bedrohungen/Pöbeleien auf 56 im Jahr 2024 und bei NS-Verherrlichung und rechter Selbstdarstellung. In den letzten beiden Motivkategorien ist die Steigerung v.a. auf mehr „Hitlergrüße“, bzw. „Wolfsgrüße“, dem Zeichen türkischer Faschist*innen, zurückzuführen.

Propagandavorfälle, zumeist Aufkleber und Schmierereien, stiegen deutlich auf 371 an, was in erster Linie auf bessere Melder*innenstrukturen zurückzuführen ist. Damit wurde der bisherige Höchststand von 256 Vorfällen im Jahr 2021 über-

Art der Vorfälle Mitte



Erstellt mit Datawrapper

Beispielvorfälle

11. Juli 2024

Ein 37-jähriger Kameruner wurde gegen 18.00 Uhr in der Böttgerstraße in Gesundbrunnen von einem 19-jährigen Mann erstochen. Dem tödlichen Messerstich in den Bauch ging ein kurzer Streit voraus, in dem der Täter dem kamerunischen Familienvater vorwarf, einen öffentlichen Parkplatz zu blockieren, auf den er, laut den Aussagen von anwesenden Freunden des Getöteten, im kurzen Streitgespräch im Namen seiner Fa-

milie privilegierten Anspruch erhob. Der Täter war bereits mit dem Messer in der Hand aus einem sich dem Parkplatz nähernden Jeep ausgestiegen, in dem ein Paar mit seinen zwei erwachsenen Söhnen saß. Nach dem tödlichen Angriff flüchtete er zurück in den Jeep, der Fluchtweg wurde jedoch versperrt, sodass der Täter von herbeigerufenen Polizeikräften festgenommen werden konnte. Betroffene berichteten von einem unsensiblen und harten Vorgehen der Polizei

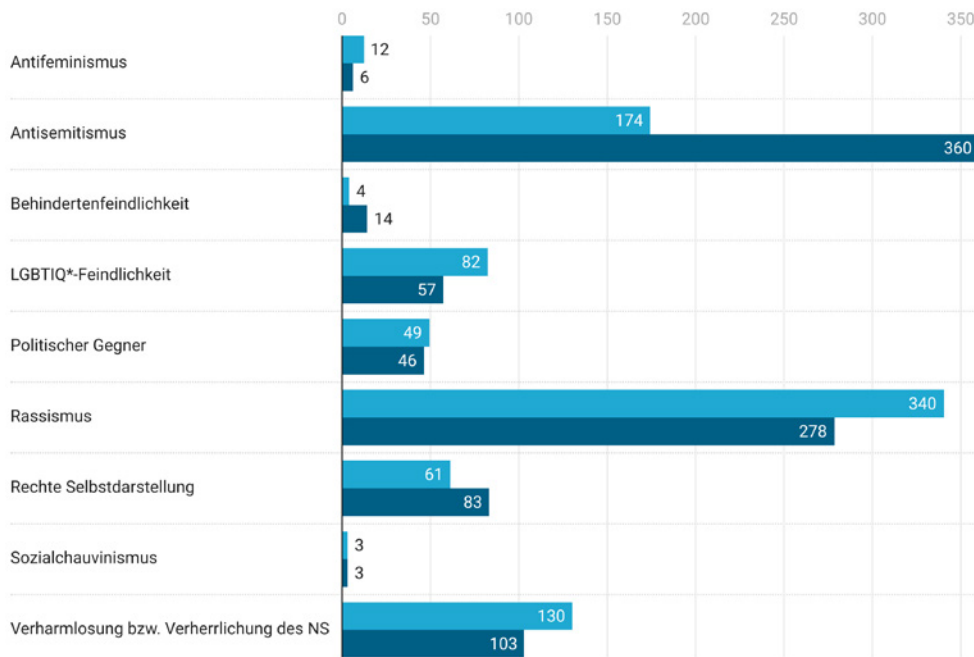
gegenüber trauernden Freunden am späteren Abend.

In der Polizeimeldung und den meisten öffentlichen Medien der Mehrheitsgesellschaft wurde anschließend die anti-Schwarze rassistische Dimension des tödlichen Angriffs nicht genannt.

Quelle: Registerstelle Mitte, Bürger*innenmeldungen, ISD-Pressemitteilung vom 13.07.2024, BZ vom 13.07.2024, ND vom 17.07.2024, Polizeimeldung vom 12.07.2024

Motiv der Vorfälle

■ 2023 ■ 2024



Erstellt mit Datawrapper

troffen. Besonders auffällig ist die Verdreifachung antisemitischer Propaganda auf 163 Vorfälle im Jahr 2024. Insbesondere in den Ortsteilen Wedding und Mitte wurde viel antisemitische Propaganda gemeldet. Mit 169 wurden etwas weniger Veranstaltungen, zumeist Kundgebungen und Demonstrationen, erfasst als in den Vorjahren. Vor allem Demonstrationen zum Ukraine-Krieg und der Corona-Pandemie fanden deutlich seltener statt. Die Reichsbürger*innenszene hielt weiter Kundgebungen in Mitte ab, konnte jedoch weniger Personen mobilisieren. Die größte Veränderung gab es bei Demonstrationen mit Bezug zum Nahost-Konflikt, auf denen Antisemitismus verbreitet wurde. 2023 wurden nur 28 Demonstrationen dieser Art erfasst, 2024 jedoch 83.

Den ausführlichen Jahresbericht für Mitte können Sie auf der Website der Berliner Register downloaden oder in gedruckter Form kostenlos bestellen.



29. August 2024

In Wedding drohte ein Nachbar einem lesbischen Paar aus transfeindlicher Motivation verbal körperliche Gewalt an. Bereits vorher waren sie von diesem und einem anderen Nachbarn wiederholt LGBTIQ*-feindlich beleidigt worden.

Quelle: Bürger*innenmeldung

13. November 2024

Eine jüdische Studentin an der HU wurde am Rande eines Seminars von zwei Studienkolleginnen israelbezogen antisemitisch beleidigt und bedroht.

Quelle: Bürger*innenmeldung

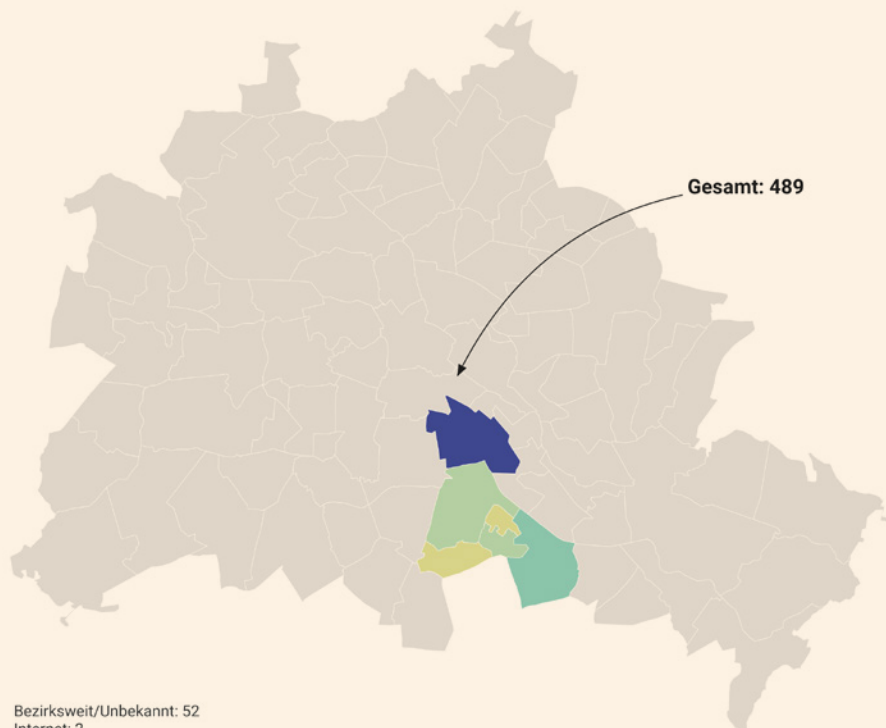
Neukölln

Mit knapp 310.000 Einwohner*innen zählt Neukölln zu den bevölkerungsreicheren und dichter besiedelten Bezirken Berlins. Die verschiedenen Ortsteile – Nord-Neukölln, Britz, Buckow, Rudow und Gropiusstadt – unterscheiden sich jedoch stark in ihrer Bebauungsdichte und ihren sozio-demografischen Merkmalen. Diese Unterschiede spiegeln sich auch in der Anzahl und Art der gemeldeten Vorfälle wider. Insbesondere der Norden Neuköllns zählt als innerstädtischer Ortsteil zu den beliebten Ausgeh- und Feiertagegegenden der Stadt und bietet eine Vielzahl an Bars, Restaurants, Kneipen und Clubs. Ein entscheidender Aspekt des städtischen Lebens in Neukölln sind die wichtigen Verkehrsknotenpunkte im öffentlichen Personennahverkehr. Zu diesen Knotenpunkten gehören der U-Bahnhof Hermannplatz, der als einer der verkehrsreichsten Verkehrsknotenpunkte Berlins gilt, und der S- und U-Bahnhof Neukölln.

Verteilung der Vorfälle im Bezirk Neukölln

Vorfälle je Ortsteil/Bezirksregion im Jahr 2024

5	25	50	75	100	125	150	175	200
---	----	----	----	-----	-----	-----	-----	-----



Bezirksweit/Unbekannt: 52
Internet: 2

Britz: 25; Buckow: 7; Gropiusstadt: 25; Nord-Neukölln: 314; Rudow: 63.
Source: Berliner Register • Created with Datawrapper

Neonazi-Sprüherei in Britz



Antisemitischer Schriftzug in Nord-Neukölln



Kontakt: Register Neukölln

Yekmal e. V.
Emser Straße 15
12051 Berlin

Mobil: 0157 - 392 85 358
Mail: register-nk@yekmal.de
Instagram: @registernk

Höhere Erfassung struktureller Benachteiligungen, Zunahme antisemitischer Propaganda, Läden und Kneipen als Zielscheibe

Das Register Neukölln dokumentierte für das Jahr 2024 einen Anstieg extrem rechter und diskriminierender Vorfälle. Insgesamt wurden 495 solcher Vorfälle erfasst – der höchste Wert seit Beginn der Erhebungen (2023: 400). Dies markiert nicht nur eine quantitative Zunahme gegenüber den Vorjahren, sondern spiegelt auch eine Verschärfung gesellschaftlicher Spannungen wider. Die Vorfälle zeigen auf den Zugewinn neuer Melder*innen sowie auf eine zunehmende politische Polarisierung schließen. Weltpolitische Ereignisse wie der Krieg zwischen der Hamas und Israel, rechte Mobilisierungen und Reaktionen auf die Enthüllungen zu extrem rechten Netzwerken in Deutschland beschäftigten auch die Neuköllner*innen. Mit 197 Fällen war Antisemitismus 2024 das häufigste Motiv – eine Verdopplung im Vergleich zum Vorjahr. Der plötzliche Anstieg antisemitischer Vorfälle seit dem 7. Oktober 2023 hat sich somit auf einem konstant hohen Niveau eingependelt. Dokumentiert wurden unter anderem antisemitische Schmierereien, verbale Bedrohungen und Beleidigungen sowie Veranstaltungen. Die Gewaltandrohungen gegen Jüdinnen*Juden und antisemitisch-motivierte Übergriffe führten bei den Betroffenen zunehmend zu Unsicherheitsgefühlen und sozialem Rückzug. Betroffene berichteten von einem Rückgang öffentlicher Sichtbarkeit jüdischen Lebens, etwa durch die bewusste Entscheidung, kein Hebräisch zu sprechen oder keine jüdische Symbole zu tragen.

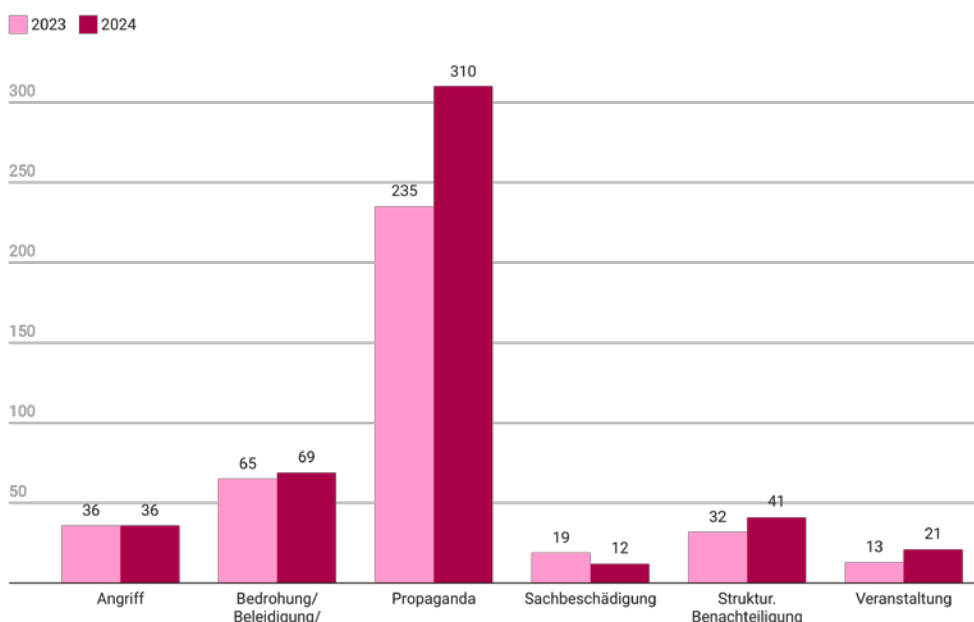
Auch rassistisch motivierte Vor-

fälle stellten 2024 einen zentralen Bereich dar. Mit 86 dokumentierten Fällen war Rassismus das zweithäufigste Motiv, wobei insbesondere strukturelle Diskriminierungen und rassistische Beleidigungen und Bedrohungen im Alltag erfasst wurden (2023: 81). Fast die Hälfte dieser Fälle richtete sich gegen Sinti*zze und Rom*nja. Rassistisch motivierte Vorfälle fanden in Supermärkten, auf der Straße oder in behördlichen Einrichtungen statt – häufig verbunden mit der Verweigerung von Leistungen von Seiten der Behörden. Die Dokumentation solcher Fälle bleibt besonders schwierig, da viele Betroffene ihre Erfahrungen aus Angst oder Ohnmacht nicht melden und deshalb von einem großen Dunkelfeld auszugehen ist. Ein dokumentierter Online-Vorfall betrifft eine Petition gegen eine geplante Geflüchtetenunterkunft im Sangerhauser Weg in Britz. In der Kommentarspalte wurden rassistische Stereotype repro-

duziert, indem Geflüchtete pauschal als Bedrohung für Ruhe und Sicherheit der Nachbar*innenschaft dargestellt wurden. Bei einer Informationsveranstaltung für Anwohner*innen im September 2024 zeigte sich teilweise die Stoßrichtung der Petition. So wurden Sprecher*innen lautstark durch Zwischenrufe unterbrochen und weitere Störaktionen initiiert. Eine spontan angemeldete Demonstration bildete den Höhepunkt des Protestes. Solche Mobilisierungen zeigen die gezielte Instrumentalisierung gesellschaftlicher Themen durch rechte Akteur*innen.

Im Bereich LGBTIQ*-Feindlichkeit wurde ein leichter Anstieg von 41 auf 52 Vorfälle verzeichnet. Queerfeindlichkeit gilt als ideologisches Kernelement extrem rechter Bewegungen und äußert sich in alltäglichen Beleidigungen, Einschüchterungen, aber auch gezielten Kampagnen gegen queere Räume und Projekte. Dies bildete sich beispielhaft in den wiederholten An-

Art der Vorfälle Neukölln



Erstellt mit Datawrapper

26. September 2024

Es fand eine antiziganistische Diskriminierung im Bereich der Verweigerung von existenzsichernden Leistungen statt. Die betroffene Person wurde beschuldigt, sich Leistungen „erschleichen“ zu wollen. Zum Schutz der betroffenen Personen wurde der Vorfall anonymisiert.

Quelle: Amaro Foro / DOSTA

25. Oktober 2024

Zwischen dem 25. und dem 26. Oktober 2024 wurden die Autoreifen eines politischen Gegners der extremen Rechten in Rudow zerstochen. Die Person zählt zu den Betroffenen der extrem rechten Neuköllner Angriffsserie und war in der Vergangenheit schon mehrfach das Ziel extrem rechter Anschläge.

Quelle: Register Neukölln, Tagesspiegel vom 30.10.2024

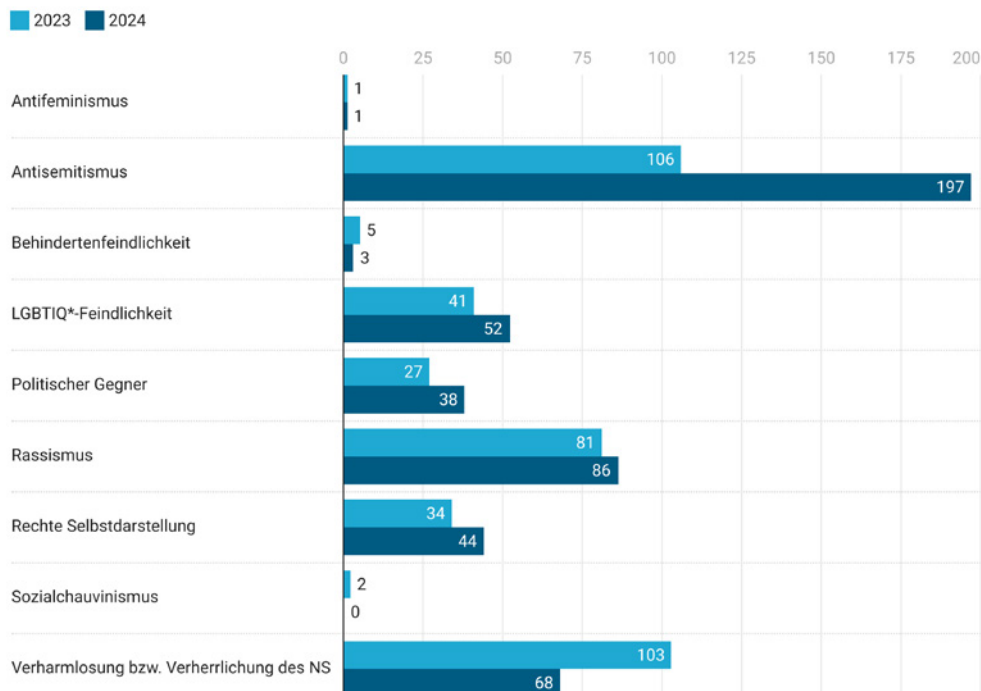
24. November 2024

In der Nacht wurde ein Feuerlöscher in das Bürofenster über einem queerfreundlichen Lokal in der Pflügerstraße geworfen.

In der Vergangenheit kam es dort schon mehrfach zu queerfeindlichen Vorfällen.

Quelle: Register Neukölln, L-Support

Motiv der Vorfälle



Erstellt mit Datawrapper

griffen auf ein Café in Nord-Neukölln ab, das sich offen queerfreundlich zeigt.

Regional betrachtet, konzentrierte sich das Vorfalleschehen wie in den Vorjahren auf Nord-Neukölln, wo die Vielzahl an politischen Initiativen und die hohe Bevölkerungszahl zu einer hohen Zahl an Meldungen führten. Dort wurden 310 Vorfälle registriert, darunter 24 Angriffe und 51 Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien. In Rudow, Britz und Gropiusstadt dominierte hingegen extrem rechte Propaganda, häufig mit Bezug zur neonazistischen Kleinstpartei „Der III. Weg“. Diese Form der versuchten Raumnahme durch extrem rechte Gruppierungen dient der Einschüchterung und ist oft Vorstufe von gewaltvollen Übergriffen.

Bereits im Vorjahr deutete sich ein Zuwachs an Vorfällen gegen politische Gegner*innen der extremen Rechten an (2024: 38; 2023: 28). Mit gezielten Feindmarkierungen durch Zahlencodes und „Anti-Antifa“-Parolen traten Neonazis zunehmend auch in Neukölln auf. Zielscheibe sind neben zivilgesellschaftlichen Organisierten und parlamentarischen Vertreter*innen, häufig antifaschistisch Engagierte. Für das Jahr 2025 zeichnet sich bereits eine Fortsetzung dieses Trends ab. Wir danken den vielen aktiven Melder*innen in Neukölln, die extrem rechte Propaganda entfernen, bei Bedrohungen und Pöbeleien im öffentlichen Raum Zivilcourage zeigen oder den Mut haben, ihre Erfahrungen zu teilen.

Den ausführlichen Jahresbericht für Neukölln können Sie auf der Website der Berliner Register downloaden oder in gedruckter Form kostenlos bestellen.



Die Zahlen im Detail

Auf den folgenden Seiten sind für alle Bezirke, für die ganze Stadt und für den Ort „Berlinweit“ die Vorfälle der vergangenen fünf Jahre in Tabellen abgebildet. Die tabellarische Übersicht aller Motive und Arten von Vorfällen macht zum einen transparent, auf welche Datenbasis sich die Registerstellen beziehen, zudem erleichtert sie den Vergleich

zwischen den Bezirken. Man kann z. B. erkennen, wie sich Gewalt auf die Bezirke verteilt, dass häufig ein Anstieg an Propagandavorfällen zu einem Anstieg der Gesamtvorfälle beiträgt und dass die meisten LGBTIQ*-feindlichen Vorfälle in Friedrichshain-Kreuzberg, Lichtenberg, Mitte und Tempelhof-Köpenick Vorfälle erfasst werden.

Berlin gesamt

Arten	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023	Jahr 2024
Angriff	372	294	255	329	351
Bedrohung/Beleidigung/Pöbeleien	632	732	657	1.029	1.374
BVV	15	0	0	0	0
Propaganda	2.234	2.951	2.459	2.865	4.927
Sachbeschädigung	85	141	117	187	235
Veranstaltung	291	293	341	328	372
Sonstiges	46	32	11	10	0
Strukturelle Benachteiligung	147	398	316	538	461
Gesamt	3.822	4.841	4.156	5.286	7.720

Motive	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023	Jahr 2024
Rassismus	1.306	1.428	1.132	1.459	1.761
Antisemitismus	774	1.043	810	1.113	2.200
LGBTIQ*-Feindlichkeit	169	198	239	464	520
Sozialchauvinismus	9	21	22	45	27
Behindertenfeindschaft	64	66	56	144	77
NS-Verharmlosung / NS-Verherrlichung	619	720	655	704	842
Rechte Selbstdarstellung	498	776	808	787	959
Politische*r Gegner*in	383	563	407	525	1.296
Antifeminismus	0	26	27	45	38
Gesamt	3.822	4.841	4.156	5.286	7.720

Berlinweit

Arten	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023	Jahr 2024
Angriff	15	10	2	3	14
Bedrohung/Beleidigung/Pöbeleien	106	113	87	208	437
BVV	1	0	0	0	0
Propaganda	452	502	420	294	609
Sachbeschädigung	0	3	4	0	4
Veranstaltung	0	0	1	1	2
Sonstiges	29	13	2	2	0
Strukturelle Benachteiligung	28	112	74	142	80
Gesamt	631	753	590	650	1.146

Motive	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023	Jahr 2024
Rassismus	76	125	71	87	83
Antisemitismus	493	553	479	459	1.034
LGBTIQ*-Feindlichkeit	3	31	5	11	9
Sozialchauvinismus	0	0	1	0	0
Behindertenfeindschaft	43	31	32	88	17
NS-Verharmlosung / NS-Verherrlichung	3	4	1	0	1
Rechte Selbstdarstellung	0	1	0	0	1
Politische*r Gegner*in	13	5	1	5	0
Antifeminismus	0	3	0	0	1
Gesamt	631	753	590	650	1.146

Der Ort „Berlinweit“

Es gibt Vorfälle, die nicht einem Bezirk zugeordnet werden können. Dazu gehören Vorfälle, die an bestimmte Adressat*innen gerichtet sind, bei denen der Bezirk keinerlei Relevanz hat. Viele jüdische oder israelische Einrichtungen erhalten antisemitische E-Mails, Beleidigungen und Bedrohungen. Weil sie diese unerwünschten Zuschriften unabhängig von ihrem Standort erhalten, werden sie unter „Berlinweit“ erfasst. Der Anteil antisemitischer Vorfälle ist deshalb in der räumlichen Kategorie „Berlinweit“ sehr hoch. In dieser Kategorie werden zusätzlich Fälle aus Beratungsstellen erfasst, bei denen unklar ist, in welchem Bezirk sie stattgefunden haben. Ein Amt, das für alle Menschen mit

Behinderung in Berlin zuständig ist, befindet sich in Kreuzberg. Alle Diskriminierungsfälle, die mit diesem Amt zu tun haben, werden unter der Kategorie „Berlinweit“ erfasst, weil der Standort der Behörde nicht im Zusammenhang mit den Diskriminierungsfällen steht. Werden Abgeordnete des Bundestages oder des Abgeordnetenhauses in sozialen Netzwerken beleidigt oder bedroht, werden diese Fälle nicht im Bezirk „Mitte“, sondern ebenfalls unter „Bezirksweit“ erfasst. Inhaltlich sind diese Fälle unter „Politische*r Gegner*in“ zu finden. Auch Vorfälle, die innerhalb Berlins stattfinden, die aber nicht lokal wirken, werden in der Kategorie „Berlinweit“ erfasst.

Charlottenburg-Wilmersdorf

Arten	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023	Jahr 2024	Motive	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023	Jahr 2024
Angriff	28	24	19	24	25	Rassismus	97	121	80	75	113
Bedrohung/Beleidigung/Pöbeleien	48	52	46	63	77	Antisemitismus	37	47	48	83	70
BVV	1	0	0	0	0	LGBTIQ*-Feindlichkeit	8	9	15	27	26
Propaganda	139	154	123	178	132	Sozialchauvinismus	3	2	1	7	5
Sachbeschädigung	6	6	6	18	14	Behindertenfeindschaft	1	2	1	9	5
Veranstaltung	41	30	21	27	37	NS-Verharmlosung / NS-Verherrlichung	29	43	29	42	36
Sonstiges	0	0	1	36	0	Rechte Selbstdarstellung	64	37	46	60	29
Strukturelle Benachteiligung	13	26	18	1	28	Politische*r Gegner*in	37	28	12	41	25
Gesamt	276	292	234	347	313	Antifeminismus	0	3	2	3	4
						Gesamt	276	292	234	347	313

Friedrichshain-Kreuzberg

Arten	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023	Jahr 2024	Motive	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023	Jahr 2024
Angriff	56	44	36	62	58	Rassismus	121	124	80	116	152
Bedrohung/Beleidigung/Pöbeleien	35	60	57	88	106	Antisemitismus	44	49	27	123	245
BVV	0	0	0	0	0	LGBTIQ*-Feindlichkeit	27	27	29	58	55
Propaganda	196	297	174	175	317	Sozialchauvinismus	0	9	5	15	3
Sachbeschädigung	12	15	13	11	31	Behindertenfeindschaft	2	4	2	5	3
Veranstaltung	11	18	25	49	20	NS-Verharmlosung / NS-Verherrlichung	46	92	49	23	56
Sonstiges	5	13	1	20	0	Rechte Selbstdarstellung	45	103	96	41	24
Strukturelle Benachteiligung	30	42	20	2	55	Politische*r Gegner*in	60	81	37	25	49
Gesamt	345	489	326	407	587	Antifeminismus	0	0	1	1	0
						Gesamt	345	489	326	407	587

Lichtenberg

Arten	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023	Jahr 2024	Motive	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023	Jahr 2024
Angriff	25	27	18	18	32	Rassismus	120	193	160	151	204
Bedrohung/Beleidigung/Pöbeleien	43	48	59	68	81	Antisemitismus	4	35	15	18	20
BVV	0	0	0	0	0	LGBTIQ*-Feindlichkeit	11	17	28	44	50
Propaganda	340	595	411	390	542	Sozialchauvinismus	1	1	3	10	5
Sachbeschädigung	5	25	14	31	19	Behindertenfeindschaft	0	1	2	16	16
Veranstaltung	4	8	8	4	10	NS-Verharmlosung / NS-Verherrlichung	108	148	70	85	81
Sonstiges	1	5	0	1	0	Rechte Selbstdarstellung	87	165	139	94	126
Strukturelle Benachteiligung	3	24	24	30	39	Politische*r Gegner*in	90	165	109	111	214
Gesamt	421	732	534	542	723	Antifeminismus	0	7	8	13	7
						Gesamt	421	732	534	542	723

Marzahn-Hellersdorf

Arten	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023	Jahr 2024	Motive	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023	Jahr 2024
Angriff	17	11	9	21	15	Rassismus	78	58	61	119	210
Bedrohung/Beleidigung/Pöbeleien	33	26	29	46	63	Antisemitismus	10	11	15	14	16
BVV	0	0	0	0	0	LGBTIQ*-Feindlichkeit	8	12	17	28	53
Propaganda	186	164	290	440	951	Sozialchauvinismus	0	0	4	1	1
Sachbeschädigung	5	11	16	11	5	Behindertenfeindschaft	0	1	0	1	1
Veranstaltung	4	19	13	8	4	NS-Verharmlosung / NS-Verherrlichung	69	50	60	131	220
Sonstiges	3	0	1	0	0	Rechte Selbstdarstellung	52	68	155	153	237
Strukturelle Benachteiligung	4	10	7	5	14	Politische*r Gegner*in	35	38	51	82	309
Gesamt	252	241	365	531	1.052	Antifeminismus	0	3	2	2	5
						Gesamt	252	241	365	531	1.052

Mitte

Arten	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023	Jahr 2024	Motive	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023	Jahr 2024
Angriff	63	56	63	68	58	Rassismus	285	307	262	340	278
Bedrohung/Beleidigung/Pöbeleien	166	170	179	237	213	Antisemitismus	100	148	101	174	360
BVV	1	0	0	0	0	LGBTIQ*-Feindlichkeit	41	24	42	82	57
Propaganda	155	256	178	212	371	Sozialchauvinismus	1	3	3	3	3
Sachbeschädigung	12	21	15	36	38	Behindertenfeindschaft	5	9	8	4	14
Veranstaltung	183	169	234	174	169	NS-Verharmlosung / NS-Verherrlichung	103	136	198	130	103
Sonstiges	3	0	0	3	0	Rechte Selbstdarstellung	37	50	71	61	83
Strukturelle Benachteiligung	26	72	89	125	101	Politische*r Gegner*in	37	62	60	49	46
Gesamt	609	744	758	855	950	Antifeminismus	0	5	13	12	6
						Gesamt	609	744	758	855	950

Neukölln

Arten	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023	Jahr 2024	Motive	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023	Jahr 2024
Angriff	35	30	21	36	36	Rassismus	86	99	62	81	86
Bedrohung/Beleidigung/Pöbeleien	30	62	36	65	69	Antisemitismus	14	67	24	106	197
BVV	7	0	0	0	0	LGBTIQ*-Feindlichkeit	23	17	22	41	52
Propaganda	148	214	121	235	310	Sozialchauvinismus	2	3	3	2	0
Sachbeschädigung	6	5	2	19	12	Behindertenfeindschaft	1	3	3	5	3
Veranstaltung	2	16	1	13	21	NS-Verharmlosung / NS-Verherrlichung	46	59	46	102	68
Sonstiges	1	0	3	0	0	Rechte Selbstdarstellung	47	71	27	34	44
Strukturelle Benachteiligung	7	27	17	32	41	Politische*r Gegner*in	17	34	13	28	38
Gesamt	236	354	201	400	489	Antifeminismus	0	1	1	1	1
						Gesamt	236	354	201	400	489

Pankow

Arten	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023	Jahr 2024	Motive	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023	Jahr 2024
Angriff	35	27	28	21	22	Rassismus	105	102	104	109	96
Bedrohung/Beleidigung/Pöbelei	37	51	45	49	61	Antisemitismus	21	49	54	42	65
BVV	0	0	0	0	0	LGBTIQ*-Feindlichkeit	10	11	14	34	42
Propaganda	158	241	290	264	437	Sozialchauvinismus	0	2	1	1	1
Sachbeschädigung	4	7	6	17	43	Behindertenfeindschaft	2	0	1	3	4
Veranstaltung	9	6	10	12	10	NS-Verharmlosung / NS-Verherrlichung	32	39	41	29	77
Sonstiges	0	0	0	0	0	Rechte Selbstdarstellung	62	95	120	128	153
Strukturelle Benachteiligung	5	11	8	31	9	Politische*r Gegner*in	16	44	52	45	139
Gesamt	248	343	387	394	582	Antifeminismus	0	1	0	3	5
						Gesamt	248	343	387	394	582

Reinickendorf

Arten	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023	Jahr 2024	Motive	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023	Jahr 2024
Angriff	20	8	10	6	11	Rassismus	57	38	56	72	110
Bedrohung/Beleidigung/Pöbelei	19	29	24	39	28	Antisemitismus	8	9	2	9	10
BVV	1	0	0	0	0	LGBTIQ*-Feindlichkeit	10	11	16	19	16
Propaganda	35	44	41	106	134	Sozialchauvinismus	0	1	0	0	1
Sachbeschädigung	7	6	2	4	8	Behindertenfeindschaft	1	1	3	4	4
Veranstaltung	6	0	2	4	13	NS-Verharmlosung / NS-Verherrlichung	7	10	6	14	23
Sonstiges	4	0	1	0	0	Rechte Selbstdarstellung	8	13	12	37	32
Strukturelle Benachteiligung	6	10	22	16	31	Politische*r Gegner*in	7	13	7	17	27
Gesamt	98	97	102	175	225	Antifeminismus	0	1	0	3	2
						Gesamt	98	97	102	175	225

Spandau

Arten	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023	Jahr 2024	Motive	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023	Jahr 2024
Angriff	21	15	9	14	9	Rassismus	46	57	37	57	77
Bedrohung/Beleidigung/Pöbelei	19	33	19	23	41	Antisemitismus	3	2	9	10	20
BVV	0	0	0	0	0	LGBTIQ*-Feindlichkeit	5	6	2	9	9
Propaganda	44	39	34	37	92	Sozialchauvinismus	0	0	0	2	0
Sachbeschädigung	1	5	4	3	6	Behindertenfeindschaft	2	4	2	1	1
Veranstaltung	6	2	5	0	0	NS-Verharmlosung / NS-Verherrlichung	11	9	15	5	24
Sonstiges	0	0	0	1	0	Rechte Selbstdarstellung	25	20	13	9	10
Strukturelle Benachteiligung	7	18	9	23	25	Politische*r Gegner*in	6	12	2	8	32
Gesamt	98	112	80	101	173	Antifeminismus	0	2	0	0	0
						Gesamt	98	112	80	101	173

Erstellt mit Datawrapper

Steglitz-Zehlendorf

Arten	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023	Jahr 2024	Motive	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023	Jahr 2024
Angriff	9	12	8	8	9	Rassismus	57	51	26	65	91
Bedrohung/Beleidigung/Pöbeleien	22	16	13	21	34	Antisemitismus	10	15	11	19	41
BVV	0	0	0	0	0	LGBTIQ*-Feindlichkeit	3	7	7	7	12
Propaganda	90	88	69	121	129	Sozialchauvinismus	1	0	0	0	0
Sachbeschädigung	7	1	6	4	13	Behindertenfeindschaft	1	0	1	4	1
Veranstaltung	13	1	9	9	24	NS-Verharmlosung / NS-Verherrlichung	22	10	23	25	21
Sonstiges	0	1	1	0	0	Rechte Selbstdarstellung	36	39	31	39	20
Strukturelle Benachteiligung	6	14	3	13	8	Politische*r Gegner*in	17	11	10	16	30
Gesamt	147	133	109	176	217	Antifeminismus	0	0	0	1	1
						Gesamt	147	133	109	176	217

Tempelhof-Schöneberg

Arten	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023	Jahr 2024	Motive	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023	Jahr 2024
Angriff	21	17	15	24	34	Rassismus	45	34	42	78	67
Bedrohung/Beleidigung/Pöbeleien	37	21	20	40	53	Antisemitismus	17	33	14	31	86
BVV	0	0	0	0	0	LGBTIQ*-Feindlichkeit	12	10	15	41	37
Propaganda	56	96	57	114	105	Sozialchauvinismus	1	0	0	1	5
Sachbeschädigung	13	16	10	13	27	Behindertenfeindschaft	4	9	1	1	7
Veranstaltung	0	0	4	34	49	NS-Verharmlosung / NS-Verherrlichung	40	42	20	28	25
Sonstiges	0	0	1	0	0	Rechte Selbstdarstellung	7	26	22	57	46
Strukturelle Benachteiligung	5	14	13	31	20	Politische*r Gegner*in	6	10	6	18	15
Gesamt	132	164	120	256	288	Antifeminismus	0	0	0	1	0
						Gesamt	132	164	120	256	288

Treptow-Köpenick

Arten	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023	Jahr 2024	Motive	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023	Jahr 2024
Angriff	27	13	17	23	28	Rassismus	133	119	91	108	194
Bedrohung/Beleidigung/Pöbeleien	37	51	43	80	111	Antisemitismus	13	25	11	25	36
BVV	4	0	0	0	0	LGBTIQ*-Feindlichkeit	8	16	27	63	102
Propaganda	235	261	251	299	798	Sozialchauvinismus	0	0	1	3	3
Sachbeschädigung	7	20	19	20	15	Behindertenfeindschaft	2	1	0	3	1
Veranstaltung	12	24	8	13	13	NS-Verharmlosung / NS-Verherrlichung	103	78	97	89	107
Sonstiges	0	0	0	0	0	Rechte Selbstdarstellung	28	88	76	74	154
Strukturelle Benachteiligung	7	18	12	16	10	Politische*r Gegner*in	42	60	47	81	372
Gesamt	329	387	350	451	975	Antifeminismus	0	0	0	5	6
						Gesamt	329	387	350	451	975

Erstellt mit Datawrapper

Antisemitische Vorfälle in Berlin 2024: Ein Überblick von RIAS Berlin

Erscheinungsformen des Antisemitismus

Mehrfache Zuordnungen sind möglich



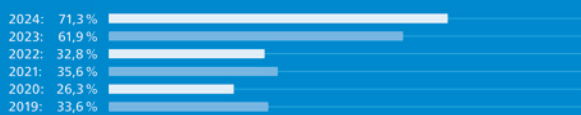
Antijudaistischer Antisemitismus



Moderner Antisemitismus



Israelbezogener Antisemitismus



Antisemitisches Othering



Post-Schoa-Antisemitismus



Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin dokumentierte 2024 insgesamt 2.521 antisemitische Vorfälle. Das sind im Durchschnitt 210 Vorfälle im Monat. Das Vorfalldatum hat sich im Vergleich zu 2023, als 1.270 antisemitische Vorfälle verzeichnet wurden, fast verdoppelt. Der 7. Oktober 2023 und der Krieg zwischen Israel und der Hamas fungierten weiterhin als Gelegenheitsstruktur für antisemitische Äußerungen und Handlungen. 43,7% der Vorfälle in 2024 wiesen einen Bezug dazu auf.

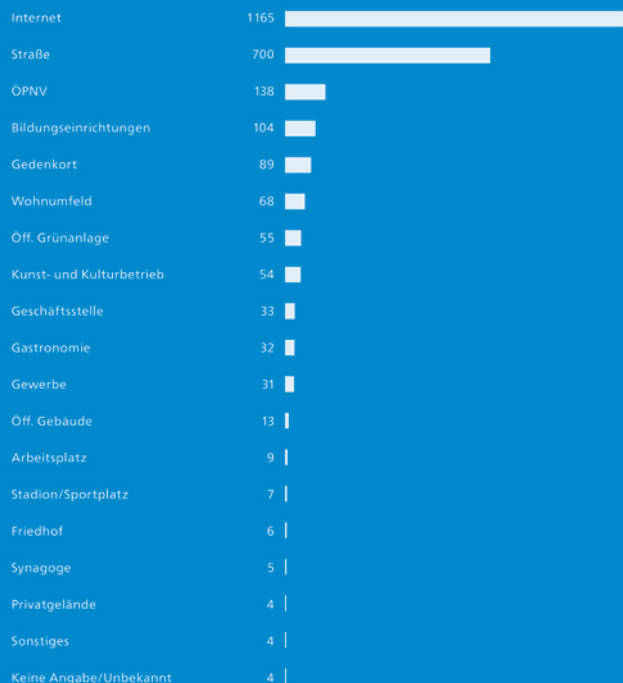
Für das Jahr 2024 dokumentierte RIAS Berlin 2 Fälle extremer Gewalt. Es wurden außerdem 53 Angriffe verzeichnet, eine Steigerung um 56 % im Vergleich zum Jahr 2023, in dem 34 Angriffe bekannt wurden. Betroffene wurden, meist im Kontext spontaner Begegnungen, von Unbekannten geschlagen, getreten, angerempelt oder angespuckt. Bereits 2023 hatte das Projekt nach dem 7. Oktober 2023 einen Anstieg der Fälle antisemitischer Gewalt festgestellt. Antisemitische Angriffe wurden in 8 von 12 Berliner Bezirken verzeichnet.

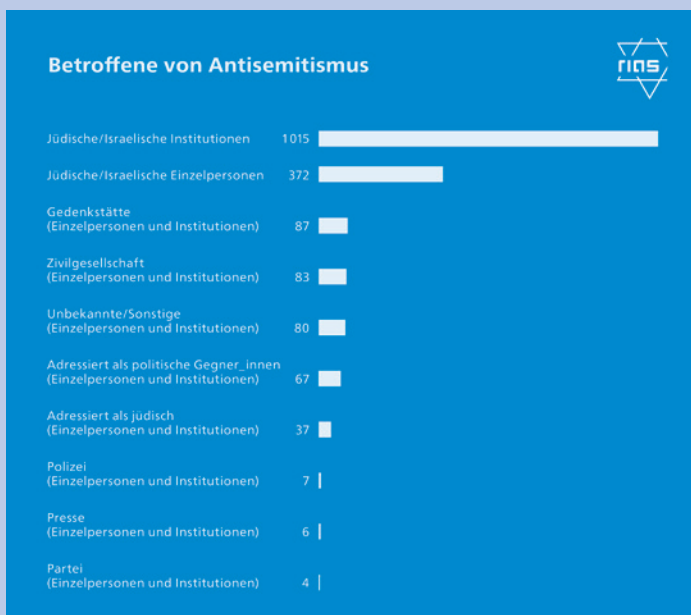
RIAS Berlin dokumentierte 2024 99 gezielte Sachbeschädigungen, davon 54 Beschädigungen von Gedenkorten. Stolpersteine, Mahnmale, Gedenktafeln und Denkmäler wurden z. B. zerkratzt, unkenntlich gemacht, mit Parolen besprüht, oder dort befindliche Gedenkkranz- oder -kerzen wurden entfernt oder zerstört. In den meisten Fällen handelte es sich um Gedenkort zur Erinnerung an die Schoa, es wurden jedoch auch Gedenkort beschädigt, die an die Opfer vom 7. Oktober 2023 und an die von der Hamas verschleppten Geiseln erinnern. 2023 und 2022 waren jeweils 18 gezielte Sachbeschädigungen an Gedenkorten verzeichnet worden.

In 251 Vorfällen waren 373 jüdische oder israelische Einzelpersonen betroffen, das sind durchschnittlich etwa 5 Vorfälle pro Woche gegen Jüdinnen_Juden oder Israelis in Berlin. Jüdische und israelische Kinder wurden 2024 in 45 Vorfällen u. a. in der Schule, auf der Straße oder auf dem Sportplatz angefeindet. Darunter waren auch 10 Angriffe gegen jüdische und israelische Kinder. Die Anfeindungen oder Angriffe gingen meist von anderen Kindern und Jugendlichen aus, in vielen Fällen handelte es sich um Mitschüler_innen.

Das hohe Vorfalldatum wirkte sich weiterhin einschränkend auf Jüdinnen_Juden und Israelis in Berlin aus – in Form von Angriffen, Bedrohungen, gezielten Beschädigungen des Eigentums oder auch als Anfeindungen und Beleidigungen von Angesicht zu Angesicht. Die Präsenz von und die Konfrontation mit Antisemitismus in Räumen des Alltags, auf der Straße, im ÖPNV, auf dem Uni-Campus, in der Bar, beim Fußball, im Theater, beim Konzert, beim Einkaufen und online wirkt auf viele zermürend. Auch vor dem 7. Oktober 2023 hatte Antisemitismus eine alltagsprägende Wirkung auf Jüdinnen_Juden in Berlin. Das Spannungsverhältnis zwischen Sichtbarkeit und Sicherheit hat sich seitdem verschärft. Jüdinnen_Juden ergreifen noch mehr Strategien zum Umgang

Antisemitische Vorfälle nach Tatorten





mit Antisemitismus, um z. B. nicht als jüdisch erkennbar zu sein, oder sie meiden Räume, Situationen und Begegnungen, die ihnen nicht sicher erscheinen.

2024 waren bei 1.015 Vorfällen jüdische oder israelische Institutionen betroffen. Knapp 60 % dieser Vorfälle wiesen einen Bezug zum 7. Oktober 2023 oder dem darauffolgenden Krieg zwischen Israel und der Hamas auf. 1.001 der anti-semitischen Vorfälle gegen jüdische und israelische Institutionen ereigneten sich online, die meisten auf Social-Media-Plattformen oder per E-Mail. Jüdische Organisationen wurden in vielen Fällen für das Vorgehen Israels in Gaza verantwortlich gemacht. Die antisemitischen Botschaften online beinhalteten teilweise explizite Androhungen von Gewalt, Befürwortungen der Schoa und andere Vernichtungsfantasien. In 214 E-Mails wurden Jüdinnen-Juden abfällig beschimpft, mit Tieren gleichgesetzt, als „schmutzig“ oder „dreckig“ bezeichnet oder z.B. auch als „Monster“ dämonisiert. In 125 E-Mails wurden Jüdinnen-Juden oder Israelis mit den Nationalsozialisten gleichgesetzt oder gar als „schlimmer als die Nazis“ bezeichnet.

Israelbezogener Antisemitismus dominiert mit 1.797 Vorfällen (71,3 %) weiterhin das Vorfallesgeschehen. In den meisten Fällen tritt er jedoch in Kombination mit anderen Erscheinungsformen auf. Bagatellisierungen der Schoa durch die Gleichsetzung mit der Situation in Gaza etwa bedienen die Entlastungs- und Schuldabwehrfunktion des Post-Schoa-Antisemitismus. Die Zuschreibung von besonderer politischer Macht auf Israel, wie das Bild, dass Israel die USA und/oder Deutschland kontrollieren würde, ruft Motive des modernen Antisemitismus auf. Auch klassische Stereotype des Antijudaismus werden auf Israel übertragen, z. B. wenn Israel mit dem Teufel assoziiert oder auf die Ritualmordlegende rekurriert wird. Weniger als ein Drittel der Fälle des israelbezogenen Antisemitismus weisen keine solchen Überschneidungen auf, sondern stellen beispielsweise das Existenzrecht Israels infrage.

RIAS Berlin dokumentierte 208 Versammlungen, auf denen antisemitische Parolen gerufen oder antisemitische Schilder gezeigt wurden oder auf denen es zu antisemitischen Äußerungen in Redebeiträgen kam. Der Bezirk Mitte war mit 98 Fällen der Bezirk mit den meisten Versammlungen mit antisemitischen Vorkommnissen. Auch Neukölln (31 Versammlungen), Friedrichshain-Kreuz-

berg (27 Versammlungen) sowie Tempelhof-Schöneberg (24 Versammlungen) wiesen im Vergleich zu den anderen Bezirken ein hohes Versammlungsaufkommen auf. Etwa 84 % der Versammlungen, auf denen es zu antisemitischen Vorfällen kam, wurden dem politisch-weltanschaulichen Spektrum des antiisraelischen Aktivismus zugeordnet.

Die meisten antisemitischen Vorfälle, denen ein politisch-weltanschaulicher Hintergrund zugeordnet werden konnte, wurden dem Spektrum des antiisraelischen Aktivismus zugewiesen. Vorfälle aus diesem Spektrum haben sich in absoluten Zahlen verdoppelt (2024: 398; 2023: 198), der Anteil ist mit 15,8 % jedoch weitgehend gleichgeblieben (2023: 15,6 %). Dem rechtsextremen Spektrum wurden 108 Vorfälle (4,3 %) zugeordnet. In den meisten Fällen (1.764, 70 %) war die Zuordnung eines politisch-weltanschaulichen Hintergrunds auf der Grundlage der vorliegenden Informationen nicht möglich.



Antisemitische Vorfälle in Berlin 2024

Eine Auswertung der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin)

Digital unter:
report-antisemitism.de/annuals

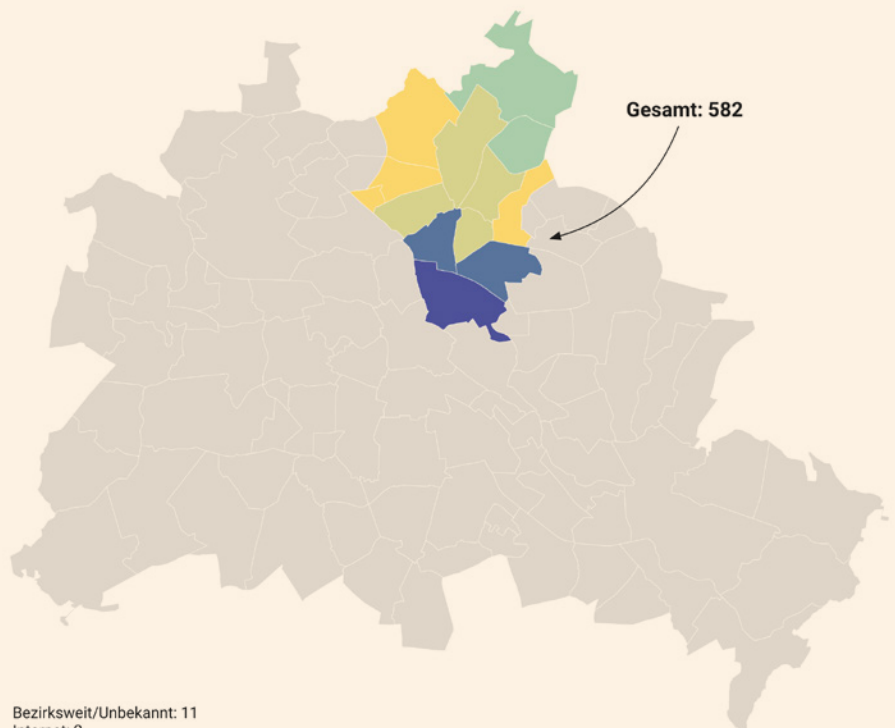
Pankow

Der Bezirk Pankow in Berlin beherbergt fast 410.000 Einwohner*innen und ist damit der bevölkerungsreichste Bezirk der Stadt. Der Prenzlauer Berg sticht als Ortsteil mit der höchsten Bevölkerungsdichte hervor, da hier fast 169.000 Menschen leben. Die Ortsteile Pankow und Weißensee beherbergen jeweils rund 68.300 und 57.000 Einwohner*innen. Der Bezirk umfasst zudem zehn weitere Ortsteile und erstreckt sich über eine relativ große Fläche, wodurch im Durchschnitt etwa 4.117 Einwohner*innen pro Quadratkilometer hier leben. Entlang der Ringbahn (z.B. Schönhauser Allee, Greifswalder Straße) sowie an wichtigen Verkehrsknotenpunkten wie dem S-Bahnhof Pankow, dem Antonplatz in Weißensee und den U-Bahnstationen entlang der U2 treffen viele Menschen aufeinander. Diese Stationen dienen als zentrale Umsteigepunkte für den öffentlichen Nahverkehr.

Verteilung der Vorfälle im Bezirk Pankow

Vorfälle je Ortsteil/Bezirksregion im Jahr 2024

5	25	50	75	100	125	150	175	200
---	----	----	----	-----	-----	-----	-----	-----



Bezirkswelt/Unbekannt: 11
Internet: 2

Blankenburg: 14; Blankenfelde: 0; Buch: 26; Französisch Buchholz: 12; Heinersdorf: 6; Karow: 36; Malchow: 0; Niederschönhausen: 15; Pankow: 148; Prenzlauer Berg: 177; Rosenthal: 1; Weißensee: 130; Wilhelmsruh: 3.

Source: Berliner Register • Created with Datawrapper

Queerfeindlicher Sticker

Verschiedene Neonazi-Aufklebermotive in Pankow



Kontakt:

Pankower Register

[moskito] Fach- und Netzwerkstelle
gegen Rechtsextremismus, für
Demokratie und Vielfalt
Fehrbelliner Straße 92
10119 Berlin

Mobil: 0176 - 10 01 14 56

Mail: pankow@berliner-register.de

Mastodon: [@mastodon.social](https://mastodon.social)

[@pankowerregister](https://pankowerregister)

Im Jahr 2024 wurden im Bezirk Pankow 582 extrem rechte und diskriminierende Vorfälle erfasst (2023: 399) – ein Anstieg von rund 45 %. Deutlich zugenommen haben Propaganda (2024: 437), Sachbeschädigungen (43) sowie Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien (61). Schwerpunkte lagen in den Ortsteilen Prenzlauer Berg, Pankow Zentrum und Weißensee.

Angriffe auf zivilgesellschaftliche Einrichtungen

Ziel neonazistischer Einschüchterungen war u. a. die Jugendeinrichtung JUP e.V., die am 6. Januar von einer verummten Gruppe betreten und mit Aufklebern beklebt wurde. Ähnliche Übergriffe trafen auch den Jugendclub Bunte Kuh e.V. Zudem wurden Versammlungen der extrem rechten Kleinstpartei „Der III. Weg“ beobachtet, bei denen mit Flaschen und Knüppeln ausgerüstete Gruppen durch Pankow zogen. Mehrfach kam es zu tätlichen Angriffen. Parallel baut die Partei Kampfsportstrukturen im Bezirk aus und nutzt öffentliche Sportanlagen zur Vernetzung und Rekrutierung, was im September 2024 zu dem BVV-Beschluss führte, diese Nutzung einzuschränken.

Rassismus bleibt dominantes Motiv

Trotz eines leichten Rückgangs (2024: 96, 2023: 114) bleibt Rassismus eines der häufigsten Tatmotive. Besonders betroffen waren Schwarze Menschen, u. a. durch Beleidigungen, Pöbeleien und strukturelle Benachteiligung. Die Zahl antimuslimischer Vorfälle verdoppelte sich auf 12. Rassistische Propaganda nahm ebenfalls zu – besonders in Prenzlauer Berg. Verbreitet wurden u. a. Aufkleber mit dem Slogan „Remigration – bevor

es zu spät ist“, die Teil des verschwörungs-ideologischen Narrativs vom „Großen Austausch“ sind.

Anstieg antisemitischer Vorfälle seit dem 7. Oktober 2023

2024 wurden 65 antisemitische Vorfälle gezählt (2023: 42), besonders viele in Prenzlauer Berg. Viele Taten standen im Zusammenhang mit dem Terrorangriff der Hamas am 7. Oktober 2023. Dokumentiert wurden Schmierereien, Sachbeschädigungen an Gedenkortern, antisemitische Aufkleber sowie Übergriffe mit antiisraelischem oder NS-verharmlosendem Bezug. Die neonazistische Szene nutzte die Eskalation im Nahen Osten zur Agitation – etwa durch Aufkleber mit Parolen wie „Terrorstaat Israel“. Auch Davidstern-Markierungen an jüdischen Einrichtungen und ein vermehrtes Auftreten des von der Hamas genutzten roten Dreiecks wurden festgestellt.

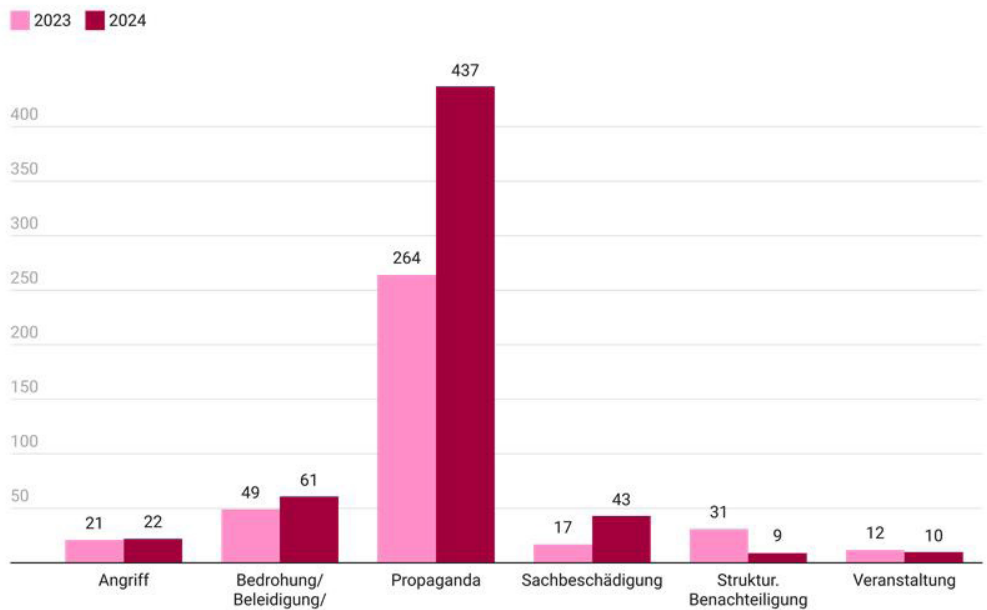
Zunahme LGBTIQ*-feindlicher Vorfälle

Seit 2020 steigt die Zahl LGBTIQ*-feindlicher Vorfälle kontinuierlich. 2024 wurden 42 Fälle registriert (2023: 30), besonders im Pride-Monat Juni. Der Großteil (28) betraf Propaganda, z. B. durch die Gegenkampagne „Stolzmonat“. Auch der „III. Weg“ verbreitete gezielt LGBTIQ*-feindliche Inhalte, etwa durch Aufkleber mit QR-Codes. Es wurden vier Angriffe, acht Fälle von Bedrohung oder Beleidigung sowie Sachbeschädigungen an queeren Symbolen dokumentiert.

Fazit

Die Entwicklung zeigt eine zunehmende Bedrohung für marginalisierte Gruppen und zivilgesellschaftliches Engagement im Bezirk. Die Vorfälle reichen von Propaganda bis zu körperlichen Angriffen. Es bedarf weiterhin klarer, entschlossener Maßnahmen auf politischer wie zivilgesellschaftlicher Ebene.

Art der Vorfälle Pankow



Erstellt mit Datawrapper

6. Januar 2024

In der Florastraße kamen ca. zwanzig männliche Jugendliche vor das Unabhängige Jugendzentrum Pankow (JUP). Acht der Jugendlichen gingen auf die Terrasse. Diese waren teilweise mit Sturmhauben und mit FFP2-Masken verummmt. Von der Gruppe wurden Aufkleber an das JUP geklebt. Eine Person öffnete seine Jacke, sodass ein Shirt mit dem Slogan „White Race“ sichtbar wurde. Die Jugendlichen, die nicht auf der Terrasse

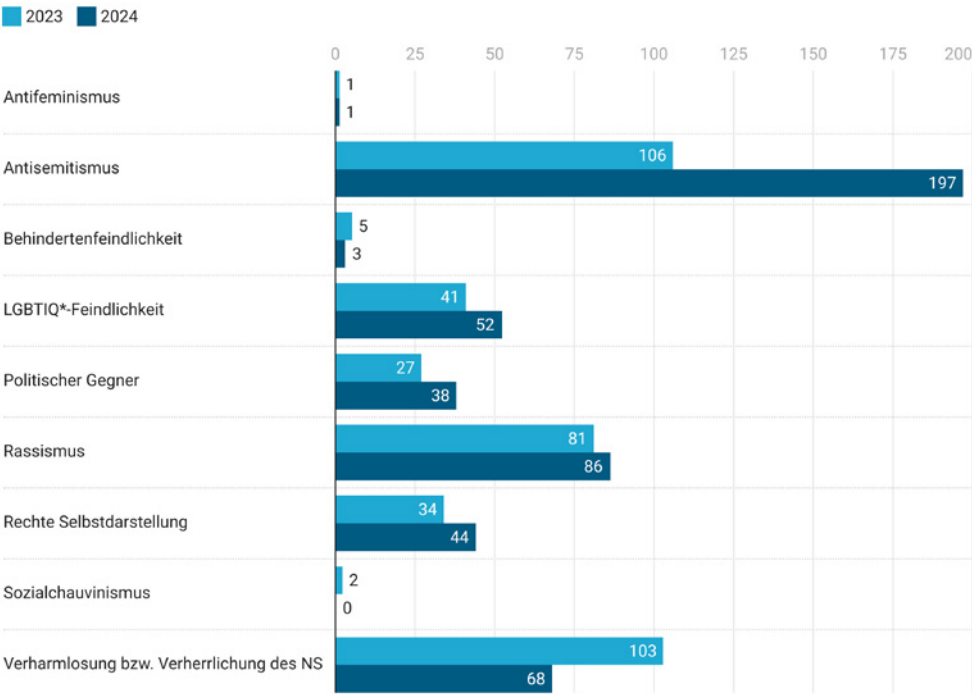
waren, standen u.a. bei der Litfaßsäule und rissen Plakate ab, die dort befestigt waren. Als die Gruppe verummter Jugendlicher sich entfernt hatte, stellte sich heraus, dass die verklebten Aufkleber von der extrem rechten Partei „Der III. Weg“ oder deren Jugendorganisation „NRJ“ stammten.

Quelle: [moskito] Fach- und Netzwerkinstitution gegen Rechtsextremismus, für Demokratie und Vielfalt

31. August 2024

Ein gewerkschaftlich organisiertes Lieferfahrer*innen-Kollektiv erhielt eine E-Mail-Drohung, nachdem es einen sozialchauvinistischen Angriff auf ein Mitglied des Kollektivs in einem Restaurant an der Schönhauser Allee öffentlich gemacht und zu einer Kundgebung vor dem Restaurant aufgerufen hatte. In der E-Mail wird ihnen gedroht, dass sie, falls sie sich nicht an die „Regeln in Deutschland“ halten, sie „wie das behandelt wer-

Motiv der Vorfälle



Erstellt mit Datawrapper

Beispielvorfälle

den, was sie sind – eine Plage für die Stadt und eine Gefahr für alle“.
Quelle: [moskito] Fach- und Netzwerkinstitution gegen Rechtsextremismus, für Demokratie und Vielfalt

11. November 2024

Ein Mann of Color spazierte mit seiner Familie auf der Idunastraße als ein vorbeifahrender Radfahrer ihn plötzlich und unvermittelt nach seiner Herkunft fragte und ihn aufforderte, sich auszuweisen. Anschlie-

ßend beleidigte der Radfahrer ihn rassistisch und stieß ihm mit der Hand gegen die Brust. Ein vorbeifahrender Autofahrer und ein Passant, die zu diesem Zeitpunkt vorbeikamen, verhinderten, dass der Angreifer, der betrunken war, den Mann weiter angriff. Der Angreifer fuhr in Richtung Asgardstraße davon.

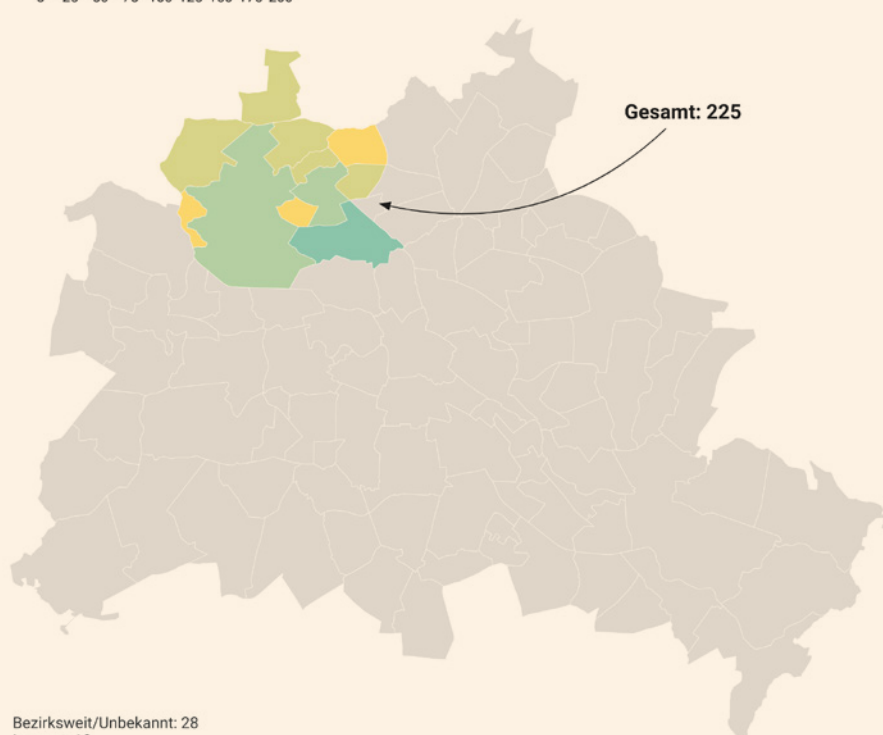
Quelle: Polizeimeldung vom 12.11.2024

Reinickendorf

Der Bezirk Reinickendorf verfügt über eine große Fläche und 11 Ortsteile, aber nur über 260.000 Einwohner*innen. Im Bezirk liegen neben dem Tegeler See und Forst auch das Naturschutzgebiet Tegeler Fließ. Reinickendorf ist durch ein großes soziales Gefälle geprägt. In Teilen des Ortsteils Reinickendorf und im südlichen Tegel sowie in den Großsiedlungen (Märkischen Viertel und Rollbergesiedlung in Waidmannslust) ist die Zahl der Betroffenen von Kinderarmut und Arbeitslosigkeit sehr hoch. Die Ortsteile an der Havel im Westen (Konradshöhe und Heiligensee) und im Norden (Frohnau, Hermsdorf und Lübars) sind hingegen stark von Einfamilienhaussiedlungen geprägt und zählen zu den wohlhabendsten Gegenden Berlins. Im Mittelfeld der sozialen Bandbreite bewegen sich die Ortsteile Wittenau und Borsigwalde sowie Teile von Tegel und Reinickendorf.

Verteilung der Vorfälle im Bezirk Reinickendorf

Vorfälle je Ortsteil/Bezirksregion im Jahr 2024



Bezirkswelt/Unbekannt: 28
Internet: 10

Borsigwalde: 1; Frohnau: 23; Heiligensee: 7; Hermsdorf: 7; Konradshöhe: 2; Lübars: 0; Märkisches Viertel: 17; Reinickendorf: 57; Tegel: 40; Waidmannslust: 8; Wittenau: 25.

Source: Berliner Register • Created with Datawrapper

Neonaziaufkleber in Konradshöhe



Rassistische Aufklebermotive in Frohnau



Kontakt:
Register Reinickendorf
Stiftung SPI
Frankfurter Allee 35-37, Aufgang C
10247 Berlin

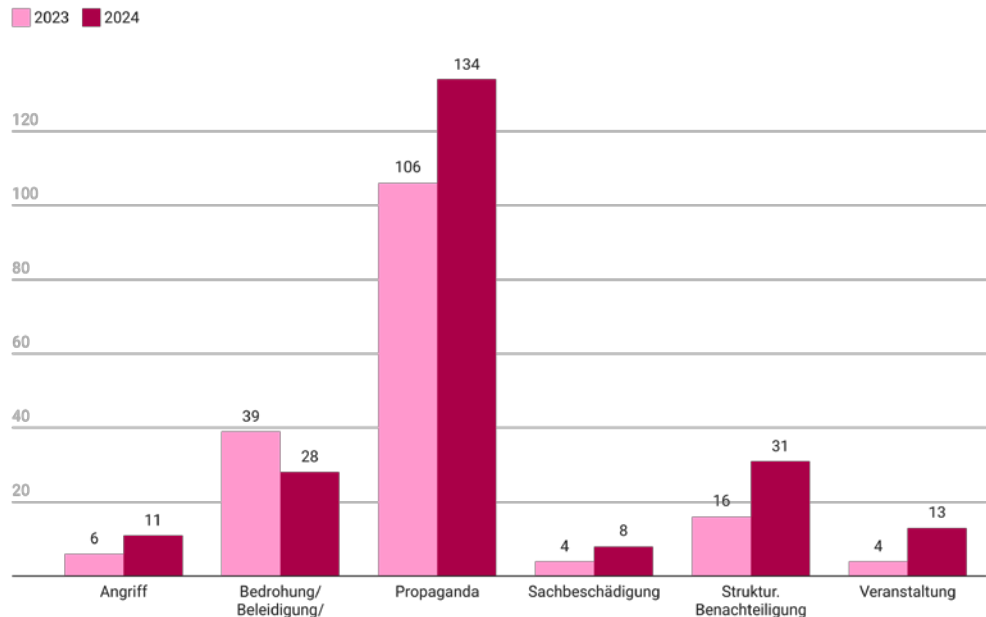
Tel.: 0152 - 02 82 45 37
Mail: register-rd@lvs.stiftung-spi.de
Bluesky: @rdregister
Instagram: @Register.Reinickendorf

Die Gesamtzahl der Vorfälle in Reinickendorf stieg im Jahr 2024 um 51 Vorfälle auf insgesamt 225 Fälle an. In Reinickendorf stachen zwei Aspekte besonders hervor: diskriminierende Strukturen im Ankunftszenrum Tegel und ein Anstieg von Neonazi-Propaganda im Märkischen Viertel.

Der Großteil der insgesamt 11 Angriffe war wie in den Vorjahren rassistisch motiviert. Weitere zwei Angriffe waren LGBTIQ*-feindlich motiviert. Außerdem wurde eine Person im Märkischen Viertel nachts von einem unbekannten jungen Mann als „Scheiß Zecke“ beschimpft und angespuckt. Auch bei den 28 Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien war weiterhin Rassismus das Hauptmotiv. In allen drei antimuslimisch-rassistisch motivierten Fällen waren Frauen betroffen. Sechs verbale Anfeindungen richteten sich gegen Personen, die als queer wahrgenommen wurden. Ebenfalls in sechs Fällen wurden politische Gegner*innen der extremen Rechten angepöbelt, beleidigt oder bedroht. Unter anderem beleidigten Neonazis Teilnehmende eines Zeltlagers der Sozialistischen Jugendorganisation „Die Falken“. Personen und Institutionen, die von extrem rechten Akteur*innen als politische Gegner*innen wahrgenommen wurden, wurden auch zur Zielscheibe von Sachbeschädigungen oder erhielten Drohbriefe.

Die Vorfälle im Bereich Strukturelle Diskriminierung verdoppelten sich im Vergleich zum Vorjahr. Die Steigerung auf 31 Vorfälle ging vor allem darauf zurück, dass mehr diskriminierende Strukturen aus dem Ankunftszenrum für Geflüchtete auf dem Gelände des ehemaligen

Art der Vorfälle Reinickendorf



Erstellt mit Datawrapper

Flughafen Tegel dokumentiert wurden. So wurden Kinder über Monate hinweg nicht beschult und auf engstem Raum ohne Privatsphäre untergebracht. Aufgrund fehlender Hygiene- und Sicherheitsmaßnahmen waren Bewohnende Gesundheitsgefahren wie einer Masernansteckung ausgesetzt. Zudem äußerten sich Mitarbeitende rassistisch über Bewohnende. Die menschenunwürdige Unterbringung von Geflüchteten auf dem Flughafengelände Tegel scheint ein Dauerzustand zu werden. Auch in anderen Unterkünften erfahren Geflüchtete und Wohnungslose in Reinickendorf Diskriminierung. Menschenrechte gelten für alle, unabhängig von ihrem Aufenthalts- oder sozialen Status.

Im Bereich Propaganda wurde mit 134 Vorfällen ein neuer Höchststand verzeichnet. Den deutlichsten Anstieg verzeichneten die Ortsteile Frohnau und Märkisches

Viertel. Eine Besonderheit des Ortsteils Reinickendorfs ist, dass hier mehrere Vorfälle mit Bezug zu den „Grauen Wölfen“ dokumentiert wurden. Die Zahl der Veranstaltungen verdreifachte sich im Vergleich zum Vorjahr und stieg auf 13 an. Darüber hinaus gab es acht Sachbeschädigungen, die sich vor allem gegen Gegner*innen der extremen Rechten richteten.

In Reinickendorf waren verschiedene Neonazi-Organisationen aktiv. Besonders „Die Heimat“ (früher: NPD) ist weiter im Bezirk verankert. Sie führte auch die meisten Veranstaltungen durch. Auch die Neonazi-Partei „Der III. Weg“ war in Form von Propaganda präsent. Im Jahr 2024 gab es außerdem erste Hinweise darauf, dass Anhänger*innen der neu gegründeten Gruppierung „Deutsche Jugend Voran“ (DJV) sich in Reinickendorf bewegen. Diese und die Jugendorganisationen von „Die Heimat“ und „Der III. Weg“ richteten sich

18. Januar 2024

In Wittenau wurden zwei junge Erwachsene aus transfeindlichen Motiven angegriffen. Nach 22:00 Uhr wurden die Betroffenen während der Fahrt mit der U8 von einer siebenköpfigen Personengruppe bedrängt und zu ihrem Geschlecht befragt. Als die beiden am U-Bahnhof Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik ausstiegen, folgte ihnen die Gruppe und schlug auf sie ein. Beide Personen wurden im Gesicht verletzt. Eine wurde zur Behandlung

ins Krankenhaus gebracht.

Quelle: Polizeimeldung Nr. 0149 vom 19.01.2024

22. Februar 2024

Am Konzer Platz und an der Bushaltestelle Markgrafenstraße in Frohnau wurden rassistische Schmierereien dokumentiert und entfernt. Auf das Schild und einen Briefkasten wurde das Wort „Remigration“ geschrieben. Der Begriff „Remigration“ wird von der Neuen Rechten als Schlagwort

benutzt. Dahinter steht die Forderung nach der massenhaften Abschiebung von Geflüchteten sowie Eingewanderten und ihrer Nachkommen in vermeintliche Herkunftsländer oder in Drittstaaten.

Quelle: Meldung einer Einzelperson

mit ihrer Propaganda im Bezirk gezielt an Jugendliche. Darüber hinaus wurden Aktivitäten der „Jungen Alternative“ (JA) in Reinickendorf dokumentiert.

Bundesweit lässt sich momentan ein Aufstieg extrem rechter Jugendkulturen beobachten.

Die vom Register Reinickendorf dokumentierten Vorfälle weisen darauf hin, dass auch Jugendliche oder junge Erwachsene im Bezirk mit diesen Gruppierungen sympathisieren. Schulen und Jugendeinrichtungen müssen sich darauf einstellen, dass entsprechende Werbung verteilt wird. Jugendeinrichtungen könnten unfreiwillig zu Treffpunkten von jungen

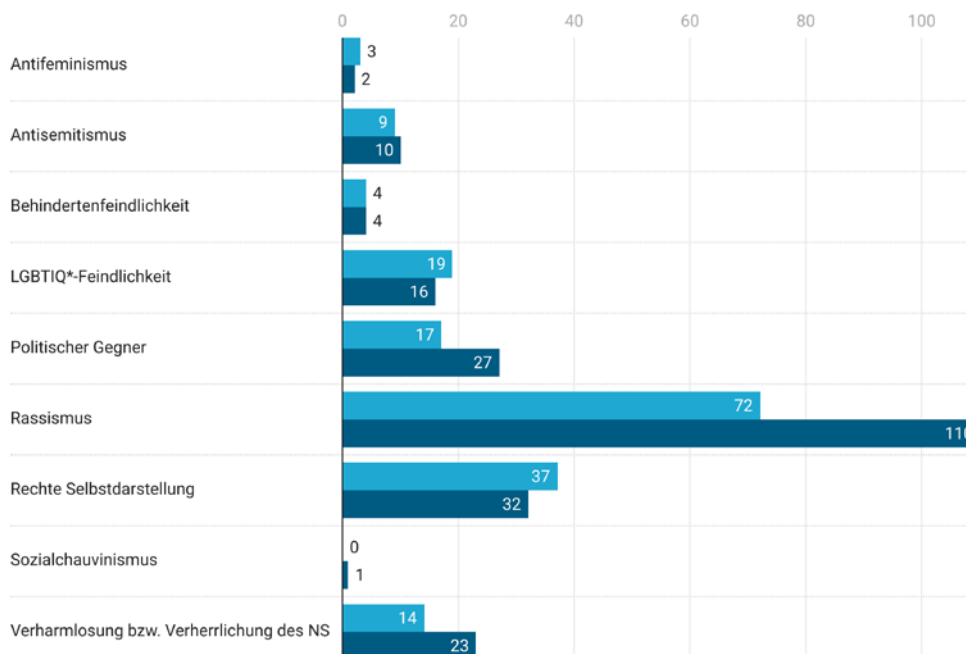
Neonazis werden. Besonders queere Jugendliche könnten Ziel von Mobbing und Gewalt durch andere Jugendliche werden. Lehrkräfte und Sozialarbeitende müssen sich auf diese Szenarien vorbereiten und Betroffene schützen.

Den ausführlichen Jahresbericht für Reinickendorf können Sie auf der Website der Berliner Register downloaden oder in gedruckter Form kostenlos bestellen.



Motiv der Vorfälle

■ 2023 ■ 2024



Erstellt mit Datawrapper

Beispielvorfälle

1. Oktober 2024

Ein Mitglied der Grünen-Fraktion in der BVV Reinickendorf erhielt erneut einen Drohbrief mit Beleidigungen, Drohungen und extrem rechten Verschwörungserzählungen. Der Verfasser attackierte den Politiker für seine öffentliche Kritik an der AfD und bezeichnete ihn als Teil einer „unrechtmäßigen politischen Elite“, die angeblich Medien manipuliere und Migrant*innen auf Kosten des „Volkes“ unterstütze. Besonders bedrohlich war wieder die

offene Gewaltandrohung: Der Brief kündigte eine „baldige Machtübernahme“ an, nach der politische Gegner in „Straflagern“ inhaftiert werden sollten. Die Wortwahl und die Drohungen zeigten eine extrem rechte Ideologie, die auf Einschüchterung und Delegitimierung demokratischer Akteure abzielte. Der Drohbrief wurde zur Anzeige gebracht.

Quelle: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Bezirksverordnetenversammlung Reinickendorf

Spandau

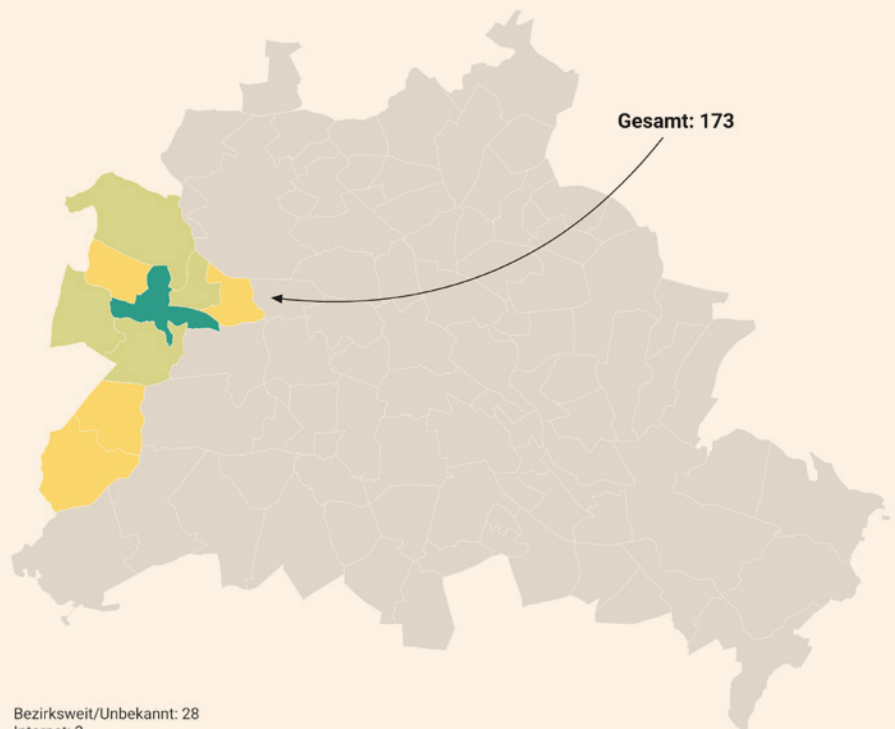
Der Bezirk Spandau mit seinen Ortsteilen liegt am westlichen Stadtrand und hat fast 250.000 Einwohner*innen. Der namensgleiche Ortsteil stellt das „Zentrum“ des Bezirks dar und ist mit der U-7, der S-Bahn und der Regionalbahn an die Innenstadtbezirke Berlins angebunden. Im Ortsteil Spandau ist der Sitz der Verwaltung und hier tagt die Bezirksverordnetenversammlung.

Vor dem Rathaus kreuzen sich sämtliche Buslinien Spandaus. Die größte Fußgängerzone Berlins bietet mit zwei Straßenzügen, dem Marktplatz und dem Rathausplatz viele Begegnungs- und Veranstaltungsorte. Aus diesem Ortsteil werden die meisten Vorfälle für das Register Spandau gemeldet. Neben der beschaulichen Altstadt verfügt Spandau über Ortsteile wie Staaken oder das Falkenhagener Feld, die durch Hochhaus-siedlungen geprägt sind und solche wie Kladow, in denen Einfamilienhäuser und Grünflächen das Stadtbild dominieren.

Verteilung der Vorfälle im Bezirk Spandau

Vorfälle je Ortsteil/Bezirksregion im Jahr 2024

5	25	50	75	100	125	150	175	200
---	----	----	----	-----	-----	-----	-----	-----

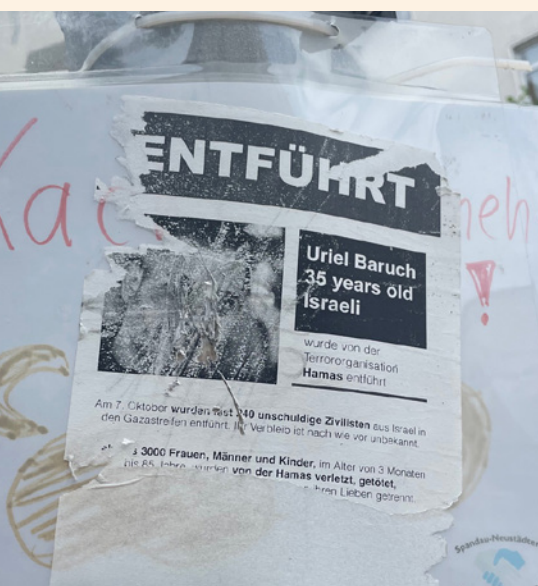


Bezirksweit/Unbekannt: 28
Internet: 3

Falkenhagener Feld: 3; Gatow: 1; Hakenfelde: 8; Haselhorst: 7; Kladow: 3; Siemensstadt: 0; Spandau: 101; Staaken: 8; Wilhelmstadt: 11.

Source: Berliner Register • Created with Datawrapper

Zerstörtes Plakat für die israelischen Geiseln der Hamas



Queerfeindlicher Aufkleber am U-Bhf. Haselhorst



Kontakt: Registerstelle Spandau

GIZ gGmbH
Reformationsplatz 2
13597 Berlin

Tel.: 0162 - 5781 723
0151 - 2711 6547
(Signal, Telegram)

Mail: register.spandau@giz.berlin

Propaganda häufigste Vorfallsart

2024 konnten mehr Vorfälle dokumentiert werden als in den Vorjahren (173), was sich mit einer verbesserten Melder*innenstruktur sowie mehr Propaganda-Aktivität der extremen Rechten erklären lässt.

Propaganda-Vorfälle waren mit mehr als der Hälfte aller Vorfälle die häufigste Vorfallsart. Der Abstand zur nächsthäufigen Vorfallsart (Bedrohung/ Beleidigung/ Pöbeleien) war mit 20 % deutlich höher als im Vorjahr. Der Anteil dieser Vorfallsart entsprach dagegen dem von 2023.

Strukturelle Benachteiligung stellte erneut die dritthäufigste Vorfallsart dar, der Anteil sank allerdings deutlich. Als strukturelle Benachteiligungen werden Diskriminierungen in Behörden und Institutionen eingeordnet, die durch ein Machtgefälle gekennzeichnet sind. Diese

Vorfälle werden stark anonymisiert und als bezirksweite Vorfälle erfasst.

Rückgang bei Angriffszahlen

2024 wurden in Spandau 9 Angriffe dokumentiert (2023: 14), davon waren 7 Angriffe rassistisch motiviert und 2 Angriffe richteten sich gegen queere Personen. Ein Angriff betraf eine minderjährige Person.

Rassismus häufigstes Motiv

Wie in den Vorjahren stellte Rassismus das häufigste Motiv aller Vorfälle dar und war vor allem bei Angriffen, Bedrohungen/Beleidigungen sowie strukturellen Benachteiligungen vorherrschend. 2024 wurden 14 Vorfälle von anti-Schwarzem Rassismus dokumentiert. Auf ähnlichem Niveau waren die antimuslimischen Vorfälle (11). Antiziganistisch motivierte Vorfälle blieben weiterhin auf niedrigem

Niveau (4). Es handelte sich vor allem um strukturelle Benachteiligungen, die über Kooperationspartner gemeldet wurden.

Anstieg von NS-Verherrlichung bzw. -Verharmlosung

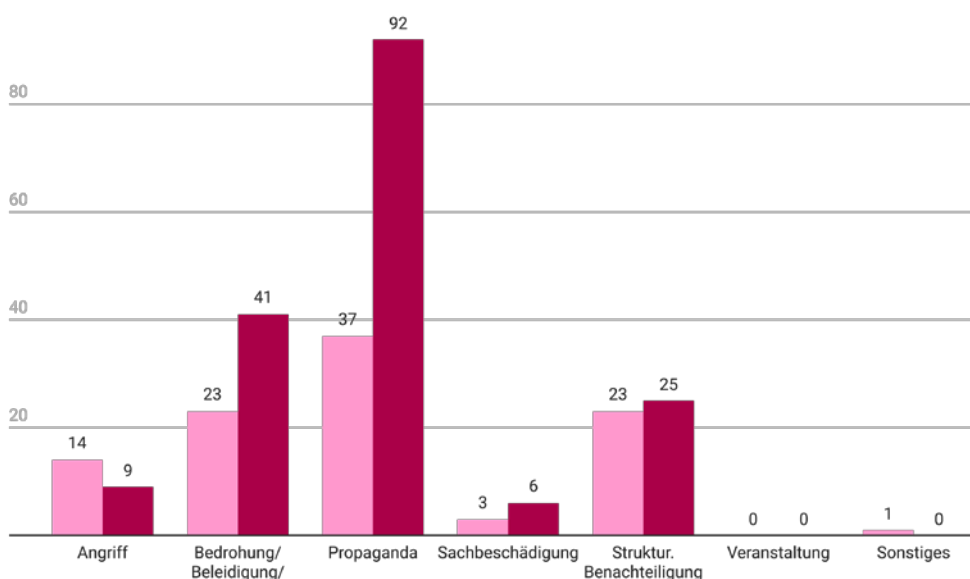
Ein deutlicher Anstieg zeigte sich bei NS-Verherrlichung bzw. -Verharmlosung. Besonders hervorzuheben sind die regelmäßig wiederkehrenden Vorfälle in einem Hochhaus in Staaken. Hier wurden Hakenkreuze und SS-Runen, aber auch antisemitische Inhalte in die Fahrstühle gemalt bzw. geritzt. Die Schmierereien wurden aber durch engagierte Melder*innen sofort angezeigt, der Wohnungsgesellschaft gemeldet und von dieser entfernt.

Politischer Gegner im Fokus der extremen Rechten

Auch bei Vorfällen gegen den politischen Gegner zeigt sich ein deutlicher Anstieg (2024: 32; 2023: 7 Vorfälle). 5 Vorfälle entfielen auf Bedrohungen/ Beleidigungen, die restlichen Vorfälle auf Propaganda. Mehrfach war die Geschäftsstelle von Die Linke betroffen.

Art der Vorfälle Spandau

■ 2023 ■ 2024



Erstellt mit Datawrapper

Anstieg antisemitischer Vorfälle

Antisemitische Propaganda, vor allem Sticker, wurden ebenfalls häufiger dokumentiert. Neben Propaganda wurden auch 5 Sachbeschädigungen an jüdischen Gedenkorten erfasst: Im August 2024 wurde die Namenwand am Mahnmal Lindenufer durch das rote „ Hamas-Dreieck“ markiert und im Jahresverlauf mehrfach mit Sprühereien beschmiert.

29. Januar 2024

Eine ca. 35-jährige Frau wurde aufgrund von anti-muslimischem Rassismus angegriffen, als sie sich an der Bushaltestelle hinsetzen wollte. Ein unbekannter Mann zog ihr mehrmals heftig ihr Kopftuch herunter und verletzte sie dabei an Hals und Nacken. Dann versuchte er, ihren Kopf gegen die Glasscheibe zu schlagen. Eine andere Person mischte sich ein und rief die Polizei. Der Angreifer beleidigte die Frau rassistisch vor den Beamten.

Quelle: ReachOut Berlin

18. Mai 2024

An Laternen entlang der Carl-Schurz-Straße wurden zahlreiche Sticker eines extrem rechten Versandhandels entdeckt, die sich gegen die Antifa richteten bzw. LGBTQ*-feindliche Botschaften verbreiteten. Am Vortag, dem 17.05.2024, wurde der Internationale Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transfeindlichkeit (IDAHOBIT) begangen.

Quelle: Bürger*innenmeldung

17. Dezember 2024

In der Namensmauer am Mahnmal für die ermordeten Jüdinnen*Juden Spandaus wurde erneut eine antisemitische Schmiererei entdeckt und entfernt. Der Vorfall wurde zur Anzeige gebracht.

Quelle: Beauftragte für Erinnerungskultur im Ev. Kirchenkreis Berlin-Spandau / RIAS Berlin

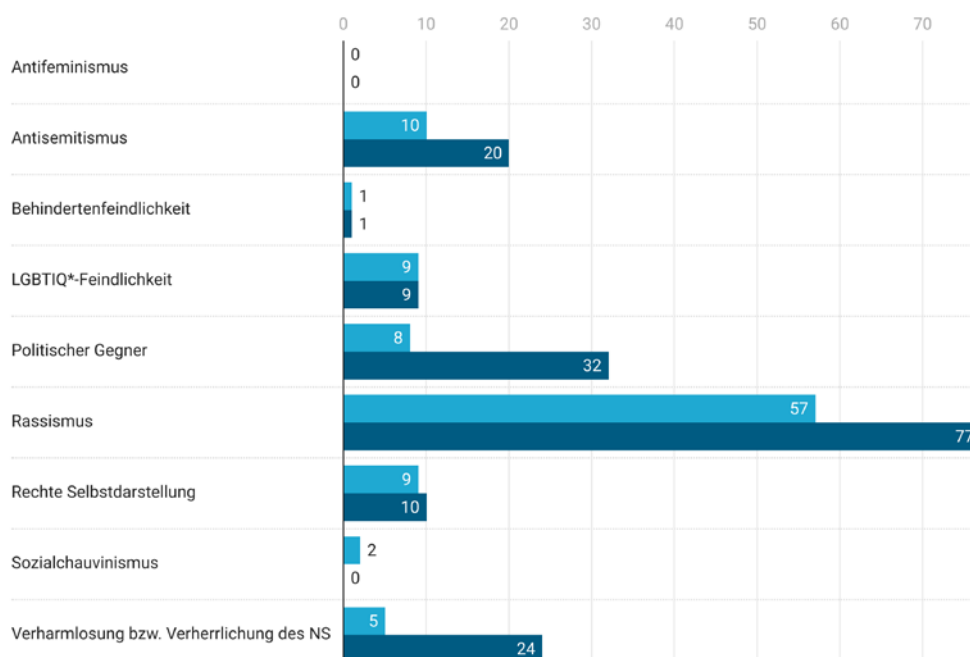
Die meisten Vorfälle im Ortsteil Spandau

Neben der Vergrößerung des Melder*innen-Netzwerks kann aus dem Anstieg der Propaganda-Vorfälle und den erfassten Motiven auf eine vermehrte Aktivität der extremen Rechten geschlossen werden, die vor allem hoch frequentierte Straßenzüge und Parks für ihre Propaganda nutzten. 70 % der Propaganda-Vorfälle wurden daher für den Ortsteil Spandau dokumentiert.

Die Häufung der Vorfälle im Ortsteil Spandau ist auch mit der zentralen Bedeutung dieses Ortsteils zu erklären, da sich hier der Fern-, Regional- und S-Bahnhof, die Haltestellen sämtlicher Buslinien Spandaus sowie das Rathaus und diverse Behörden befinden. Auch die meisten jüdischen Gedenkorte sind im Ortsteil Spandau.

Motiv der Vorfälle

■ 2023 ■ 2024



Erstellt mit Datawrapper

Kooperationspartner*innen

Meldestelle AAR

Die Meldestelle AAR ist eine bundesweite Anlaufstelle für Vorfälle von **anti-asiatischem Rassismus** sowie Diskriminierung gegenüber asiatisch gelesenen Menschen in Deutschland. Ziel ist es, diese Erfahrungen durch Dokumentation und anonymisierte Veröffentlichung sichtbar zu machen und so das Bewusstsein für anti-asiatischen Rassismus zu stärken.

Vorfälle können einfach und anonym über das Onlinemeldeformular gemeldet werden, das in 10 Sprachen verfügbar ist. Außerdem bietet die Meldestelle AAR Sprechstunden an. Ratsuchende können dort ihre Erfahrungen in einem persönlichen Gespräch schildern: vor Ort oder on-

line und auf Wunsch mit Sprachmittlung. Zudem wird eine Verweisberatung angeboten.

Sprechstunde:
Jeden Donnerstag | 15-17 Uhr |
Anmeldung erforderlich



Die Meldestelle AAR ist Teil des Projekts „**Vielfalt im Dialog – mit EBAV!**“ des GePGeMi e.V. – Gesellschaft für Psychosoziale Gesundheitsförderung bei Migrant*innen | Schivelbeiner Straße 6, 10439 Berlin

Vielfalt im Dialog – mit  **EBAV**

„Es ist längst nicht mehr 5 vor 12, eher schon halb drei.“

Charlotte Kaiser und Kat Dressel vom Berliner Antigewaltprojekt L-SUPPORT schildern deren Beobachtungen zu LGBTIQ*-Feindlichkeit in Berlin.

Mit Rückblick auf das Jahr 2024: Welche Entwicklungen im Bereich der LGBTIQ*-Feindlichkeit waren für euch besonders eindrücklich?

Wir haben im Vergleich zum Vorjahr dreimal so viele Beratungen angeboten – ein deutliches Zeichen für den gestiegenen Bedarf. Gleichzeitig wurden in Berlin wichtige Präventionsarbeit und queere Jugendarbeit massiv gekürzt. Besonders beunruhigend ist, dass queere Einrichtungen verstärkt Ziel von Angriffen wurden. Auch wir waren mit Hass-Anrufen und -Mails konfrontiert. Diese Entwicklungen bereiten uns große Sorge.

Was geschieht bei so einer Hassnachricht?

Die ersten drei Hass-Mails erreichten uns nach dem „Winter-CSD“. Sie enthielten queerfeindliche und anti-muslimisch rassistische Inhalte. Diese zu lesen, alleine im Büro, hat das Sicherheitsgefühl stark beeinträchtigt. Mittlerweile bekommen wir Anrufe, bei denen jemand brüllt: „Ich hasse Schwule!“ Oder: „Alle Lesben* sollen sterben!“ Manche geben sich zunächst als ratsuchend aus, um dann unvermittelt in wüste Beschimpfungen auszubringen.

Ändert es etwas daran, wie ihr arbeitet?

Wir sind jetzt immer zu zweit im Büro, haben einen Alarmknopf und Kurzwahlen untereinander eingerichtet. Außerdem checken wir vermehrt beieinander ein, erzählen den anderen von Vorfällen und lassen uns fachlich begleiten. Wir sind also nicht allein!

Du hast erwähnt, dass ihr immer mehr Beratungsanfragen bekommt. Was beschäftigt queere Menschen?

Gerade Menschen, die Gewalt in Bussen und Bahnen erlebt haben, versuchen solche Orte zu meiden. Doch oft gibt es keine Alternativen, vielen bleibt nichts anderes übrig, als den öffentlichen Nahverkehr zu nutzen. In unsere Beratung kommen neben lesbisch*-queeren Personen inzwischen auch viele trans*, inter und nicht-binäre Menschen. Mit ihnen sprechen wir über Mehrfachbelastungen, Ressourcenstärkung und den Umgang mit Traumafolgen. Wir schauen, wie wir Personen so empowern können, dass sie ihren Alltag trotz Angst bewältigen können. Umso erschütternder ist es, wenn queere Angebote gekürzt werden – denn genau dort bricht wichtige Un-

terstützung weg. Unsere Arbeit zeigt deutlich: Es braucht mehr Ressourcen und Räume, und nicht weniger.

Gibt es noch andere Orte, an denen queere Menschen Angst haben?

Das ist der gesamte öffentliche Raum. Überall passiert Queerfeindlichkeit und das auch zu jeder Tageszeit. Uns fällt auf, dass insbesondere Paare wahrgenommen und dann angegriffen werden. Vor allem Anspucken kommt oft vor. Aber auch innerhalb der Communitys gibt es Ausgrenzungen und Gewalt. Dadurch brechen wichtige Austauschräume weg. Einsamkeit ist für viele ein sehr großes Thema. Zum Beispiel fehlt in vielen queeren Räumen weiterhin eine aktive Auseinandersetzung mit Ableismus, Klassismus oder Rassismus. Dies führt zu Ausschlüssen von jenen, die oft am meisten marginalisiert werden und am meisten Gewalt erleben.

Welche Herausforderungen gehen damit einher?

Oft spielt in queeren Beziehungen und Gruppendynamiken Gewalt eine Rolle, wobei Gewalt in lesbisch*-queeren Beziehungen nach wie vor stark tabuisiert ist – Betroffenen wird oft nicht geglaubt, und Täter*innen werden teilweise sogar geschützt. Doch auch politische Konflikte innerhalb der Community können eskalieren. Wenn unterschiedliche Haltungen nicht mehr ausgehandelt werden, führt das oft zu Ausschlüssen und dem Zerbrechen von Freund*innenschaften und engen Beziehungen. Deshalb ist es gerade innerhalb queerer Strukturen wichtig, achtsam und solidarisch miteinander umzugehen. Der Bedarf an verschiedenen Austausch- und Community-Räumen ist immens. Deswegen stehen wir mit anderen Projekten im Dialog und bilden uns weiter.

Verändert rechte Gewalt gegenüber queeren Menschen etwas in der Community?

Heute habe ich an der Bushaltestelle eine Person gesehen mit einer kleinen Regenbogenflagge an der Tasche. Mein erster Gedanke, wenn ich queere Symboliken im Alltag sehe, war lange Zeit Freude, doch mittlerweile mache ich mir schnell Sorgen um die Personen. Wir merken, dass rechte Gewalt unser Sicherheitsgefühl in der Stadt betrifft. Wir müssen uns zum Beispiel vor Veranstaltungen

ganz anders vorbereiten und Vorkehrungen für mögliche Angriffe treffen.

Was können Allys, Freund*innen und Angehörige tun, um Queers noch besser zu unterstützen?

Wenn Gewalt passiert, empfehlen wir Bezugspersonen, selbst auch in unsere Beratung zu kommen. Einerseits um die Betroffenen noch besser unterstützen zu können und andererseits, um die eigenen Sorgen zu besprechen. Wichtig ist, dass Allys sich damit auseinandersetzen, wie sich die Lebensrealitäten queerer Menschen gerade verändern, wie belastend eine ständige Gewaltandrohung ist und wie sehr sie die persönliche Entfaltung einschränkt. Allys sollten sich bewusst machen, wie massiv queeres Leben gerade angegriffen wird – nicht nur in den USA, sondern auch hier in Deutschland. Es ist längst nicht mehr „fünf vor zwölf“, eher schon halb drei. Jetzt braucht es eine klare, solidarische Haltung. Wie bei jeder Form von Gewalt gilt: Lasst die Betroffenen nicht alleine, interveniert, seid füreinander da, bildet euch. Und letztendlich: Organisiert euch, um gegen die aktuelle Faszisierung der Gesellschaft anzukämpfen.

Wo müssen wir gemeinsam noch mehr hinschauen?

Wir wollen den Blick noch stärker auf strukturelle Gewalt richten – sei es Gewalt durch Sicherheitsbehörden, die Ausländerbehörde oder drohende Wohnungslosigkeit aufgrund der sich immer weiter zuspitzenden Wohnungskrise. Es geht darum, die Perspektiven von queeren Menschen sichtbar zu machen, die noch weitere, sich überschneidende Ausgrenzungen erleben. Auch müssen wir uns klar gegen die Vereinnahmung vom Einsatz gegen Queerfeindlichkeit für zum Beispiel antimuslimischen Rassismus positionieren. Diskriminierung darf nicht selektiv kritisiert oder gegeneinander ausgespielt werden – sie muss in all ihren Formen benannt und bekämpft werden.

Bei all den schlechten Nachrichten: Was macht euch gerade Mut?

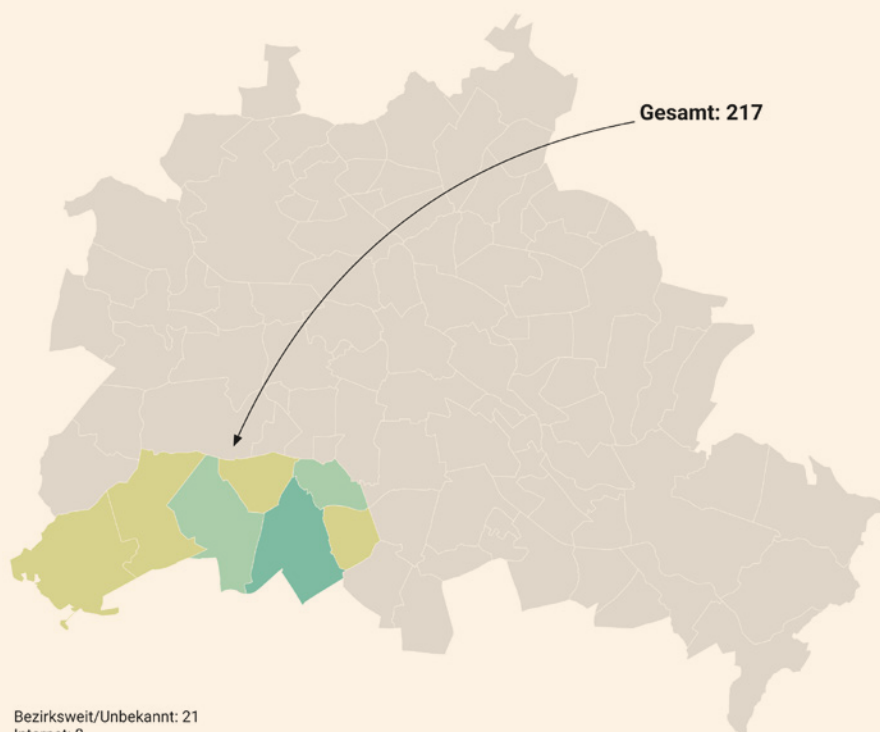
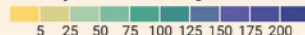
Wir sind jedes Mal aufs Neue befügelt, wenn wir mit unseren Ehrenamtlichen sprechen. So viele engagierte Menschen setzen ihre Freizeit dafür ein und bringen neue Perspektiven ein. Dieses solidarische Miteinander und die gemeinsame Kraft geben uns wirklich Mut.

Steglitz-Zehlendorf

Steglitz-Zehlendorf ist ein Randbezirk, der im Südwesten von Berlin liegt. Er erstreckt sich ausgehend von den Nachbarbezirken Charlottenburg-Wilmersdorf und Tempelhof-Schöneberg bis an die Grenze zu Brandenburg im Süden Berlins. Von der Fläche ist Steglitz-Zehlendorf der drittgrößte Bezirk Berlins. Ende Dezember 2024 lebten fast 300.000 Menschen in acht Ortsteilen dort. Bekannt ist der Bezirk über Berlin hinaus für seine Seen, wie den Schlachtensee oder den Wannsee. Dort steht das „Haus der Wannsee-Konferenz“, eine Gedenk- und Bildungsstätte zum Gedenken an die Zeit des Nationalsozialismus. Die Freie Universität Berlin, die Evangelische Hochschule und weitere Forschungseinrichtungen wie das Max-Planck-Institut oder der Campus der Charité Benjamin Franklin machen Steglitz-Zehlendorf zu einem Wissenschaftsstandort.

Verteilung der Vorfälle im Bezirk Steglitz-Zehlendorf

Vorfälle je Ortsteil/Bezirksregion im Jahr 2024



Bezirkswelt/Unbekannt: 21
Internet: 8

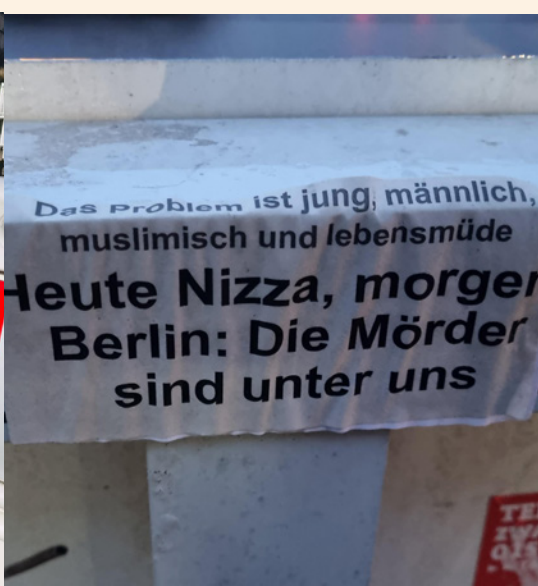
Dahlem: 21; Lankwitz: 18; Lichterfelde: 72; Nikolassee: 3; Schlachtensee: 4 (hier gefasst unter Nikolassee); Steglitz: 25; Wannsee: 11; Zehlendorf: 34.

Source: Berliner Register • Created with Datawrapper

Queerfeindlicher Schriftzug in Zehlendorf



Antimuslimischer rassistischer Zettel in Lichterfelde



Kontakt:

Register Steglitz-Zehlendorf

Stadtteilzentrum Steglitz e.V.
Holsteinische Straße 39-40
12161 Berlin

Mobil: 0177 - 4731717

Mail: sz@berliner-register.de

Facebook: [ReginaStegendorf](https://www.facebook.com/ReginaStegendorf)

Bluesky: [@SZregister.bsky.social](https://bsky.app/profile/@SZregister.bsky.social)

Instagram: [@RegisterBSZ](https://www.instagram.com/RegisterBSZ)

Diskriminierung und (extrem) rechte Vorfälle in Steglitz-Zehlendorf im Jahr 2024

Das Register Steglitz-Zehlendorf beobachtete 2024 wachsende Herausforderungen im Bezirk: Die extrem rechte und neurechte Szene vernetzte sich stärker, gemeldete Propaganda richtete sich gezielter gegen marginalisierte Gruppen. Psychische und physische Gewalt traf Menschen dort, wo sie lebten und sich sicher fühlen sollten – in der U-Bahn, im öffentlichen Raum oder in ihrer direkten Nachbarschaft. Menschen wurden beleidigt, weil sie zum Beispiel eine Einwanderungsgeschichte haben, sich zur LGBTIQ*-Community zählen oder sichtbar für eine diverse Gesellschaft einstanden. Dabei waren die Täter*innen in Steglitz-Zehlendorf in vielen Fällen keine organisierten Neonazis, sondern Einzelpersonen, die ihre Ressentiments offen auslebten. Im Jahr 2024 wurden in Steglitz-Zehlen-

dorf 217 extrem rechte und diskriminierende Vorfälle dokumentiert. Das ist ein deutlicher Anstieg gegenüber dem Vorjahr (2024: 217; 2023: 176). Dieser Anstieg spiegelt nicht nur eine Zunahme rechter Aktivitäten und Diskriminierungen wider, sondern auch eine gestiegene Sensibilität und Meldebereitschaft im Bezirk. Steglitz-Zehlendorf, oft als bürgerlicher und ruhiger Teil Berlins wahrgenommen, zeigt sich als Ort, an dem gesellschaftliche Spannungen und demokratiefeindliche Tendenzen offen zutage treten können.

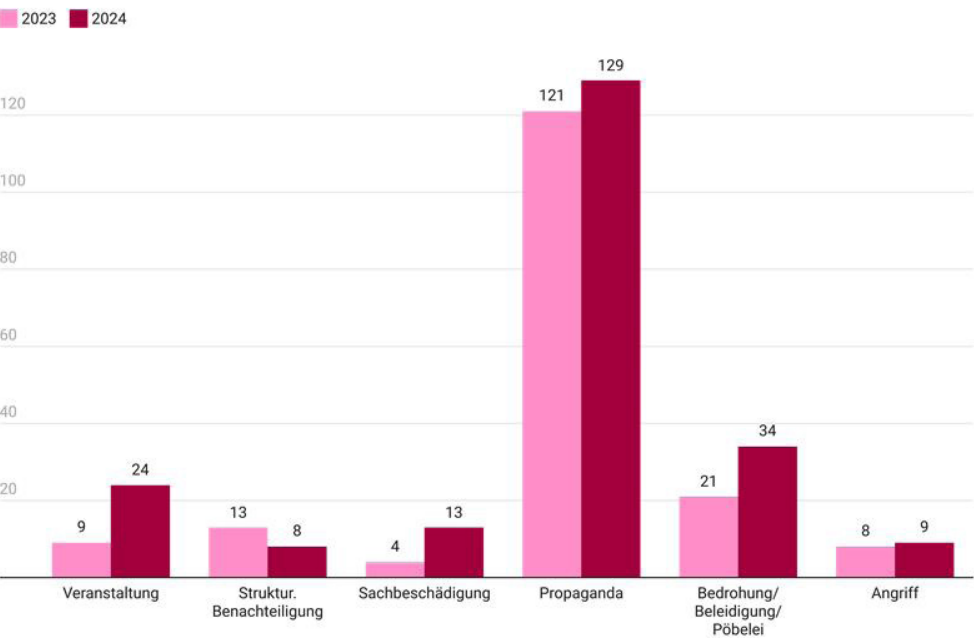
Einen Teil der hohen Anzahl an rechter Propaganda (129 Vorfälle) machten rassistisch motivierte Sticker und Flyer aus (47 Vorfälle). Das Motiv Rassismus ist wie in den Jahren zuvor das verbreitetste im Bezirk (2024: 91; 2023: 65). Dabei reicht das Spektrum von Anfeindungen im öffentlichen Raum über strukturelle Benachteiligungen in Behörden bis hin zu

körperlichen Angriffen. So wurde z.B. im September 2024 ein Pfleger in einem Krankenhaus von einem Patienten angegriffen. Strukturelle Benachteiligungen zeigten sich u.a. in der Erschwerung und Verweigerung existenzsichernder Leistungen für rassifizierte Menschen, insbesondere für Sinti*zze und Rom*nja.

Auch antisemitische Vorfälle haben zugenommen: Insgesamt wurden 2024 mehr als doppelt so viele antisemitische Vorfälle dokumentiert, wie 2023 (2024: 41; 2023: 19). Antisemitismus fand sich in nahezu allen Kategorien, die wir in den Berliner Registern aufnehmen. Es kam u.a. zu antisemitischen Angriffen, zu Beleidigungen und Pöbeleien und zu Veranstaltungen, auf denen antisemitische Aussagen fielen. Von 13 dokumentierten Sachbeschädigungen geschahen 9 aus antisemitischer Motivation. Davon betroffen war z.B. der Sderotplatz in Zehlendorf. Der Platz, der seit dem 07.10.2023 von Bürger*innen des Bezirks als Gedenkort genutzt wird, wurde 2024 mehrfach zerstört oder das Schild des Platzes beschmiert.

Im Jahr 2024 war besonders die Entwicklung im Ortsteil Lichterfelde auffällig. Mit 72 Vorfällen war dies der am stärksten betroffene Ortsteil des Bezirks (2024: 72; 2023: 42). Hier spielen nach wie vor die Veranstaltungsräume eines bezirksbekannten Akteurs eine zentrale Rolle. Dieser hat Kontakte in die (extrem) rechte und neurechte Szene. In den Räumen fanden 2024 regelmäßig Veranstaltungen mit verschwörungsideologischen und rassistischen Inhalten statt, die auch der Vernetzung dienten.

Art der Vorfälle Steglitz-Zehlendorf



Erstellt mit Datawrapper

Beispielvorfälle

1. März 2024

Eine Person wurde in einem Supermarkt antiziganistisch beleidigt. Sie wurde von einer anderen Kundin des Supermarkts als „Drecksz***“ bezeichnet. In die darauffolgende Auseinandersetzung mischte sich ein weiterer Kunde ein, der sich ebenfalls rassistisch äußerte. Zum Schutz der betroffenen Person wurde der Vorfall teilweise anonymisiert und das Datum geändert. Quelle: Amaro Foro / DOSTA

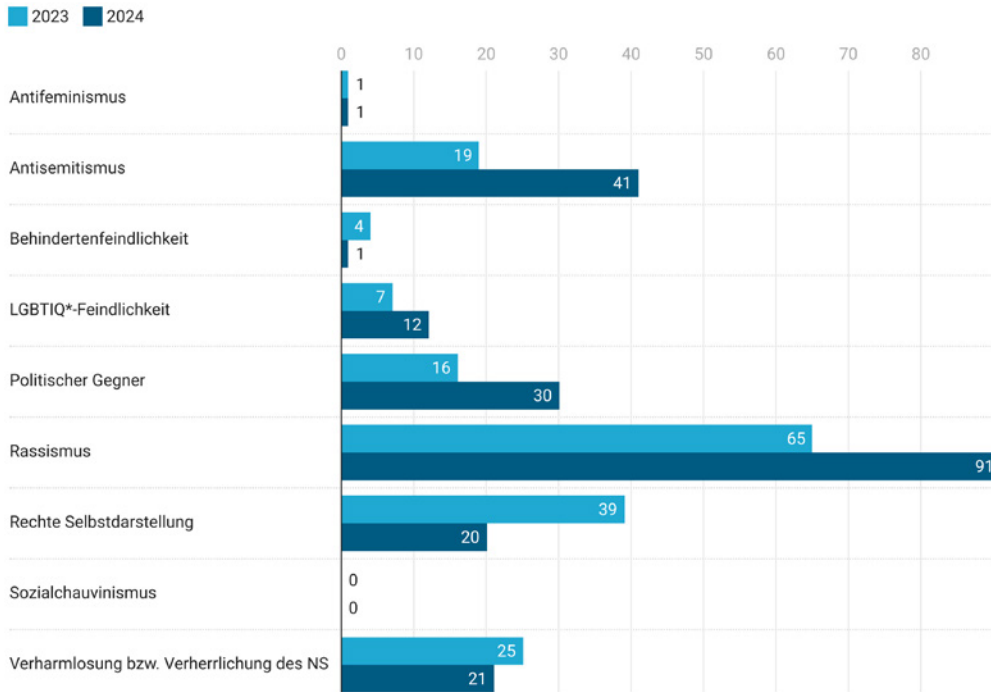
17. April 2024

An der Bushaltestelle Bushaltestelle „S Lankwitz“ sang ein Mann ein antisemitisches Lied. Als eine Frau ihn darauf ansprach, beleidigte er diese und griff sie dann an. Die Frau erlitt Verletzungen und wurde zur Behandlung in ein Krankenhaus gebracht. Quelle: Polizeimeldung Nr. 0800 vom 18.04.2024; Tagesspiegel Artikel vom 18.04.2024

9. Juni 2024

Auf einer Parkbank, die am Schlachtensee steht, wurden ein Hakenkreuz und die doppelte Sigrune entdeckt. Die sogenannte „Sigrune“ ist ein völkisches Symbol, welches im Nationalsozialismus zum Emblem der SS (Schutzstaffel) wurde. Die Verwendung und Abbildung der Runen sind strafbar. Beide Symbole waren in das Holz der Bank geritzt. Die Beschädigungen wurden bei der Polizei angezeigt. Quelle: Bürger*innenmeldung per E-Mail

Motiv der Vorfälle



Erstellt mit Datawrapper

All das zeigt: Diskriminierung in Steglitz-Zehlendorf ist nicht nur symbolisch, sondern auch unmittelbar spürbar. Täter*innen kommen oft aus dem direkten sozialen Umfeld der Betroffenen. Es können Anwohner*innen, Mitfahrende oder Passant*innen sein, die ihre Ressentiments offen ausleben. Die steigenden Vorfallzahlen, die stärkere Vernetzung rechter Akteur*innen und die zunehmende Härte der Inhalte machen deutlich, dass Steglitz-Zehlendorf sich gegen demokratiefeindliche und diskriminierende Strömungen wappnen muss. Der Bezirk braucht weiterhin eine starke zivilgesellschaftliche Gegenwehr, kontinuierliche Bildungsarbeit und eine enge Zusammenarbeit von Bezirk, lokalen Initiativen, Beratungsstellen und der Registerstelle, damit er ein sicherer Ort für alle bleibt.

Den ausführlichen Jahresbericht für Steglitz-Zehlendorf können Sie auf der Website der Berliner Register downloaden oder in gedruckter Form kostenlos bestellen.



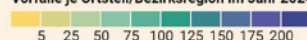
Tempelhof-Schöneberg

Tempelhof-Schöneberg ist ein Bezirk mit knapp 340.000 Einwohner*innen, der drittgrößte Bezirk nach Einwohner*innenzahl. Er besteht aus sieben Ortsteilen: Schöneberg-Nord, Schöneberg-Süd, Friedenau, Tempelhof, Mariendorf, Marienfelde und Lichtenrade. Es ist ein Bezirk mit vielen wichtigen historischen und kulturellen Orten wie dem Rathaus Schöneberg, dem Platz der Luftbrücke und dem Kulturzentrum der ufa-Fabrik.

In Schöneberg um den Nollendorfplatz befindet sich das queere Zentrum Berlins, der heutige Regenbogenkiez. 1996 hisste Schöneberg als erster Bezirk die Regenbogenflagge vor dem Rathaus.

Verteilung der Vorfälle im Bezirk Tempelhof-Schöneberg

Vorfälle je Ortsteil/Bezirksregion im Jahr 2024



Bezirkswert/Unbekannt: 61

Friedenau: 22; Marienfelde: 1; Lichtenrade: 10 (hier zusammengefasst dargestellt); Mariendorf: 36; Schöneberg Nord: 87; Schöneberg Süd: 40; Tempelhof: 31.

Quelle: Berliner Register • Kartenmaterial: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg • Erstellt mit Datawrapper

Rassistischer Aufkleber in Tempelhof-Schöneberg

Sitzbank mit Hakenkreuz-Malereien



Kontakt:

Register Tempelhof-Schöneberg

NUSZ in der UFA-Fabrik e. V.
Viktoriastraße 13
12105 Berlin

Tel.: 0176 - 58 85 57 15
Mail: ts@berliner-register.de
Instagram: @TSRegister

Schwerpunkte des Jahres

Im Jahr 2024 stieg die Anzahl der von der Registerstelle erfassten Vorfälle im Bezirk Tempelhof-Schöneberg auf 288 Fälle – ein Anstieg um 12 % im Vergleich zum Vorjahr. Besonders deutlich war der Anstieg bei Vorfällen mit direkten Betroffenen: Diese reichten von Sachbeschädigungen an Einrichtungen, über verbale bis hin zu körperlichen Angriffen. Nur bei Fällen, in denen Personen strukturell benachteiligt wurden, war ein Rückgang zu verzeichnen, da weniger Vorfälle aus dem Bereich Schule von Kooperationspartner*innen übermittelt wurden.

Die Gesamtzahl der Vorfälle zeigt eine deutliche Zunahme seit 2019 (126) über 2023 (256) bis 2024 (288). Die häufigsten Motive waren Antisemitismus, Rassismus, Queerfeindlichkeit sowie Vorfälle, die sich gegen politische Gegner*innen der extremen Rechten richteten.

Motive

Antisemitische Vorfälle stiegen deutlich an: Von 31 Fällen im Vorjahr auf 86 dokumentierte Vorfälle, was einem Anteil von 30 % an den gesamten Vorfällen im Jahr 2024 entspricht. Nach Antisemitismus waren Rassismus (23 %) und rechte Selbstdarstellung (16 %) die häufigsten Motive. Wir können für 2024 feststellen, dass es überraschend wenige Angriffe und Beleidigungen gegen politische Gegner*innen gab (5 %), während wir gleichzeitig beobachten können, dass es eine allgemeine Zunahme von Gewalt gegen die anderen Personengruppen gibt. Queerfeindlichkeit (13%) blieb hauptsächlich auf Schöneberg-Nord konzentriert, wo sich auch der Regenbogenkiez befindet, während NS-verharmlosende Inhalte (9%) vor allem in Mariendorf und Schöneberg-Süd vorkamen. Behindertenfeindliche und gewalttätige Vorfälle gegen Obdachlose wurden nur wenige dokumentiert (jeweils ca 2%),

was u. a. auf mangelnde Bekanntheit der Register und fehlende Vernetzung zurückgeführt wird. Neonazistische Organisationen mit besonderer Aktivität im Bezirk sind derzeit nicht bekannt.

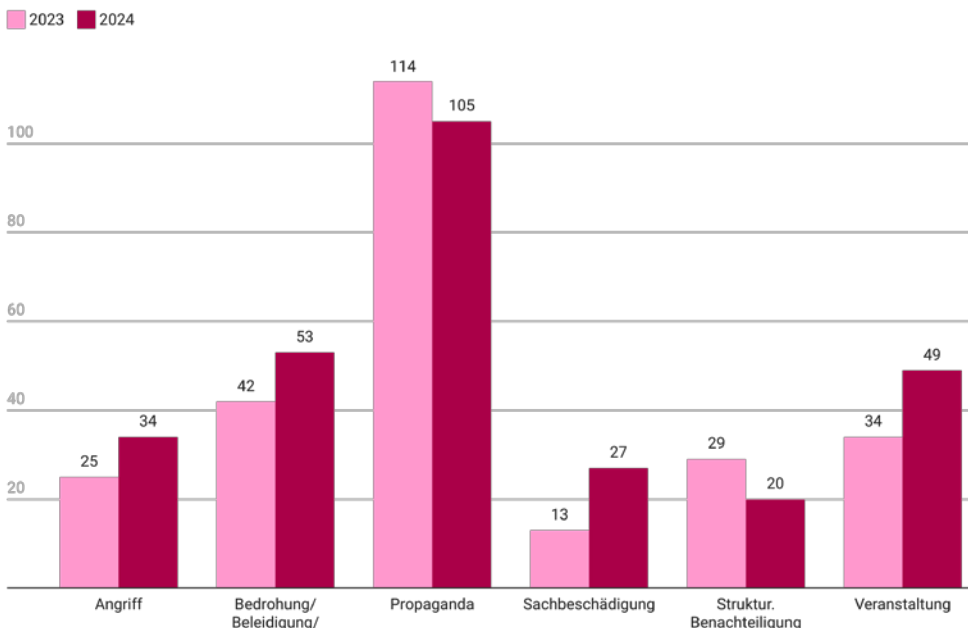
Vorfälle gegen unmittelbar Betroffene

In Tempelhof-Schöneberg lässt sich ein hoher Anteil an Vorfällen feststellen, die im Gegensatz zu Veranstaltungen oder Propagandaaktivitäten direkte Betroffene haben. Beleidigungen, Sachbeschädigungen und körperliche Angriffe machten zusammen 40 % aller gemeldeten Vorfälle aus – im berlinweiten Vergleich ist das bemerkenswert hoch. In 62 % der dokumentierten Angriffe waren Frauen und nicht-binäre Personen das Ziel, besonders häufig trans Frauen. Auch Mütter mit Kindern wurden wiederholt rassistisch angegriffen. Es handelte sich zumeist um Gelegenheitstaten durch Einzelpersonen – ohne erkennbare Vorbereitung. Die Registerstelle sieht die Zunahme dieser Gewalt im Zusammenhang mit einem sich verschärfenden gesellschaftlichen Diskurs. Queere Menschen, besonders sexarbeitende trans Frauen rund um die Frobenstraße, sind durch ihre Sichtbarkeit besonders gefährdet.

Ortsteile

Die meisten Vorfälle wurden auch 2024 erneut aus Schöneberg-Nord gemeldet, was auf regelmäßige verschwörungsideologische Demonstrationen sowie Versammlungen mit antisemitischen Inhalten zurückzuführen ist. Außerdem hat sich die Zahl der körperlichen Angriffe von 9 auf 16 fast verdoppelt. In Schöneberg-Süd verdoppelte sich die Zahl der Vorfälle – insbesondere antisemitische und rassistische

Art der Vorfälle Tempelhof-Schöneberg



Erstellt mit Datawrapper

31. Mai 2024

Zwei trans Frauen wurden an der Kreuzung Frobenstraße/Bülowsstraße aus einem Auto heraus transfeindlich beleidigt und mit einer Glasflasche beworfen. Der Täter versuchte, sie mit seinem Fahrzeug an der Straßenüberquerung zu hindern. Quelle: Polizeimeldung Nr. 1129 und Queer.de 31.05.2024

15. Juli 2024

Eine Frau wurde in der Werderstraße von einem Mann von hinten zu Boden gebracht, geschlagen, bedroht und rassistisch beleidigt. Er riss ihr das Kopftuch herunter und hielt ein Messer in der Hand.

Quelle: Polizeimeldung vom 16.07.2024 Nr. 1491 und Koordination Stadteilmütter

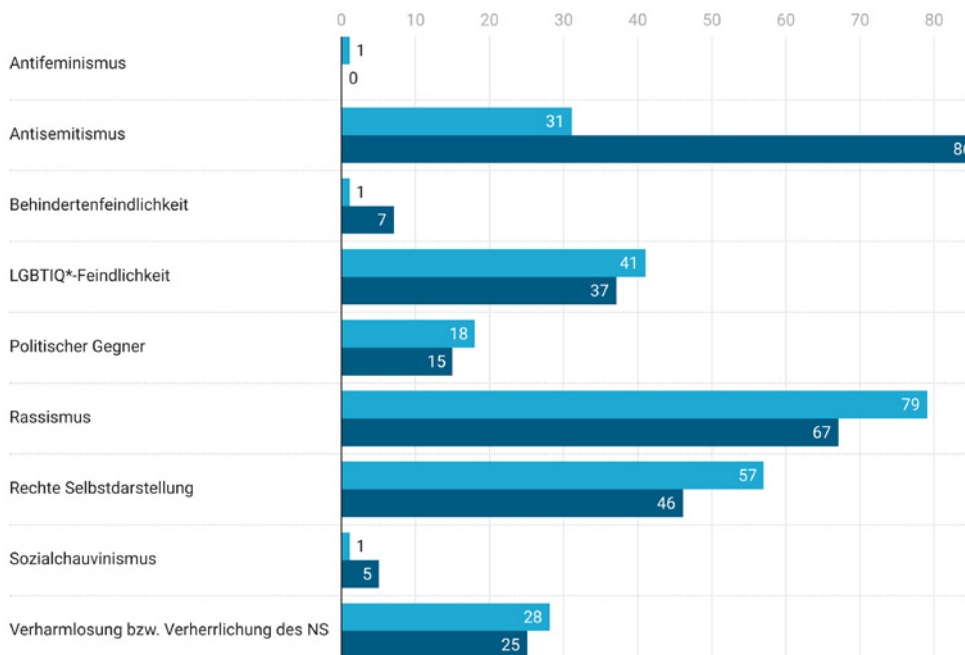
22. August 2024

Eine blinde Frau wurde bei einer Gerichtsverhandlung von der zuständigen Richter*in mehrfach abfällig wegen ihrer Sehbehinderung behandelt. Diese kommentierte u. a., sie sei „nicht die Vorlesetante“ und lehnte barrierefreie Kommunikation ab.

Quelle: Meldeformular Berliner

Motiv der Vorfälle

■ 2023 ■ 2024



Erstellt mit Datawrapper

Beleidigungen sowie NS-verharmlosende Schmierereien traten dort verstärkt auf. Während im Vorjahr keine Form der physischen Gewalt aus dem Ortsteil Friedenau gemeldet worden ist, wurden dort 2024 erstmals wieder zwei Angriffe und drei Sachbeschädigungen erfasst. Auch in Lichtenrade wandelte sich das Bild: Neben rechter Propaganda wurden antisemitische und rassistische Pöbeleien und Angriffe erfasst – etwa bei einer Abiturfeier. Für Mariendorf lässt sich im Vergleich zum Vorjahr eine leichte Verringerung von Stickern und Graffiti bei vermehrten Meldungen von Beleidigungen in der persönlichen Konfrontation sowie queerfeindlichen Sachbeschädigungen feststellen. Tempelhof verzeichnete einen Anstieg antisemitischer Vorfälle, Propaganda und Angriffe auf muslimische Frauen. Insgesamt zeigt sich, dass Vorfälle innerhalb des S-Bahn-Rings häufiger auftreten, wobei sich die Meldungen tendenziell gleichmäßiger über den Bezirk verteilen als noch im Vorjahr. Verbale und körperliche Übergriffe wurden häufiger auch aus den ruhigeren Ortsteilen gemeldet.

Den ausführlichen Jahresbericht für Tempelhof-Schöneberg können Sie auf der Website der Berliner Register downloaden oder in gedruckter Form kostenlos bestellen.

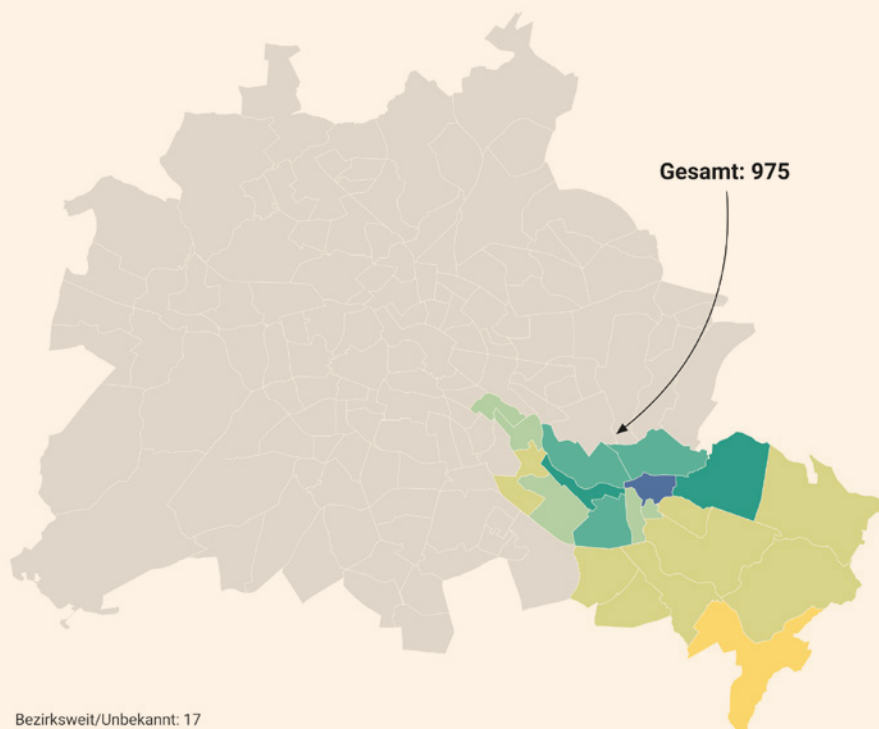


Treptow-Köpenick

Verteilung der Vorfälle im Bezirk Treptow-Köpenick

Vorfälle je Ortsteil/Bezirksregion im Jahr 2024

5 25 50 75 100 125 150 175 200



Bezirksweit/Unbekannt: 17

Adlershof: 83; Alt-Treptow: 34; Altglienicke: 12; Baumschulenweg: 19; Bohnsdorf: 18; Friedrichshagen: 121; Grünau: 11; Johannisthal: 40; Köpenick Allende-Viertel: 22; Köpenick Altstadt: 34; Köpenick-Dammvorstadt: 157; Köpenick-Nord: 87; und Köpenick Wendenschloss-Kietzer Feld: 15; Müggelheim: 11; Niederschöneweide: 112; Oberschöneweide: 99; Plänterwald: 28; Rahnsdorf-Wilhelmshagen: 14; Schmöckwitz: 4; Spindlersfeld: 37.

Source: Berliner Register • Map data: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg • Created with Datawrapper

Treptow-Köpenick ist der flächengrößte Bezirk Berlins und einer der grünsten. In seinen 15 Bezirksregionen wohnen fast 290.000 Menschen. Dabei unterscheiden sich diese Regionen stark – vom fast innerstädtischen Alt-Treptow bis nach Schmöckwitz an der Grenze zu Brandenburg.

Diese regionalen Unterschiede in Bevölkerungsdichte und -struktur spiegeln sich auch in den Registerdaten wider. Im Bezirk befindet sich zudem die Bundeszentrale der Partei „Die Heimat“ (ehemals NPD).

„1161“ (Anti-Antifa)-Graffiti in Friedrichshagen



„Der III. Weg“-Schriftzug in Müggelheim



Kontakt: Register Treptow-Köpenick

pad gGmbH
Sewanstr. 178
10319 Berlin

Mobil: 01578 - 3500615
Mail: tk@berliner-register.de

Im Jahr 2024 wurden in Treptow-Köpenick 976 Vorfälle dokumentiert (2023: 451), was einem Anstieg von 116 % entspricht. Besonders auffällig ist der deutliche Zuwachs bei Propagandameldungen, aber auch verbale und tätliche Übergriffe nahmen weiter zu. Beide Bereiche erreichten damit ihren höchsten Stand seit Beginn der Erfassung.

Neues Ausmaß der Gewalt

Das Register Treptow-Köpenick dokumentierte mit 111 Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien einen deutlichen Anstieg von Vorfällen, die sich konkret gegen Betroffene richten. Dabei nahmen diese verbalen Übergriffe insbesondere im Bereich Rassismus, Feindschaft gegen politische Gegner*innen und die Verharmlosung des Nationalsozialismus deutlich zu. Ebenfalls wurden mit 28 Meldungen mehr Angriffe dokumentiert, auch hier

zeigt sich der Anstieg insbesondere im Bereich Rassismus und Feindschaft gegen politische Gegner*innen der extremen Rechten. Rassismus ist nach wie vor das häufigste Motiv bei Übergriffen. Als gesamtgesellschaftliches Problem zeigen sich hier die Auswirkungen von verschärften politischen Debatten und von einer zunehmenden Gewaltbereitschaft. Hinzu kommt die Normalisierung von demonstrativen rassistischen Äußerungen, ob vor der Bühne des „Köpenicker Sommer“, auf einer Party in einem Jugendclub oder auf Mietflößen. Mit dem sogenannten „Sylt“-Song wurden rassistische und nationalistische Parolen vor allem im Sommer zu einer regelmäßigen Erscheinung im Bezirk. Ähnlichkeiten gibt es auch im Motivbereich der Feindschaft gegen politische Gegner*innen. Berlinweit nahm die Gewalt gegen Antifaschist*innen zu. Bereits im Jahr 2023 gab es eine Steigerung

der verbalen Gewalt, der Propaganda und der Gewaltaufrufe. Dies verschärfte sich im Jahr 2024 noch einmal erheblich.

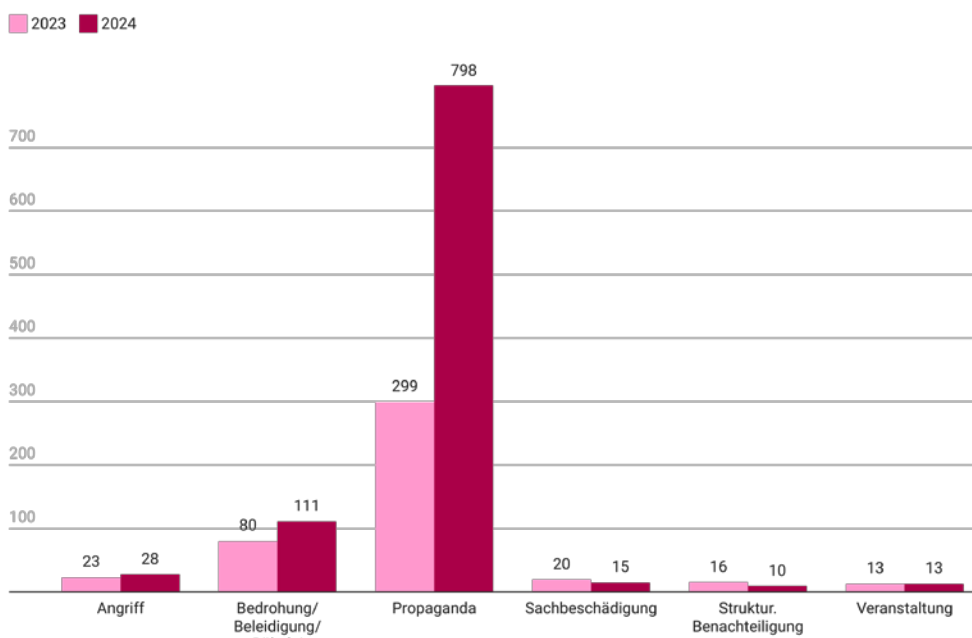
Propaganda und ihre Auswirkungen – Antifaschist*innen im Fokus

Der massive Anstieg der Propaganda (+499) zeigt ein neues Ausmaß der Raumnahme im Bezirk. Sie wird genutzt, um eigene Inhalte zu vermitteln, Räume zu beanspruchen und Betroffene einzuschüchtern. Insbesondere die Propaganda gegen politische Gegner*innen hat stark zugenommen (+272). Dabei werden in den meisten Fällen explizit Antifaschist*innen adressiert und in 58 % zu Gewalt aufgerufen. Im Jahr 2024 gab es einen erneuten Anstieg der Übergriffe um 14 Vorfälle.

Rechte Jugendszene in Treptow-Köpenick

Mehrere Entwicklungen im Jahr 2024 deuten auf ein Erstarken extrem rechter Jugendgruppen hin: So nahmen die Vorfälle gegen politische Gegner*innen weiter zu, was auf einen Anstieg von extrem rechter Organisation hinweist. Bereits in der Vergangenheit zeigte sich, dass eine zunehmende Identifikation mit der extrem rechten Szene zu einem verstärkten Fokus auf Antifaschist*innen führt. Gleichzeitig ist es vor allem die Propaganda in diesem Motivbereich, die mit ihrem hohen Anteil von Graffiti auf junge Menschen hinweist. Dabei zeigte sich ein räumlicher Schwerpunkt in den Ortsteilen Friedrichshagen und Dammvorstadt. Parallel stieg auch bei den Übergriffen der Anteil von jungen Täter*innen. Im Bereich der Feindschaft gegen politische Gegner*innen lag er in 2024 bei 41 %, was sich deutlich von anderen Motivkategorien abhebt.

Art der Vorfälle Treptow-Köpenick



Erstellt mit Datawrapper

10. Februar 2024

Am Abend wurden zwei Personen von drei Jugendlichen in einem Supermarkt in der Friedrichshagener Str. beleidigt und bedroht. Sie wurden als „Antifa Fotzen“ beschimpft und bedroht. Die drei Jugendlichen warteten mit weiteren Jugendlichen im Außenbereich des Marktes. So entstand eine massiv bedrohliche Situation für die Betroffenen. Quelle: Register Treptow-Köpenick

13. Juli 2024

Am Nachmittag legten zwei Mietflöße in der Nähe des Spreetunnels an. Auf einem der Flöße wurde der Partysong von Gigi D'Agostino (als „Sylt-Song“ bekannt) gespielt und mehrere Männer gröhlten dazu „Ausländer raus“. Quelle: Meldeformular Berliner Register

7. Oktober 2024

Am Nachmittag beobachtete ein Mann, der mit seinem kleinen Kind unterwegs war, einen Mann, der extrem rechte Aufkleber („Support your local Anti Antifa“) an einem Baum anbrachte. Als er den Mann darauf ansprach, besprühte dieser den Betroffenen und sein 2-jähriges Kind unvermittelt mit Pfefferspray. Quelle: Polizeimeldung vom 08.10.2024, BZ-Artikel vom 08.10.2024

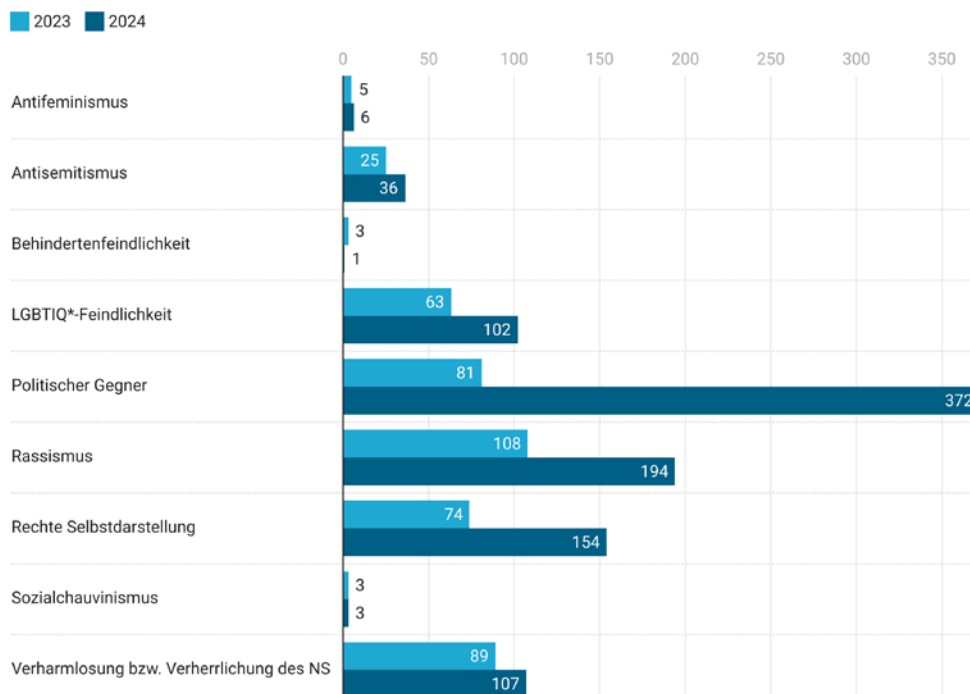
„Der III. Weg“ im Jahr 2024

Die Vorfälle im Zusammenhang mit der Partei „Der III. Weg“ sind stark gestiegen. Dabei sind es nicht nur die Aufkleber-Vorfälle, die zugenommen haben, sondern auch geplante, größere Aktionen im Bezirk. Neben drei Schulaktionen gab es im Sommer eine Reihe von großflächigen Graffiti-Aktionen in verschiedenen Ortsteilen. Hierbei wurden nicht mehr versteckte Orte genutzt, sondern ganze Ortsteile mit Schriftzügen gekennzeichnet. Dabei lagen die Schwerpunkte in Friedrichshagen und Schöneeweide. Die Wuhlheide war auch im Jahr 2024 ein Rückzugsort für die Jugendorganisation der Partei. Sie führten hier zwei Gruppenveranstaltungen durch. Durch die Ausweitung der Aktionen lässt sich auch hier eine angestrebte Raumnahme im Bezirk feststellen.

Den ausführlichen Jahresbericht für Treptow-Köpenick können Sie auf der Website der Berliner Register downloaden oder in gedruckter Form kostenlos bestellen.



Motiv der Vorfälle



Erstellt mit Datawrapper

Beratungs- & Dokumentationsstellen in Berlin

ADAS

Anlaufstelle für Diskriminierungsschutz an Schulen
adas-berlin.de

Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin (ADNB)

unabhängige Beratungsstelle für Menschen mit rassistischen Diskriminierungserfahrungen
www.adnb.de

Antidiskriminierungsberatung Alter, Behinderung, chronische Erkrankung

Beratung für Menschen, die aufgrund ihres Lebensalters, ihrer Behinderung oder chronischen Krankheit diskriminiert werden
www.diskriminierung-berlin.de

Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V. (Apabiz)

Archiv seit 1990, Veranstaltungen und Workshops zur extremen Rechten
www.apabiz.de

BIG – Berliner Initiative gegen Gewalt an Frauen

bei häuslicher Gewalt, Hilfe für Frauen und Kinder
www.big-berlin.info

BuBs – Berliner Unabhängige BeratungsStelle

Beratung bei Problemen mit Behörden
<https://bubs.berlin>

Dokumentationsstelle Antiziganismus (DOSTA / MIA Berlin)

AmaroForo dokumentiert antiziganistisch motivierte Vorfälle in Berlin.
www.amaroforo.de/projekte/dosta

Each One – Dokumentation und Beratung bei Anti-Schwarzem Rassismus

EOTO dokumentiert Vorfälle von anti-Schwarzem Rassismus und bietet eine Antidiskriminierungsberatung an.
<https://eoto-archiv.de/eachone>

entschwört – Beratung im Umgang mit Verschwörungsmythen im persönlichen Umfeld

Beratung im Umgang mit Verschwörungsmythen im persönlichen Umfeld
<https://entschoert.de>

Fachstelle Bi+

Beratungsstelle für bi- und pansexuelle Menschen, Angehörige, Fachkräfte
<https://biberlin.de/fachstelle-biplus>

Fair Mieten – Fair Wohnen

Fachstelle und Beratung gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt
<https://fairmieten-fairwohnen.de/beratung>

Gewaltschutzambulanz der Charité

keine Beratungsstelle, sie machen Untersuchungen und erstellen Atteste
gewaltschutzambulanz.charite.de

GLADT

Beratung von und für Schwarze und of Color Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans*, Inter* und queere Menschen in Berlin
<https://gladt.de/>

KiDS – Kinder vor Diskriminierung schützen

Kinder vor Diskriminierung schützen
<https://kids.kinderwelten.net/de>

Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und Migrant_innen e.V. (KUB)

Die Kontakt- und Beratungsstelle unterstützt Geflüchtete und Migrant*innen aus aller Welt. Sie beraten bei Fragen zum Asylrecht, zum Aufenthaltsrecht und in psychischen und sozialen Fragen.
www.kub-berlin.org

L-Support

Meldestelle und Antigewaltprojekt für gewaltbetroffene Frauen, Lesben*, inter*, nicht-binäre, trans*maskuline und feminine sowie agender Personen
www.l-support.net

LesMigraS

Beratung und Vernetzung für queere Frauen, trans, integreschlechtliche, nicht-binäre Menschen, gezielt für People of Colour, Schwarze und Indigene Menschen und queere geflüchtete Menschen
www.lesmigras.de

Meldestelle AAR zu anti-asiatischem Rassismus

Meldestelle und Sprechstunde für die asiatische Community
<https://gemi-berlin.de/aktuelle-projekte-1/vielfalt-im-dialog-mit-ebav>

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR)

Beratung und Unterstützung für alle, die sich in Berlin für eine menschenrechtsorientierte und demokratische Alltagskultur einsetzen
www.mbr-berlin.de

Mobiles Beratungsteam Berlin für Demokratieentwicklung

www.mbt-berlin.de/mbt

OFEK – Beratung bei antisemitischen Vorfällen und Übergriffen

Hotline und Beratung bei antisemitischer Gewalt
<https://ofek-beratung.de>

OPRA - Psychologische Beratung für Opfer rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Gewalt

OPRA bietet Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt psycho-traumatologische Fachberatung – kostenlos, mehrsprachig und vertraulich.

<https://opra-gewalt.de>

Queer Home

alle Fragen zu Wohnen und Wohnungslosigkeit für LGBTIQ* Menschen

<https://queerhome.de>

Reachout - Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus und Rassismus

ReachOut berät Betroffene, Angehörige und Zeug*innen rassistischer, rechter und antisemitischer Gewalt.

www.reachoutberlin.de

Recherche und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS)

RIAS dokumentiert antisemitische Vorfälle in Berlin, die über die Seite www.report-antisemitism.de gemeldet werden können.

Sonntagsclub

Beratung für LGBTIQ* Menschen

schwulenberatungberlin.de/wir-helfen/antidiskriminierung

StandUp

Antidiskriminierungsberatung der Schwulenberatung Berlin

schwulenberatungberlin.de/wir-helfen/antidiskriminierung

TIN*-Antigewaltberatung der Schwulenberatung Berlin

Beratung von gewaltbetroffenen trans*, inter* und nicht-binären Personen

schwulenberatungberlin.de/angebote/tin-antigewaltberatung

TIN-Beratung bei TransInterQueer

Beratung zu allen Fragen rund um Trans*, Inter* und Nicht-Binarität

<https://transinterqueer.org/angebote/beratung>

Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V. (VBRG)

Auf der Internetseite sind Ratgeber für Betroffene und deren Angehörige in unterschiedlichen Sprachen als PDF zu finden.

www.verband-brg.de/material/#publikationen

Yekmal – Antidiskriminierungsberatung

Antidiskriminierungsberatung in Kurmancî und Soranî

<https://yekmal.de/list/45/yekmal-e.v.-berlin>

<https://berliner-register.de>

